

Bericht

**für das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration
des Landes Sachsen-Anhalt**

Wissenschaftliche Expertise zur Weiterentwicklung
des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und
Weltoffenheit Sachsen-Anhalt

verfasst von

Everhard Holtmann
Tobias Jaeck

Halle, 06. Februar 2017

Inhalt

Inhalt.....	2
Abbildungsverzeichnis	3
Tabellenverzeichnis	5
1 Ausgangsbedingungen des Landesprogramms.....	6
1.1 Die Formulierung einer besonderen landespolitischen Agenda.....	6
1.2 Einstellungsebene	9
1.3 Wirtschaftsentwicklung und Lebenslagen:	10
1.4 Landesspezifische Analyse der Einstellungsebene und damit verbundene Herausforderungen für die Demokratie	11
1.5 Analyse der strukturellen Herausforderungen für die demokratische Kultur in Sachsen-Anhalt	38
1.6 Ergebnissicherung der Auftaktkonferenz.....	44
1.6.1 <i>Visualisierung der Workshops und der Fachtagung in Form von Wordclouds.....</i>	<i>46</i>
1.7 Auswertung der offenen Online-Umfrage der Beiratsmitglieder	66
2 Handlungsempfehlungen.....	76
3 Literatur und relevante Veröffentlichungen	81
4 Ihre Ansprechpartner im ZSH	83
Anhänge	84
Anhang 1 Präsentation auf der Fachtagung vom 29. November 2016.	84
Anhang 2 Umfeldbedingungen und Potentiale für Engagementförderung und Demokratiebildung in „abgelegenen Gemeinden“ Sachsen-Anhalts – exemplarische Skizze für lokale Pilotvorhaben.....	99
Anhang 3 Linksammlung.....	102

Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1	FACETTEN DER GRUPPENBEZOGENEN MENSCHENFEINDLICHKEIT	14
ABBILDUNG 2	„DEUTSCHLAND IST DURCH DIE AUSLÄNDER IN EINEM GEFÄHRLICHEM MAß ÜBERFREMDET“	20
ABBILDUNG 3	AUSLÄNDER BEI ARBEITSKNAPPHEIT IN HEIMAT ZURÜCKSCHICKEN	21
ABBILDUNG 4	JUDEN HABEN AUF DER WELT ZU VIEL EINFLUSS.....	21
ABBILDUNG 5	VIELE JUDEN VERSUCHEN, AUS DER VERGANGENHEIT DES DRITTEN REICHES HEUTE IHREN VORTEIL ZU ZIEHEN UND DIE DEUTSCHEN DAFÜR ZAHLEN ZU LASSEN.	22
ABBILDUNG 6	WENN ES NOT TUT, IST EINE DIKTATUR DIE BESSERE STAATSFORM	23
ABBILDUNG 7	RECHTSEXTREMISTISCHE EINSTELLUNGEN IN SACHSEN-ANHALT IM BUNDESWEITEN VERGLEICH	24
ABBILDUNG 8	RECHTSEXTREMISTISCHE EINSTELLUNGEN IM BUNDESWEITEN VERGLEICH.....	25
ABBILDUNG 9	RECHTSEXTREMISMUS NACH EINFLUSSFAKTOREN	27
ABBILDUNG 10	DRÄNGENDSTE PROBLEME IN SACHSEN ANHALT 2011.....	29
ABBILDUNG 11	DRÄNGENDSTE PROBLEME IN SACHSEN ANHALT 2016.....	29
ABBILDUNG 12	DRÄNGENDSTE PROBLEME IN DEUTSCHLAND 2011	30
ABBILDUNG 13	DRÄNGENDSTE PROBLEME IN DEUTSCHLAND 2016	31
ABBILDUNG 14	SORGEN BEZÜGLICH FLÜCHTLINGSKRISE	34
ABBILDUNG 15	EIGENE POSITION UND DER PARTEIEN (EINSCHÄTZUNG) ZUM THEMA ZUZUGSMÖGLICHKEITEN VON AUSLÄNDERN	34
ABBILDUNG 16	SKALOMETER DER PARTEIEN IM LAND	36
ABBILDUNG 17	SKALOMETER DER SPITZENKANDIDATEN IM LAND.....	36
ABBILDUNG 18	BEWERTUNG DER DEMOKRATIE AUF BUNDES- UND LANDESEBENE	37
ABBILDUNG 19	POLITISCH MOTIVIERTE STRAFTATEN IM ZEITVERLAUF SEIT 2010	40
ABBILDUNG 20	POLITISCHE MOTIVIERTE GEWALTTATEN (RECHTS) UND FREMDENFEINDLICHE STRAFTATEN IM ZEITVERLAUF SEIT 2010	41
ABBILDUNG 21	FORUM 1 – DEMOKRATIEBILDUNG IN KITA UND SCHULE.....	47
ABBILDUNG 22	FORUM 2 – JUGEND FÜR DEMOKRATIE	52
ABBILDUNG 23	FORUM 3 – PRÄVENTION VON POLITISCHEN UND RELIGIÖSEN RADIKALISIERUNGS- TENDENZEN	56
ABBILDUNG 24	FORUM 4 – TEILHABE UND PARTIZIPATION VON MIGRANT*INNEN STÄRKEN	58
ABBILDUNG 25	FORUM 5 – HASS IM NETZ, POPULISMUS, VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN.....	61

ABBILDUNG 26 FORUM 6 – RECHTSEXTREMISMUS UND RASSISMUS VOR ORT BEKÄMPFEN	62
ABBILDUNG 27 FORUM 7 – TOLERANZ UND VIELFALT IN UNTERNEHMEN, VERWALTUNG UND VERBÄNDEN	64
ABBILDUNG 28 FACHTAGUNG – INSGESAMT	66
ABBILDUNG 29 ABGELEGENE GEMEINDEN	99
ABBILDUNG 30 WAHRNEHMUNG DER SOZIALRÄUMLICHEN UMGEBUNG	99
ABBILDUNG 31 BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT IN ABGELEGENEN GEMEINDEN SACHSEN- ANHALTS.....	100
ABBILDUNG 32 FORMEN BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS IN ABGELEGENEN GEMEINDEN SACHSEN-ANHALTS	100
ABBILDUNG 33 POLITISCHES ENGAGEMENT IN ABGELEGENEN GEMEINDEN SACHSEN-ANHALTS.....	101

Tabellenverzeichnis

TABELLE 1	GMF-SURVEY AUSGEWÄHLTE FAKTOREN IM BUNDESLÄNDERVERGLEICH - 2011.....	16
TABELLE 2	GMF-SURVEY VERGLEICH SACHSEN-ANHALT 2011	17
TABELLE 3	AUSGEWÄHLTE INDIKATOREN NACH VERSCHIEDENEN EINFLUSSFAKTOREN (GMF-SURVEY-2014).....	18
TABELLE 4	EINSTELLUNGEN ZUM RECHTSEXTREMISMUS NACH KONSENSUSDEFINITION IN SACHSEN-ANHALT 2014.....	19
TABELLE 5	ALLBUS - AUSGEWÄHLTE FAKTOREN IM BUNDESLÄNDERVERGLEICH – 2016 – I.....	32
TABELLE 6	ALLBUS - AUSGEWÄHLTE FAKTOREN IM BUNDESLÄNDERVERGLEICH – 2016 – II	33
TABELLE 7	POTENTIAL RECHTSEXTREMISTISCHER PERSONEN IN DEUTSCHLAND	42
TABELLE 8	POTENTIAL RECHTSEXTREMISTISCHER PERSONEN IN SACHSEN-ANHALT	43

1 Ausgangsbedingungen des Landesprogramms

Im ersten Arbeitsschritt werden in einer Kurzanalyse einschlägige offizielle Texte, welche die Entstehung und Entwicklung des Landesprogramms dokumentieren, in wesentlichen Aussagen aufgenommen, in den zeitlichen Problemhintergrund eingeordnet sowie auf die aktuelle Tragfähigkeit der enthaltenen Problembeschreibung und Problembearbeitung hin überprüft.

1.1 Die Formulierung einer besonderen landespolitischen Agenda

Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt wurde mit einer Absichtserklärung des Koalitionsvertrages von 2011 sowie mit formellen Beschlüssen des Landtags (12. Mai 2011) und der Landesregierung (8. Mai 2012) auf den Weg gebracht.

In ihrem Koalitionsvertrag von 2011 bekannten sich die Koalitionspartner CDU und SPD dazu, „dass die Förderung von Demokratie und die Bekämpfung von Extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit dauerhafte Aufgaben von Staat und Gesellschaft sind“. Ferner hieß es: „Wir setzen uns ressortübergreifend dafür ein, dass mehr Menschen sich aktiv für unser Gemeinwesen engagieren, dass demokratische und humanistische Werte in Schule, Jugendarbeit und politischer Bildung noch intensiver vermittelt werden und dass antidemokratischen Tendenzen Einhalt geboten wird. Die bisherigen erfolgreichen Ansätze werden unter dem Dach eines Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit gebündelt und konzeptionell weiterentwickelt.“¹

In seiner Sitzung am 12. Mai 2011 begrüßte der Landtag „die Festlegung im Koalitionsvertrag, ein Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit aufzulegen, in dem die bisherigen erfolgreichen Ansätze gebündelt und weiterentwickelt werden sollen. Das Programm wird ressortübergreifend Maßnahmen zur Förderung demokratischer Teilhabe, Vernetzung bürgerschaftlichen Engagements und politischer Bildung abstimmen und die bewährten Beratungsdienste für lokale Akteure und Opfer rechter Gewalt absichern. Die Erarbeitung des Landesprogramms soll unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher und lokaler Akteure erfolgen.“²

Am 13. Dezember 2011 fasste das Landeskabinett den Beschluss, den Interministeriellen Arbeitskreis (IMAK) „Extremismusprävention“ in „Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit“ (IMAK „Landesprogramm“) umzubenennen und mit der Umsetzung des entsprechenden Landesprogramms zu beauftragen.³ In ihrer Sitzung am 8. Mai 2012 beschloss die Landesregierung das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit gemäß einer Kabinettsvorlage des Kultusministeriums. Die Koordination des Landesprogramms oblag der Geschäftsstelle des Netzwerks für Demokratie und Toleranz innerhalb der Landeszentrale für politische Bildung. Als Hauptaufgabe

1 Sachsen-Anhalt geht seinen Weg. Wachstum, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit. Vereinbarung zwischen der CDU und der SPD über die Bildung einer Koalition in der 6. WP des Landtags von Sachsen-Anhalt, S.66 - <http://www.spd-sachsen-anhalt.de/files/koalitionsvertrag2011.pdf>.

2 Beschluss des Landtages von Sachsen-Anhalt, Ds. 6/57 vom 12. 05. 2011.

3 Kabinettsvorlage MK vom 9. 12. 2011 und Kabinett vom 13. 12. 2011.

wurde dem Netzwerk, dem damals ca. 280 Vereine und Initiativen angehörten, die Vernetzung von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren in Bezug auf Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie übertragen.⁴ An einer Startkonferenz, die am gleichen Tag in Halberstadt stattfand, nahmen etwa 180 Multiplikatoren teil.

Die ursprüngliche Etablierung des Programms erfolgte seinerzeit unter dem unmittelbaren Eindruck des Bekanntwerdens der Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) sowie des mit einem Stimmenanteil von 4,6 Prozent bei der Landtagswahl 2011 nur knapp verpassten Einzugs der NPD in das Landesparlament Sachsen-Anhalts. Hinzu kam ein hierzulande in manchen Merkmalen demokratiepolitisch bedenklicher politischer Einstellungshintergrund:

Im Jahr 2009 waren etwa 19 Prozent der Landesbevölkerung der Meinung, dass Deutschland „in einem gefährlichen Maß überfremdet sei“. Im Jahr darauf attestierten zwar knapp zwei Drittel dem Bundesland Weltoffenheit, doch nur 38 Prozent mochten Sachsen-Anhalt als ausländerfreundlich kennzeichnen. Es ist davon auszugehen, dass sich infolge des rapide gewachsenen Zustroms von Flüchtlingen im Jahr 2015 nach Deutschland und der seither stärker polarisierten öffentliche Asyl- und Migrationsdebatte in der Bundesrepublik insgesamt auch das regionale Einstellungsprofil deutlicher asyl- und zuwanderungskritisch verändert hat, begleitet von einem Aufwuchs fremdenfeindlicher Grundstimmungen. Dafür bieten rezente umfragebasierte Analysen der angrenzenden Bundesländer Sachsen (siehe Sachsen-Monitor 2016⁵) und Thüringen (siehe Thüringen-Monitor 2016⁶) empirisches Anschauungsmaterial.

57 Prozent der Sachsen-Anhalter sagten vor gut fünf Jahren, die Demokratie in Sachsen-Anhalt habe sich seit der Vereinigung „eher zum Positiven entwickelt“. Dementgegen waren es vor allem subjektive Einigungsverlierer und Personen, welche die persönliche wirtschaftliche Zukunft pessimistisch sahen, die auch der Demokratie einen negativen Entwicklungsgang zumaßen (sämtliche Daten lt. Sachsen-Anhalt-Monitor 2009 und 2010, Holtmann/Jaack/Völkl 2009 - 2010).

Vor dem Ereignis- und Einstellungshorizont zur Zeit der Auflegung des Programms war es folgerichtig, Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie anzustoßen und insbesondere einen klaren Schwerpunkt des Programms bei der Prävention von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu setzen. Vor allem um das akute wie latente Potential rechtsextremer Einstellungen und Gewaltbereitschaft einzudämmen, galt und gilt es die demokratische Kultur zu stärken und die Zivilgesellschaft in ihren aktiven Kernen, zumal auf der lokalen Ebene, zu ermutigen und zu fördern.

4 Kabinett vom 8. Mai 2012, Vorlage MK Nr. 0308 vom 26. 04. 2012.

5 Siehe dimap, Sachsen-Monitor 2016. Befragung der Bevölkerung des Freistaates Sachsen. Im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei, Bonn/ Berlin 19. 10. 2016, Ergebnis und Sonderauswertungen.

6 Siehe Heinrich Best u.a., Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Gemischte Gefühle: Thüringen nach der „Flüchtlingskrise“. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2016, Univ. Jena, Kompetenzzentrum Rechtsextremismus.

Diesem Postulat entsprechend, werden im Koalitionsvertrag von 2016⁷ die Zielpunkte Demokratieförderung, lebendige Demokratie und Integration an herausgehobener Stelle mit aufgenommen. Dem Willen der Koalitionspartner zufolge, soll das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit „in einem dialogischen Verfahren im Hinblick auf die bestehenden fremdenfeindlichen und demokratiekritischen Ressentiments weiter ausgebaut werden“. Dabei sollen Projektförderungen ermöglicht, die Finanzierung des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus und der Opferberatung sichergestellt sowie das Bundesprogramm „Demokratie leben“ aus Landesmitteln kofinanziert werden. Fortgeführt werden soll auch der Sachsen-Anhalt-Monitor.

Der Integration zuwandernder Menschen wird im Koalitionsvertrag breiter Raum gegeben. Einwanderung soll als Chance für Sachsen-Anhalt genutzt werden. „Eine gelingende Einwanderung stärkt uns wirtschaftlich, bereichert uns kulturell und trägt dazu bei, Sachsen-Anhalt durch Vielfalt attraktiver und weltoffener zu machen.“ Dem soll eine „geliebte Ankommenskultur“ dienen, die es insbesondere in den ländlichen Räumen des Landes zu kultivieren gelte. Gelingende Einwanderung könne dazu beitragen, „den Bevölkerungsrückgang zu lindern, lebenswerte Dörfer und Städte zu erhalten, Arbeits- und Fachkräfte sowie Unternehmensnachfolger zu gewinnen und eine angemessene Daseinsvorsorge flächendeckend zu sichern“.⁸

Konkreter und detaillierter als fünf Jahre zuvor werden damit für die Fortsetzung des Landesprogramms seitens der Landespolitik Arbeitsaufträge für ein fortzuschreibendes Landesprogramm formuliert. Angesichts der seit etwa zwei Jahren rasant zunehmenden Herausforderungen im Problemfeld Migration/Asyl/Zuwanderung und vor dem Hintergrund von seit 2014 exponentiell angestiegenen politisch motivierten Straftaten aus dem rechten Umfeld (vgl. Kapitel 1.5), erscheint es im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Landesprogramms konsequent, zum einen die ursprüngliche Schwerpunktsetzung in der Rechtsextremismusprävention beizubehalten sowie zum anderen die – ebenfalls bereits jetzt als Programmbestandteil aufgeführten – Initiativen zur Entwicklung und Proliferation demokratischer Werte und Handlungskompetenzen fortzuführen. Den erstgenannten Programmschwerpunkt zu verstetigen, ist nicht zuletzt angesichts des Aufwuchses von Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremem Täterhintergrund geboten. Dem jüngsten Verfassungsschutzbericht (2015) zufolge hat die fremdenfeindliche, rassistische und menschenverachtende Agitation im Land allein seit 2014 um fast 40 Prozent zugenommen (in diesem Bericht Kapitel 1.5, Abbildung 19 und Abbildung 20).

Ebenso erscheint es zielführend, einen dritten neuen Schwerpunkt zu setzen, nämlich für den Aufbau und die Akzeptanzsicherung einer gerade auch in ländlichen Räumen gesellschaftlich zu verankernden Willkommenskultur. Auf die Wichtigkeit von Engage-

7 Zukunfts Chancen für Sachsen-Anhalt – verlässlich, gerecht und nachhaltig. Vereinbarung zwischen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen über die Bildung einer Koalition in der 7. Wahlperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt, 18. 04. 2016.

8 Ebenda.

mentförderung im ländlichen Raum war bereits bei einem Trägertreffen am 3. November 2011 in Magdeburg verwiesen worden.⁹

Auf die Förderung einer positiven Wahrnehmung von Zuwanderung hin sollte unseres Erachtens auch das in das Landesprogramm bisher schon aufgenommene Lernziel des Erwerbs sozialer Kompetenzen in schulischer und Erwachsenenbildung, wie u.a. Gemeinschaftsfähigkeit, Toleranz und Anerkennung anderer Menschen, Kulturen und Lebensweisen, bewusst ausgerichtet werden.

Einer Gemeinschaft (z.B. Staat, Bundesland, Unternehmen, Verein etc.) werden gemein- hin dann eine ausgeprägte Willkommenskultur und/oder ein hohes Integrationspoten- zial bescheinigt, wenn sie offen für neue „Mitglieder“ ist. Eine solche Offenheit generiert im Übrigen Nettoerträge aus Einwanderung, während erschwerte oder verhinderte In- tegration Nettoverluste bewirkt (Bonin 2014). Dem Grundgedanken einer Willkom- menskultur folgend, sollen die beteiligten Institutionen und Akteure in ihrem Wirkungs- kreis zu Integration ermutigen, dabei den Zuwandernden Perspektiven einer berufli- chen und sozialen Eingliederung aufzeigen und die Aufnahmebereitschaft Ortsansässiger fördern.

Für die erweiterte Schwerpunktsetzung des Landesprogramms in Bezug auf die Förde- rung und Stärkung einer Willkommenskultur sprechen sowohl dieser zuwiderlaufende aktuelle Einstellungsmuster unter der Landesbevölkerung als auch gesellschaftspoliti- sche sowie auf die Perspektiven der Landesentwicklung abhebende politisch- strategische Erwägungen:

1.2 Einstellungsebene

Im Sachsen-Anhalt Monitor 2014 sprachen sich 70 Prozent der Landesbevölkerung für eine Zuwanderungserlaubnis zugunsten Schutzsuchender aus. Geht es indes um „Wirt- schaftsflüchtlinge“, kippte die Stimmung und überwog die ablehnende Haltung deutlich. In einem fiktiven Referendum über eine Begrenzung von Zuwanderung (nach dem Bei- spiel der Schweiz¹⁰) haben im Herbst desselben Jahres 59 Prozent der Landesbevölke- rung für restriktivere Zuwanderungsregeln optiert (Holtmann/ Jaeck/ Völkl 2014, S. 121f.).

Unseren Erhebungen nach waren andererseits im Sommer 2015 fast gleich viele Wahl- willige wie erklärte Nichtwähler, nämlich jeweils um 70 Prozent, der Meinung, „Die Aus- länder, die hier leben, sind gut integriert“ (Holtmann/Jaek 2015, Datensatz zum Nicht- wählermonitor, Eigenen Berechnungen) – dies freilich vor dem Erfahrungshintergrund eines äußerst geringen Ausländeranteils von landesweit ca. 3 Prozent (StaLa, aufgerufen

9 Diskussionsvorlage zum Trägertreffen, auf Grundlage eines Entwurfes von Miteinander e.V., Freiwilligen -agentur Halle e.V., AJZ Dessau e.V.

10 Diese Frage wurde bewusst, trotz eingeschränkter Vergleichbarkeit, an die Volksabstimmung in der Schweiz vom 9. Februar 2014 angelehnt, bei der sich eine Mehrheit für eine weitere Begren- zung von Einwanderung ausgesprochen hat. Abgesehen von einer differenten sozialkulturellen Struktur liegt der Ausländeranteil in der Schweiz bei über 25 Prozent und im Land Sachsen- Anhalt bei gerade einmal 2 Prozent (Herbst 2014).

am 25. 01. 2016). Wohlgemerkt: Diese Einstellungsdaten wurden erhoben, bevor sich, beginnend im letzten Quartal des Jahres 2015, die Situation bei zuwandernden Flüchtlingen bundesweit dramatisch verschärfte.

Unsere Erhebungen zeigen des Weiteren die Bedeutsamkeit von lokalen Kontexteffekten auf die Wahrnehmung und Positionierung des „Selbst“ in größeren Lebenszusammenhängen. So steigt die Zahl der Befragten, die in ihrem Wohnort ein lebendiges Vereinsleben wahrnehmen, mit der Wahlbeteiligung an. Wir haben dazu angemerkt: „Wenn es gelingt, die Vereine, welche ein Element lokaler sozialer Vertrautheit verkörpern, für solche Initiativen [zur Stärkung der Wahlbeteiligung] zu gewinnen, könnte dies ein Weg sein, die Lücke zwischen zivilgesellschaftlichem („unpolitischen“) und politischem Engagement (...) zu schließen“ (Holtmann/Jaeck 2015, S. 21). Die Annahme ist zulässig, dass dieselben lokalen Kontextfaktoren, zu welchen außer der (empfundener) Wirksamkeit örtlicher Organisationen auch Verbundenheit mit der Gemeinde, wahrgenommener Zusammenhalt vor Ort sowie Zufriedenheit mit lokaler Lebensqualität gehören, zugunsten einer Willkommenskultur stilbildend aktiviert werden können. Auf diesen für Demokratiebildung, Engagementförderung und Immunisierung gegen Gewaltaffinität unseres Erachtens wichtigen „Interventionspunkt“ gehen wir im Rahmen unserer Handlungsempfehlungen explizit ein (vgl. Kapitel 2)

1.3 Wirtschaftsentwicklung und Lebenslagen:

Bezogen auf die Entwicklung der Wirtschaft sowie auf die Sicherung sozial stabiler Lebenslagen liegen die Vorteile einer dezentral implementierten Willkommenskultur auf der Hand. Diese kann unter anderem:

- zu einer Verbesserung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Sachsen-Anhalt für bereits Ansässige (Migrant*innen), für Neuankommende (Zuwanderer*innen) und für Einheimische beitragen (Siegert et al. 2015),
- und ebenso eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts im Allgemeinen wie zwischen verschiedenen Kulturen, Ethnien und Religionen im Besonderen bewirken.
- Im Übrigen ist Einwanderung angesichts eines Durchschnittsalters von rd. 58 Jahren in vielen Gemeinden vielfach die einzige Perspektive, um regionale bzw. lokale Identität fortschreiben und lebendige örtliche Gemeinschaften erhalten zu können.

In Ansehung dieser Argumente wird deutlich, dass die lokale Ebene und dort vorhandene Netzwerke, die sich aus kommunalen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammensetzen, für die Implementation von Willkommenskultur erstrangige Bedeutung haben.

Der im vergangenen Jahr seitens des Programmträgers vorgelegte „Bericht zur Umsetzung des Landesprogramms von 2012 bis 2015“ (Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt 2016) trägt dem Erfordernis einer den gesellschaftlichen und politisch-kulturellen Wandel aufnehmenden Fortentwicklung des Programms Rechnung. In der

Formulierung der Überschriften im abschließenden Abschnitt von Empfehlungen – „Bewährtes fortsetzen, Neues hinzufügen“ – kommt dies plakativ zum Ausdruck.

Als zukünftig vorzunehmende Maßnahmen werden hier unter anderem genannt: eine alle Altersgruppen einbeziehende Angebotsstruktur politischer und demokratischer Bildung, eine langfristig gesicherte und regelmäßige Datenerhebung zu Aspekten einer demokratischen politischen Kultur, flankierende Maßnahmen zur „nachhaltigen Etablierung einer Willkommenskultur“, die Verknüpfung von Initiativen zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus mit der Perspektive einer „gelingenden Integration von Flüchtlingen“, Initiativen zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit (insbes. Islamfeindlichkeit), Förderung des Zusammenlebens von Eingesessenen und Zugewanderten.

1.4 Landesspezifische Analyse der Einstellungsebene und damit verbundene Herausforderungen für die Demokratie

Gegenstand dieses zweiten Arbeitsganges ist eine landesspezifische Analyse quantitativer Erhebungen über die Herausforderungen, vor die sich das Landesprogramm jetzt und in Zukunft gestellt sieht. Hierfür waren zwei Arbeitsschritte vorgegeben: Zunächst soll eine Sekundäranalyse der für Sachsen-Anhalt vorliegenden Einstellungsdaten zu Rechtsextremismus, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rechtspopulismus und demokratischer Kultur erhoben werden. Sodann soll mittels vergleichender Sekundäranalysen eine Einbettung dieser landesbezogenen Daten in bundesdeutsche Einstellungsmuster erfolgen.

Für die Sekundäranalyse werden verschiedene valide, inhaltlich und geografisch relevante und frei zugängliche Daten herangezogen. Dazu gehören für Sachsen-Anhalt insbesondere der von den Autor*innen periodisch durchgeführte *Sachsen-Anhalt Monitor*, welcher seit 2007 periodisch Einstellungen und Handlungsintentionen auch zu rechtsextremistischen und menschenfeindlichen Aspekten erhebt. Die im Fragebogen verwendeten Instrumente zur Messung politischer Orientierungsmuster werden mit ausgewählten Erhebungen vergleichend angelegt. Sie bieten die Basis, um die für den Programmauftrag bedeutsamen Einstellungsprofile systematisch sowie im Längsschnitt aufzubereiten. Dazu wurden im Verlauf der Erstellung des Berichts u.a. folgende Daten und Erhebungen einbezogen:

- Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)
- Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – Deutsche Zustände (GMF-Survey 2002-2012)
- „Mitte –Studien“ der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Universität Bielefeld
- Leipziger „Mitte“-Studien
- LänderTREND (infratest dimap)
- Thüringen Monitor
- Sachsen Monitor
- German Longitudinal Election Study (GLES) – Langfrist Online Tracking

Mit Hilfe dieses erweiternden Studienradius werden im Folgenden für Sachsen-Anhalt gewonnene Ergebnisse in die bundesweite Forschungslandschaft eingegliedert und entsprechend dargestellt. Auf die Weise lassen sich sowohl allgemeine aktuelle Herausforderungen für Deutschland als auch spezifische für das Bundesland Sachsen-Anhalt herausarbeiten. Inhaltliche Schwerpunkte bilden dabei Rechtsextremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rechtspopulismus und Einstellungen zur Demokratie.

Im Rahmen der Sekundäranalyse werden insbesondere auch die Zusammenhänge zwischen Demokratieverständnis, wahrgenommener politischer Performanz und Distanz zur Politik mit persönlicher Selbstwirksamkeit („self-efficacy“) und individueller (Nicht)Beteiligung dargestellt, generell und differenziert nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen (Alter, Status im Erwerbsleben etc.). Denn diese Zusammenhänge verweisen auf handlungswirksame Einstellungsdimensionen, an welchen die in das Landesprogramm aufgenommenen Initiativen der Demokratiebildung mittels Ansprache spezifischer Zielgruppen ansetzen können.

Für den hier ebenfalls vorgenommenen regional-überregionalen Vergleich können wir zum Teil auf eigene Vorarbeiten rekurrieren. So sind thematisch einschlägige Datensätze, die im Rahmen einer umfangreich angelegten Meta-Analyse politischer und gesellschaftlicher Einstellungen für das vereinigte Deutschland für den Zeitraum von 1990 bis 2014 zusammengeführt und interpretiert worden sind (vgl. Gabriel et al. 2015), herangezogen worden. In diese Meta-Analyse sind ausgewählte Surveys, die als Wiederholungsumfragen angelegt sind, eingeflossen. Die hier vorgelegte Expertise kann somit auf eine umfangreich aufbereitete Datenbank zu den in der Ausschreibung für diesen Arbeitsschritt genannten Themen zurückgreifen.

Einstellungsmuster im Spiegel der Daten

Bei der Sichtung der Datenlage wird deutlich, dass landesbezogene aktuelle Daten derzeit nicht vorliegen. Die landesweite kontinuierliche Erhebung politischer und demokratischer Einstellungsmuster, welche durch den periodisch erscheinenden Sachsen-Anhalt-Monitor (SAM) abgedeckt ist, wurde zuletzt in vollem Umfang 2014 (Juni/August) durchgeführt. Ein auf das Thema Landtagswahl und Wahlbeteiligung fokussierter Monitor erschien 2015 (Oktober). Letzterer enthält zwar Einstellungen zur Demokratie und dem politischen System im Land Sachsen-Anhalt, jedoch keine Einstellungsfragen zu Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Für die laufende Legislaturperiode ist die Fortsetzung des SAM beabsichtigt (Koalitionsvertrag 2016, S.11f.).

Die Entwicklung der Flüchtlingsthematik und der sich anschließende Aufwuchs rechtspopulistischer Strömungen seit etwa Herbst 2015 finden folglich in den verfügbaren landesbezogenen Einstellungsdaten keinen Niederschlag. Dieser den Untersuchungsgegenstand – Demokratie, Rechtsextremismus, Willkommenskultur und GMF – stark prägende Kontext kommt dementsprechend auch für die Auswertung des Sachsen-Anhalt-Monitors nicht in Betracht. Wir gehen jedoch davon aus, dass sich die mit dem Thema Asyl/Flüchtlinge/Migration verbundenen strukturellen Herausforderungen und subjek-

tiv wahrgenommenen Risiken auch in den aktuellen Einstellungsmustern der Landesbevölkerung widerspiegeln.

Für die vorliegende Expertise ziehen wir für aktuelle Werte (2016) deshalb zusätzlich Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS – eingeschränkte Vorabveröffentlichung 2016) und Daten der German Longitudinal Election Study¹¹ (GLES) hinzu. Die Nutzung dieser Daten ist jedoch mit verschiedenen Einschränkungen verbunden. So verzeichnet der Allbus für das Land Sachsen-Anhalt nur etwa N = 50 Fälle. Bei den Daten des GLES handelt es sich um ein so genanntes Online-Access-Panel, welches, streng genommen, nicht die Kriterien für Repräsentativität des Landes Sachsen-Anhalt erfüllt, da die Befragung ausschließlich webbasiert durchgeführt wird¹². Dennoch wird mit Hilfe von Quotierungsverfahren eine möglichst hohe Repräsentativität erreicht¹³. Die Fallzahlen für das Bundesland liegen immerhin bei N = 511. Zuverlässige Querschnittsdaten lassen sich aber nur mit einer auf das Land zugeschnittenen Umfrage generieren.

Der Allbus (2016) enthält zahlreiche Fragen zu Fremdenfeindlichkeit, Integration, Akzeptanz von Zuwanderung und Flüchtlingen, Autoritarismus u.v.m. und kann damit als aussagekräftige Vergleichskategorie für zukünftige Daten auf Landesebene verwendet werden. Für die vorliegende Expertise kann er nur als grober Gradmesser aktueller Einstellungen für den Bereich Zuwanderung (2016) im Land gelten.

Die Studie „Deutsche Zustände“, die von Wilhelm Heitmeyer von 2002 bis 2011 durchgeführt wurde, bildet die Grundlage des Konzeptes der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF), welches das ältere Konzept des Rechtsextremismus nach der so genannten Konsensusdefinition¹⁴ um einige Facetten erweitert¹⁵ (Abbildung 1).

Dies betrifft vor allem die soziale Dimension, die politische Dimension wird im GMF-Konzept nicht berücksichtigt. Das verbindende Kennzeichen beider Ansätze sind Ungleichwertigkeitsvorstellungen gegenüber „Anderen“. Diese Vorstellungen kommen am deutlichsten bei der Betrachtung so genannter sozialdarwinistischer Einstellungen zum

11 Die German Longitudinal Election Study (GLES) beobachtet und analysiert mit Blick auf drei Bundestagswahlen (2009, 2013 und 2017), wie die Wählerschaft auf neue komplexe Konstellationen der Politik reagiert. In diesem umfassendsten Projekt der deutschen Wahlforschung werden als Datenbasis Querschnitts- und sowohl kurz- als auch langfristige Längsschnitturnfragen eingesetzt. www.gles.eu

12 Für weiterführende Angaben: gesis (2016): Studienbeschreibung GLES – Langfrist-Online-Tracking zur Landtagswahl Sachsen Anhalt, 2016, ZA5742.

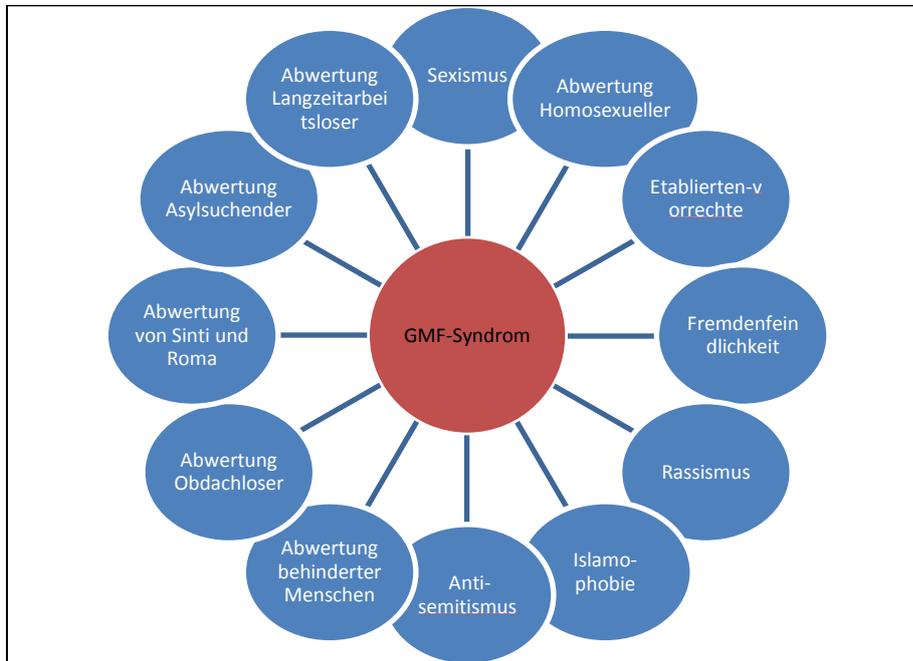
13 Die Teilnehmer*innen werden nach den Merkmalen Geschlecht, Alter und Bildung quotiert. Die Soll-Zahlen basieren auf der Verteilung von Best for Planning, gefiltert nach Internetnutzung, deutscher Staatsangehörigkeit und Bundesland. Die Verteilung ist entsprechend *repräsentativ* für die deutschen Internetnutzer in Sachsen Anhalt (ebd., S.10).

14 „Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellt. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“ In: Stöss, R. (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. S. 56ff.

15 Zur weiteren Begriffsdefinition und Diskussion des Rechtsextremismus siehe auch Glaser 2012.

Vorschein. Dieses verbindende Kennzeichen „Abwertung von Anderen“ wird im GMF-Konzept deutlich erweitert und betrachtet nicht nur die Gruppen der Ausländer und Semiten.

Abbildung 1 Facetten der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF-Syndrom)



Quelle: eigene Abbildung

Diese Akzentuierung stellt auch einen Hauptkritikpunkt am Konzept des Rechtstextremismus dar. Denn ein immanenter Bestandteil von Rechtstextremismus ist die Ideologie der Ungleichwertigkeit, und diese bezieht sich, wie wir noch zeigen werden, auf alle, oft als vermeintlich „schwach, abweichend, nicht normal oder [eben] fremd [bzw. anders] usw.“ (Zick/Klein, S. 62 [Erg. der Autoren]) bezeichneten Gruppen¹⁶, und nicht nur auf die oben genannten Einstellungsmuster der Fremdenfeindlichkeit und des Antisemitismus.

Zum Zeitpunkt der Expertise lagen uns für das Land Sachsen-Anhalt nur die Daten bis 2011 vor. Die aktuellen Daten konnten dementsprechend nicht berücksichtigt werden¹⁷. Die Bielefelder GMF-Studie ist wie andere bundesweite Studien nicht für einen Bundesländervergleich konzipiert, weist für Sachsen-Anhalt aber um die 100 Fälle aus, was einzelne Analysen möglich macht. Im Folgenden sind nur statistisch signifikante Ergebnisse dargestellt.

Tabelle 1 zeigt das Bundesland zum Zeitpunkt des ersten Landesprogramms (2011) im Vergleich mit anderen Bundesländern (Tabelle 1). Hierfür wurden verschiedene Indikatoren bzw. Aussagen ausgewählt und vergleichend – anhand ihrer Mittelwerte – darge-

¹⁶ Ausführlich hierzu auch Zick/Klein 2014, S. 61ff.

¹⁷ Zum Beginn der Expertise lag uns zwar eine mündliche Zusage der Friedrich-Ebert-Stiftung vor, doch konnten uns die Daten bis Ende Januar nicht zur Verfügung gestellt werden.

stellt. Die Auswahl der Indikatoren orientierte sich an der Thematik Asyl¹⁸, Wirtschaftliche Lage, soziale Deprivation, Sozialdarwinismus und Xenophobie.

Die Bundesländer unterscheiden sich insgesamt hinsichtlich aller ausgewählten Indikatoren signifikant voneinander. Im direkten Vergleich zweier Bundesländer sind die Unterschiede teilweise aber marginal und dementsprechend nicht signifikant (vgl. Tabelle 1). Die Mittelwerte liegen alle auf einer Skala von 1 (volle Zustimmung) bis 4 (völlige Ablehnung) und sind in der Tabelle absteigend nach dem Durchschnitt über alle Items hinweg angeordnet. Das bedeutet, die Bürger*innen Sachsens-Anhalts zeigten 2011, nimmt man die ausgewählten Indikatoren zusammen, von allen Bundesländern das kritischste Einstellungsmuster. Dieses 2011 vorherrschende Gesamtbild wurde insbesondere durch folgende Meinungen geprägt:

- die Folgen der Wirtschaftskrise ausbaden zu müssen (2),
- dass politisches Engagement sinnlos ist (1),
- dass Deutschland gefährlich überfremdet ist (5),
- dass zu viele Ausländer in Deutschland leben (6),
- dass die meisten Asylbewerber in ihrer Heimat nicht wirklich verfolgt werden (9) und
- dass den Menschen, die an ihrer Not mitschuldig (so die Fragestellung) sind, nicht geholfen werden sollte (10).

18 In Anlehnung an später gezeigte Ergebnisse zur aktuellen Wahrnehmung drängender Probleme im Land. Diese Befunde zeigen, dass das Thema Flucht und Asyl derzeit das eigentlich relevante Thema auf der politischen Agenda – zumindest aus Sicht der Bürger*innen – zu sein scheint.

Tabelle 1 GMF-Survey ausgewählte Faktoren im Bundesländervergleich – 2011 (Mittelwerte von 1 volle Zustimmung bis 4 völlige Ablehnung)

Bundesländer	1. Politisches Engagement ist sinnlos	2. Die Wirtschaftskrise müssen am Ende immer Leute wie ich ausbaden	3. Wenig nützliche Menschen kann sich keine Gesellschaft leisten	4. Einige Bevölkerungsgruppen sind nützlicher als andere	5. Deutschland wird in einem gefährlichen Maß überfremdet	6. Es leben zu viele Ausländer in Deutschland	7. Die Ausländer in Deutschland machen mir Angst	8. Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat nicht großzügig sein	9. Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden	10. Wer selbst mitschuldig an seiner Not ist, dem sollte auch nicht geholfen werden	MW (absteigend sortiert)
Nordrhein-Westfalen	2,73	1,84	2,94	2,76	2,55	2,60	3,26	2,22	2,49	3,01	2,64
Niedersachsen	2,70	1,85	2,92	2,83	2,37	2,63	3,41	2,17	2,53	2,89	2,63
Schleswig-Holstein	2,82	1,73	2,90	2,69	2,64	2,67	2,92	2,46	2,48	2,86	2,62
Bayern	2,77	1,93	2,88	2,78	2,32	2,38	3,22	2,19	2,43	2,98	2,59
Rheinland-Pfalz	2,80	1,79	2,94	2,74	2,33	2,40	3,02	2,26	2,48	3,06	2,58
Hessen	2,75	1,94	2,83	2,85	2,43	2,55	3,01	2,28	2,24	2,46	2,54
Baden-Württemberg	2,67	1,88	2,87	2,54	2,47	2,53	2,94	2,00	2,44	2,90	2,52
Insgesamt	2,60	1,80	2,82	2,74	2,36	2,43	3,06	2,11	2,40	2,77	2,51
Brandenburg	2,46	1,67	2,69	2,83	2,18	2,28	2,91	1,97	2,27	2,78	2,40
Thüringen	2,47	1,63	2,65	2,60	2,31	2,31	2,95	1,97	2,23	2,63	2,37
Sachsen	2,36	1,75	2,76	2,76	2,14	2,17	2,87	1,89	2,38	2,50	2,36
Mecklenburg-Vorpommern	2,40	1,79	2,55	2,72	2,25	2,15	2,60	1,68	2,23	2,43	2,28
Sachsen-Anhalt	2,20	1,49	2,55	2,64	1,94	2,00	2,89	2,04	2,23	2,21	2,22

Quelle: Eigenen Berechnungen nach GMF-Survey (2011)

Diese Ergebnisse zeigen schon 2011 ein insgesamt asylkritisches Bild, und das nicht nur in Sachsen-Anhalt; gerade die Aussagen zur Zuwanderung fallen in allen Bundesländern ähnlich negativ aus. Das gesamte Einstellungsbild ist in Sachsen-Anhalt aber von allen Bundesländern am deutlichsten ablehnend. Dementsprechend fiel der über alle Fragepunkte hinweg gebildete Mittelwert vor ca. 5 Jahren am meisten „zustimmend“ aus.

In Tabelle 2 sind einzelne Indikatoren einer vergleichenden ökonomischen Einordnung dargestellt. Zum einen sollten die Befragten auf einer Skala von 1 (besser) bis 3 (schlechter) die wirtschaftliche Situation der Deutschen mit derjenigen hier lebenden Ausländern vergleichen und andererseits die der eigenen Gegend im Vergleich zu Deutschland insgesamt. Des Weiteren sollten Befragte ihre Stellung in der Gesellschaft einordnen, und zwar auf einer 10-Stufigen Skala von 1 (Unten) bis 10 (Oben). Dargestellt sind im Folgenden jeweils die Mittelwerte. In Tabelle 2 wurden diese absteigend nach dem ersten Indikator geordnet.

Tabelle 2 GMF-Survey Vergleich Sachsen-Anhalt 2011

Bundesländer	1. Wirtschaftliche Lage der Deutschen im Vergleich zu in Deutschland lebenden Ausländern. (1-3)	2. Wirtschaftliche Lage in eigener Gegend im Vergleich zur wirtschaftlichen Lage in BRD. (1-3)	3. Wo würden Sie sich in der Gesellschaft einordnen? (1-10)
Baden-Württemberg	1,7	1,5	5,6
Hessen	1,7	1,9	5,4
Brandenburg	1,7	2,5	4,8
Schleswig-Holstein	1,7	2,0	6,0
Niedersachsen	1,8	2,1	5,6
Bayern	1,8	1,9	5,3
Rheinland-Pfalz	1,8	2,0	5,3
Insgesamt	1,8	2,1	5,3
Mecklenburg-Vorpommern	1,8	2,6	5,1
Nordrhein-Westfalen	1,8	2,1	5,4
Sachsen	1,9	2,4	5,2
Thüringen	2,0	2,6	4,9
Sachsen-Anhalt	2,2	2,6	4,9

Quelle: Eigenen Berechnungen nach GMF-Survey (2011)

Sachsen-Anhalt war 2011 demzufolge das einzige Bundesland, das die wirtschaftliche Lage der hier lebenden Ausländer besser als die der Deutschen einschätzte. Auch die ökonomische Situation vor Ort wurde im Bezug zu Gesamtdeutschland vergleichsweise schlecht beurteilt. Insgesamt ordneten sich zum Befragungszeitpunkt die Sachsen-Anhalter*innen in der unteren Mitte der Gesellschaft ein – die Varianz fällt hier über die Bundesländer hinweg aber moderat aus. Die größte Differenz zwischen zwei Bundesländern liegt bei 1,2 Punkten, was in Anbetracht der Spannweite nicht viel ist. Es zeigt sich aber auch bei diesen Items, dass die Bewohner*innen des Landes sich im Vergleich mit anderen wirtschaftlich benachteiligt fühlen.

Das Item 2 in Tabelle 2 verweist zudem darauf, dass dies als ungerecht empfunden wird. Somit kann für das Jahr 2011 von einer verfestigten sozial deprivierten Grundstimmung ausgegangen werden. Und die Änderungsträgheit einer solchen Grundstimmung spricht dafür, dass diese auch in den folgenden Jahren angehalten hat. Zieht man den in Kapitel 2 umrissenen theoretischen Rahmen zur Erklärung fremdenfeindlicher Einstellung hinzu, so können zwei Erklärungen für die ablehnende Haltung in Sachsen-Anhalt formuliert werden: zum einen werden entsprechend der Gruppenbedrohungstheorie Ausländer als Rivalen um knappe Ressourcen wahrgenommen. Zum anderen führt gemäß der Theorie der (subjektiven) relativen Deprivation die im Vergleich zu Anderen empfundene Benachteiligung zu asylfeindlichen Einstellungen dahingehend, dass Migranten als Sündenbock für die eigene Lage verantwortlich gemacht werden.

Tabelle 3 Ausgewählte Indikatoren nach verschiedenen Einflussfaktoren (GMF-Survey-2014) (Nennungen „stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“ in Prozent)

	Gesamt Ø	Gebiet		Alter			Schichtzugehörigkeit			Politische Selbstverortung		
		Ost	West	16 bis 30	31 bis 60	über 60	Unten	Mitte	Oben	Links	Mitte	Rechts
Abwertung Langzeitarbeitsloser	47,8	55,4	46,3	57,6	43,2	49	48	47,7	49,3	30,8	51,2	63
Fremdenfeindlichkeit	20	26,9	18,2	20	15,4	27,3	37,5	18,3	20,9	7,1	19,8	40,4
Antisemitismus	8,5	11,6	7,8	6,3	5,5	14,4	18,5	7,6	9,7	4,1	8,6	15,2
Abwertung Behinderter	4,1	4	4	2,6	3,9	5,7	2,3	4	7,8	1,1	4	11,7
Sexismus	10,8	10,2	10,9	11,2	5,7	18,7	21,7	9,6	13,2	4,2	10,2	22,3
Abwertung Obdachloser	18,7	22,9	17,1	16,2	15,2	25,6	24,5	18,2	18,7	9,5	20	24,5
Abwertung Asylsuchender	44,3	52,8	42,4	45,5	41,5	48	55,2	43,5	43,5	26,1	47,7	59,5
Abwertung von Sinti und Roma	26,6	35,1	24,5	20,9	25,6	32	32	26,1	27,8	18,6	26,5	42,6
Islamfeindlichkeit (Islamophobie)	17,5	23,5	16	20	14,2	21,3	27,1	16,1	22,1	7,7	17,9	32,3
GMF- Gesamt- Ø	21,4	25,9	20,3	21,3	18	27	28,8	20,6	23	11,9	22,1	33,6

Quelle: Eigene Darstellung nach Zick/Klein 2014 S. 72ff.

In der obigen Tabelle 3 sind die Anteile derer dargestellt, die in den befragten Subgruppen (Ost, West, Schichtzugehörigkeit usw.) den einzelnen Dimensionen eher oder voll und ganz zugestimmt haben.

Dass der Fokus des Landesprogramms auch weiterhin auf die Bekämpfung rechtsaffiner Einstellungsmuster ausgelegt bleiben sollte, bestätigen die in obiger Tabelle aufgezeigten Zusammenhänge nachdrücklich. Die politische Selbstverortung hat einen sehr starken bzw. den stärksten Einfluss auf fast alle Bereiche des GMF-Syndroms in den vergleichenden Kategorien. Rechte Selbstverortung ist, wie oben bereits erwähnt, im Gegensatz zu politisch linker Positionierung fest mit einer Ideologie von Ungleichwertigkeitsvorstellungen verbunden. Andere hinsichtlich ihrer Einstellungsmuster vorurteilsanfällige Gruppen bzw. gesellschaftlichen Aggregate sind der Osten Deutschlands insgesamt, über 60-Jährige und Personen, die sich selbst in einer Schichthierarchie als „Unten“ klassifizieren. Den letztgenannten Gruppen sollte folglich im Rahmen der Fortschreibung des Landesprogramms ein besonderes Augenmerk gelten (Zielgruppenorientierung).

Tabelle 4 Einstellungen zum Rechtsextremismus nach Konsensusdefinition in Sachsen-Anhalt 2014 (Nennungen „stimme voll und ganz zu“ / „stimme überhaupt nicht zu“ in Prozent)

Frage	Sachsen-Anhalt (Ø)				Alter in Jahren					Schulabschluss		
	2007	2009	2012	2014	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Haupt- schule	Real- schule	Abitur
Wenn Arbeit knapp wird, sollte man die hier lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	13	12	9	7	5	5	8	8	7	10	6	3
	26	30	34	37	42	36	37	37	36	32	33	53
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet. ¹⁹	23	19	12	15	9	9	10	17	19	28	12	5
	18	19	28	23	21	23	29	24	19	11	21	44
Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss	6	4	6	5	0	3	3	3	8	8	4	3
	33	34	26	39	57	43	53	38	32	30	36	60
Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen	15	13	16	11	8	7	9	9	15	15	12	3
	22	23	16	23	25	20	27	25	21	15	21	38
Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	*	*	8	11	2	6	10	11	14	17	10	6
	*	*	53	51	69	52	54	55	45	32	52	75
Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	*	*	*	6	7	5	1	2	10	13	3	1
	*	*	*	34	35	32	46	36	30	16	38	53
Generell kann man sagen, dass Deutschland besser ist als die meisten anderen Länder der Welt.	*	*	13	17	12	12	16	16	21	23	17	9
	*	*	21	16	9	12	19	17	16	10	14	28
Ich bin lieber Bürger von Deutschland als irgendeines anderen Landes der Welt.	*	*	45	50	30	31	30	48	66	66	50	28
	*	*	9	8	4	13	14	10	4	5	7	16
Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden in der Geschichtsschreibung übertrieben	*	*	*	7	9	2	10	6	8	13	5	4
	*	*	*	49	36	37	48	48	55	46	44	64
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten	*	*	*	4	0	3	4	5	4	8	3	1
	*	*	*	49	36	35	44	52	55	45	44	66
Wenn es Not tut, ist eine Diktatur die bessere Staatsform. ²⁰	5	4	5	4	0	2	4	3	5	5	4	1
	59	58	54	52	56	49	59	49	52	46	50	64
Was Deutschland jetzt braucht ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert	*	*	*	22	14	11	12	21	30	34	20	6
	*	*	*	24	18	21	32	26	23	15	21	44

Zustimmung

Ablehnung

* nicht erhoben

Quelle: SAM 2014, S.92

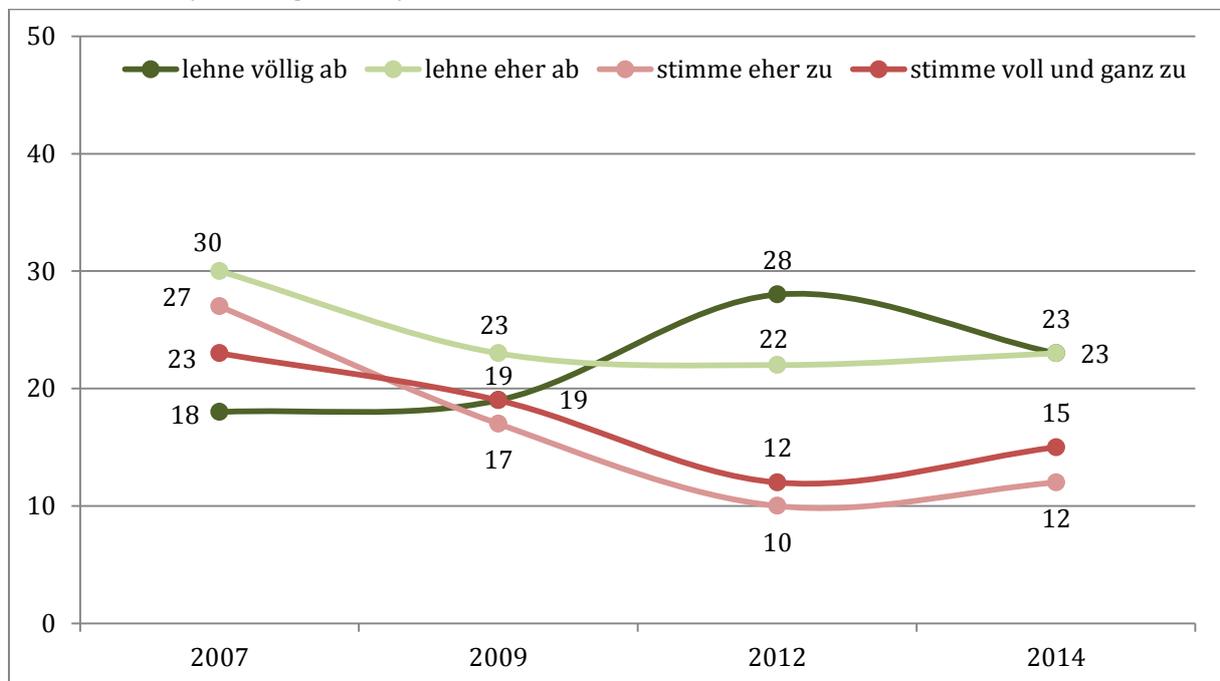
19 Abweichender Fragewortlaut 2012: „Durch die vielen Ausländer in Deutschland fühlt man sich zunehmend als Fremder im eigenen Land.“

20 Wechsel von 4er- auf 5er-Antwortskala (2012) mit mittlerer (teils, teils)-Kategorie. Trotz Wechsel bzw. zusätzlicher Kategorie nur eine gering abfallende Ablehnung.

In der bislang letzten Untersuchung von 2014 wurde im Sachsen-Anhalt-Monitor erstmals der Einstellungskomplex Rechtsextremismus gemäß der Konsensusdefinition (Fn. 14) gemessen. Die Auswertung passte sich den Veränderungen des Messinstruments an. In obiger Tabelle werden im linken Teil die in den bisherigen Sachsen-Anhalt-Monitoren verwendeten Items im Zeitverlauf, aufgeschlüsselt nach Alter und Bildung, abgebildet (Tabelle 4).

In den SAM-Daten von 2014 setzt sich der seit Beginn des Monitors 2007 festzustellende Trend überwiegend fort. Die Anteile der Bürger*innen, die fremdenfeindlichen Aussagen zustimmen, nehmen leicht ab, während die Ablehnung solcher Aussagen kontinuierlich zunimmt. So war die Angst vor Überfremdung seit 2007 (23 %) um 8 Prozentpunkte gesunken (Abbildung 2). Allerdings zeigten 2014 im Vergleich zu 2012 die die Sorge vor Überfremdung teilenden Nennungen leicht nach oben.

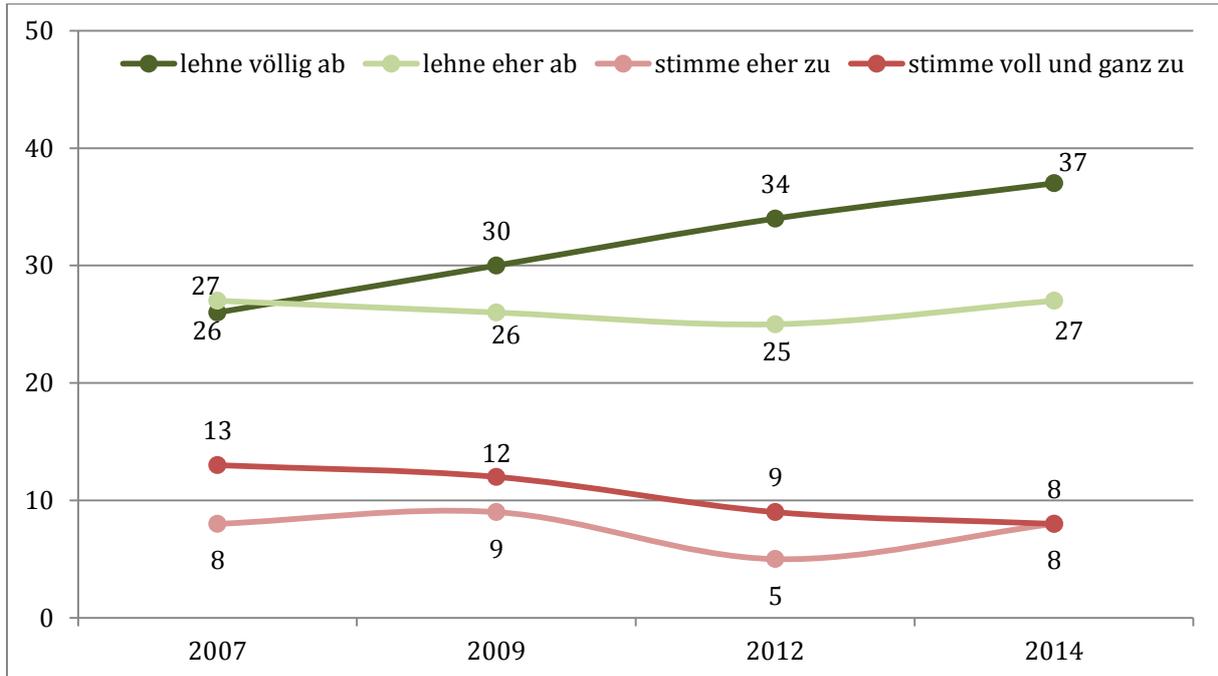
Abbildung 2 „Deutschland ist durch die Ausländer in einem gefährlichem Maß überfremdet“ (Nennungen in %)



Quelle: SAM 2007 bis 2014

Der Aussage: „Ausländer sollten bei knapper Arbeit wieder in ihre Heimat zurückgeschickt werden“, stimmten 2014 hingegen nur noch 7 Prozent sehr stark zu; damit hatte sich der Anteil seit 2007 in etwa halbiert (ebd.). Insgesamt ist die Zustimmung, bei konstanter Ablehnung, von etwa einem Fünftel (21%) auf ein Sechstel (16%) gefallen (Abbildung 3).

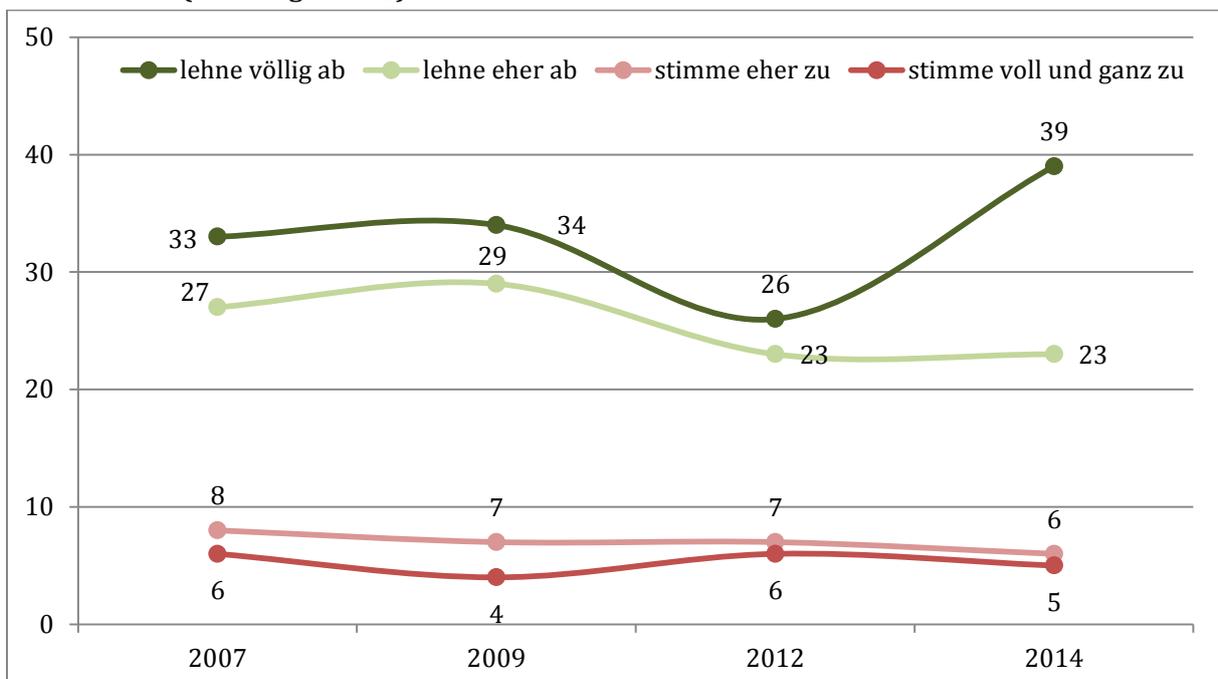
Abbildung 3 Ausländer bei Arbeitsknappheit in Heimat zurückschicken (Nennungen in %)



Quelle: SAM 2007 bis 2014

Im Bereich des Antisemitismus sind die Einstellungstendenzen seit 2007 bis 2014 mehr oder weniger konstant geblieben, mit der allerdings bemerkenswerten Ausnahme, dass die Vorstellung eines allzu mächtigen „Weltjudentums“ deutlich an Zustimmung verloren hat (Tabelle 4, Abbildung 4, Abbildung 5).

Abbildung 4 Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss (Nennungen in %)

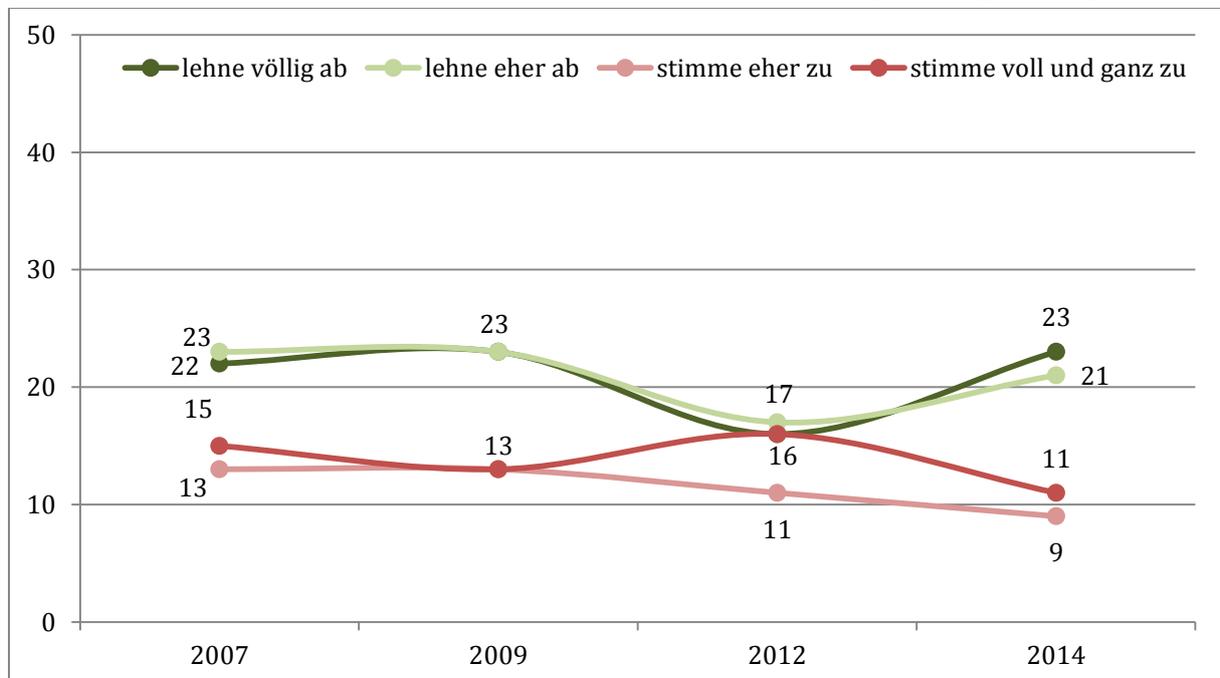


Quelle: SAM 2007 bis 2014

Im nationalen Rahmen betrachtet, lagen die Anteile antisemitischer Einstellungen, die 2007 und 2009 im Monitor gemessen wurden, für Sachsen-Anhalt bei sämtlichen abgefragten Items deutlich unter den Vergleichswerten West- wie Ostdeutschlands. Hinsichtlich der verschwörungstheoretischen Projektion, Juden hätten „auf der Welt zu viel Einfluss“, blieb die mehrheitliche Ablehnung der Sachsen-Anhalter stabil bzw. nahm, wie oben erwähnt, noch zu (Tabelle 4 und Abbildung 4). Gerade einmal 5 Prozent – und darunter vor allem über 60-Jährige – pflichteten 2014 diesem „Phantasma jüdischer Macht“²¹ bei (ebd.).

Dem sogenannten „sekundären Antisemitismus“²² stimmten etwa ein Zehntel (11 %) – auch hier mit zunehmendem Alter ansteigend – der Bürger*innen des Landes zu. Dieser Anteil hat sich mit Schwankungen seit 2007 bis 2014 leicht verringert, die Ablehnung bleibt im Siebenjahresvergleich relativ konstant (Tabelle 4 und Abbildung 5).

Abbildung 5 Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen. (Nennungen in %)



Quelle: SAM 2007 bis 2014

Sozialdarwinistische Einstellungen, wie die Unterscheidung in „wertvolles und unwertes Leben“ oder die Zustimmung, dass sich in der Gesellschaft der „Stärkere“ durchsetzen sollte, erfahren im Land eine mehrheitliche Ablehnung (ohne Abbildung). Eine Entwicklung im längeren Zeitverlauf kann hier noch nicht erfolgen; anzumerken ist aber, dass die Zustimmung von 2012 bis 2014 gestiegen und die Ablehnung leicht gefallen ist (Tabelle 4).

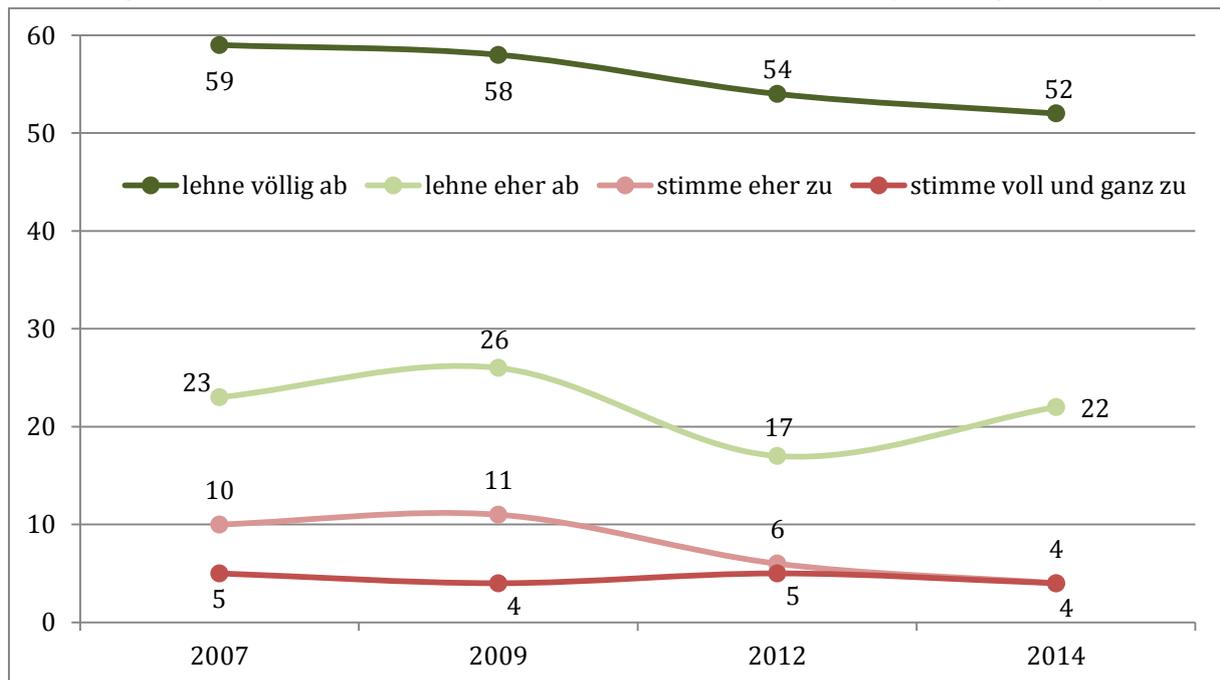
21 Holz, K, (2005): Neuer Antisemitismus? – Wandel und Kontinuität der Judenfeindschaft, In: BMI (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Judenfeindschaft im politischen Extremismus und im öffentlichen Diskurs, Berlin, S. 32.

22 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (2005): Verfassungsschutzbericht 2005, Köln, S. 17.

Überzeugungen, die die Verbrechen des Nationalsozialismus verharmlosen, werden 2014, verglichen mit einem ohnehin geringen Ausgangsniveau, von noch weniger Sachsen-Anhalter*innen geteilt. Doch auch hier erlauben unsere Daten keine Trendeinschätzung (Tabelle 4).

Einer Diktatur als „bessere Staatsform“ in Notsituationen erteilt die große Mehrheit der Sachsen-Anhalter eine Absage. Seit 2007 verläuft die Entwicklung dieses Einstellungsmusters relativ konstant, wenngleich bis 2014 die Rate der mehrheitlichen Ablehnung leicht zurückgegangen ist (Tabelle 4 und Abbildung 6).

Abbildung 6 Wenn es Not tut, ist eine Diktatur die bessere Staatsform (Nennungen in %)



Quelle: SAM 2007 bis 2014

Einstellungen zum nationalen Chauvinismus sind in den letzten zwei Jahren des Erhebungszeitraums des SAM leicht angestiegen. Zum Zeitpunkt 2014 konnte ein Effekt der Fußballweltmeisterschaft des gleichen Jahres nicht ausgeschlossen werden, welche sich zeitlich teilweise mit der Feldphase des damaligen Monitors überschneiden hatte.

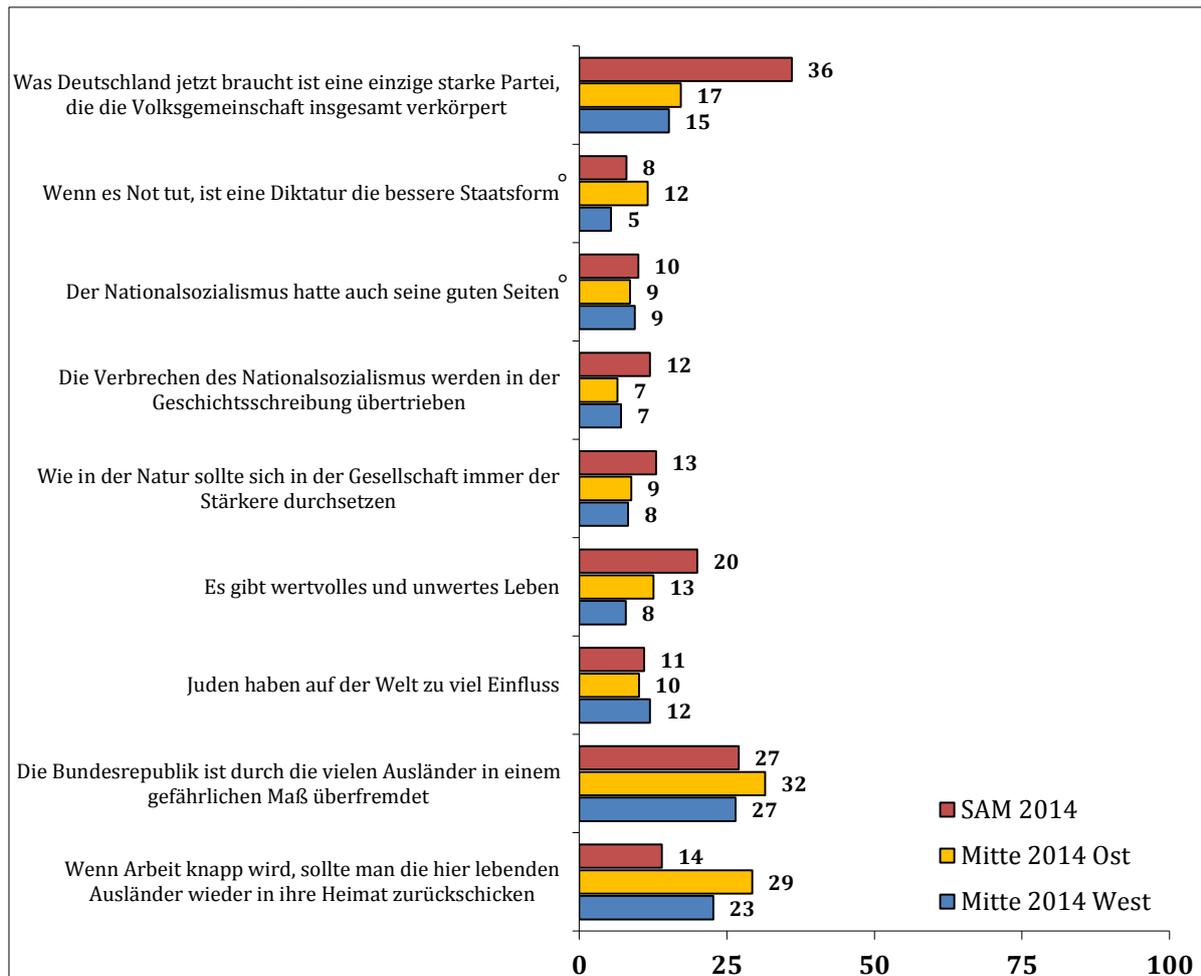
Das Alter zeigt im Vergleich zu Bildung hinsichtlich des Gewichts der sozialstrukturellen Einflussfaktoren eine vergleichsweise geringe Wirkung. Nur bei einzelnen Dimensionen schlägt sich die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Generation in differierenden Einstellungsniveaus nieder. So begünstigt ein höheres Alter tendenziell Antisemitismus, Sozialdarwinismus und insbesondere Nationalchauvinismus. Wesentlich prägnanter sind nach wie vor die Einflüsse des formalen Bildungsgrades: Je höher dieser ausfällt, desto weniger wahrscheinlich ist es, dass rechtsextreme Einstellungsmuster auftreten.

Die abermalige Auswertung des Sachsen-Anhalt-Monitors 2014 zeigt, dass rechtsextremistische Einstellungen im Land zum damaligen Zeitpunkt eher geringe und partiell im Vergleich mit 2007 rückläufige soziale Resonanz fanden. Dies gilt – zumindest in Teilen – auch bezüglich der aktuellen Daten des Allbus oder der GLES von 2016 zur Wahrneh-

mung der Politik, die ein eher positives Bild hinsichtlich klassischer Einflussfaktoren wie Demokratiezufriedenheit, Institutionenvertrauen und Regierungsperformanz zeichnen. Im Verhältnis zu den anderen ost- bzw. westdeutschen Bundesländern stand Sachsen-Anhalt 2014 bei den Indikatoren für Fremdenfeindlichkeit zwar besser da (Abbildung 7 und Abbildung 8).

Bundesweiter Vergleich 2014 (SAM, Allbus, Leipziger „Mitte“ Studien)

Abbildung 7 Rechtsextremistische Einstellungen in Sachsen-Anhalt im bundesweiten Vergleich (Nennungen „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ in %- SAM) (Nennungen „stimme voll und ganz zu“ und „stimme überwiegend zu“ in % Mitte)

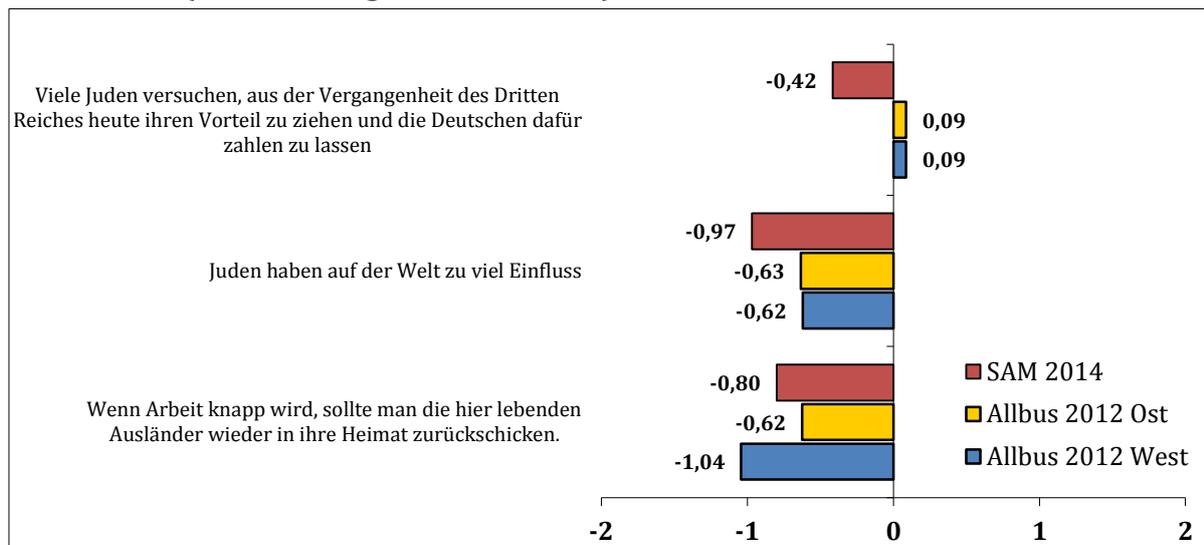


Quelle: Mitte-Studie – http://www.uni-leipzig.de/~kredo/Mitte_Leipzig_Internet.pdf

° Abweichender Fragewortlaut in der Mitte-Studie: 1. „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“ 2. „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“

Auch antisemitische Einstellungen waren 2014 hierzulande vergleichsweise wenig verbreitet (8). Doch bei anderen Items, die eine Anfälligkeit für Rassismus, Geschichtsrevisionismus und ein autoritäres Politikverständnis anzeigen, lag Sachsen-Anhalt über dem west- bzw. ostdeutschen Durchschnitt (Abbildung 7).

**Abbildung 8 Rechtsextremistische Einstellungen im bundesweiten Vergleich
(Mittelwertvergleich von -2 bis +2)**



Quelle: ALLBUS 2012 (7 Kategorien – von 1 stimme gar nicht zu bis 7 stimme voll und ganz zu umcodiert in Mittelwerte von -2 bis +2)

In der Gesamtabwägung waren wir 2014 zu der Einschätzung gekommen, dass Sachsen-Anhalt zu diesem Zeitpunkt auf der Einstellungsebene überwiegend Belege für eine „Festigung der Demokratie“ (so der Titel des SAM 2014) aufwies. Gegenwärtig ist indes, auch mit Blick auf die Ergebnisse neuester Erhebungen in den mitteldeutschen Nachbarländern Sachsen und Thüringen, die Annahme begründet, dass sich die 2014 bereits nachweisbaren Überzeugungskerne, die der Demokratie, der Weltoffenheit und der Toleranz abträglich sind, seither vergrößert haben. Um diese Annahme in kontinuierlicher Fortführung unseres regionalen Analysedesigns empirisch zu fundieren, bedürfte es indessen einer aktuellen Befragung der Landesbevölkerung.

Einflussfaktoren des Rechtsextremismus (Sachsen-Anhalt)²³

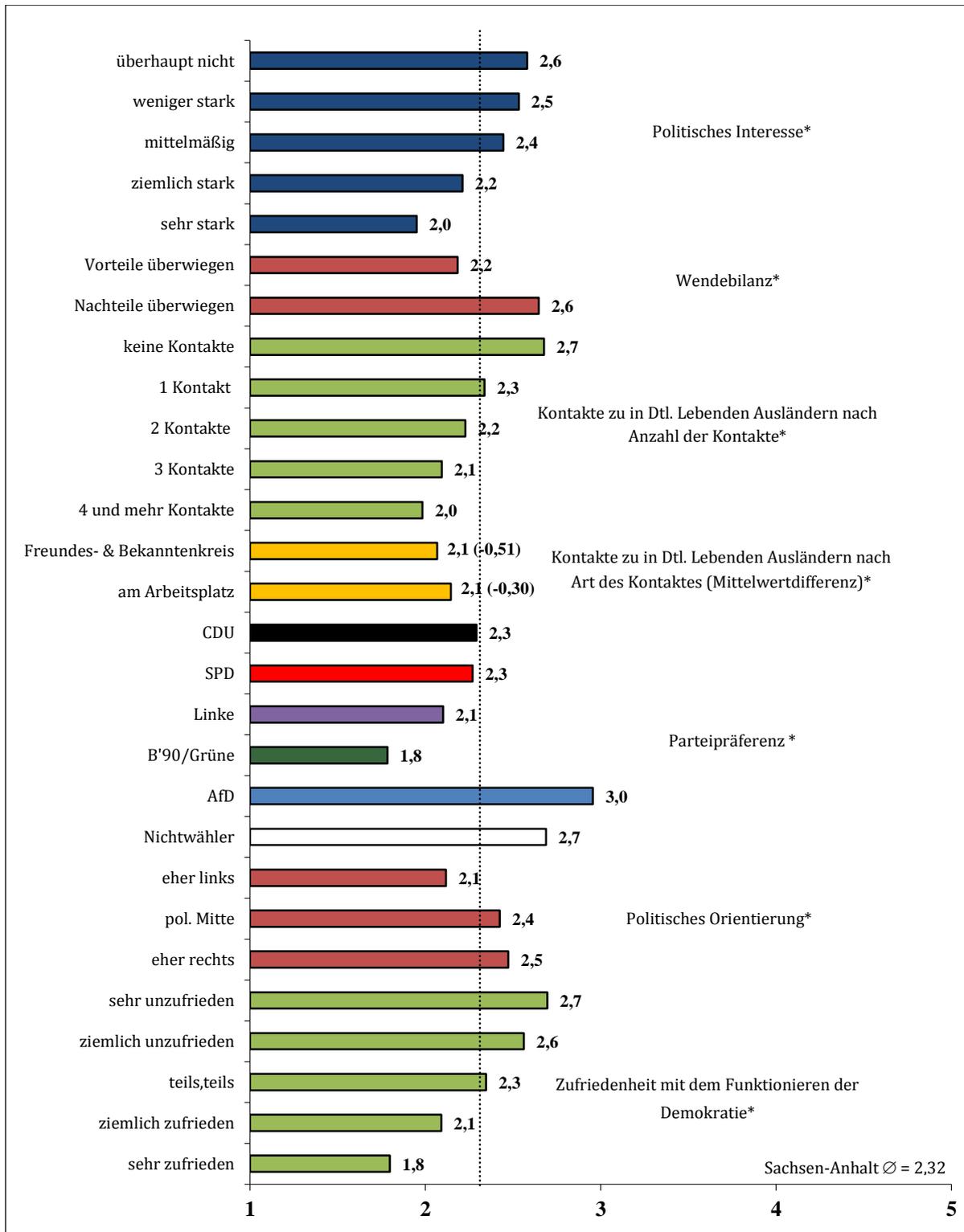
Im Folgenden werden die im Sachsen-Anhalt-Monitor 2014 erhobenen Dimensionen des Rechtsextremismus in ihrer Gesamtheit aufgeschlüsselt und nach den stärksten Einflussfaktoren betrachtet. Die Auswahl der Einflussfaktoren basiert im Wesentlichen auf dem in Kapitel 2 ausgeführten theoretischen Rahmen für die Erklärung fremdenfeindlicher und rechtsextremistischer Zusammenhangsmuster (vgl. Holtmann/Jaeck/Völkl 2014, S.116 ff.).

Die so genannte Kontakthypothese hat den größten Einfluss auf die Erklärung von Rechtsextremismus. Das heißt, je häufiger Kontakte mit Ausländern bestehen, desto weniger wahrscheinlich ist ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Dies gilt insbesondere für „freiwillige“ Kontakte im Alltag, die auf „Augenhöhe“ stattfinden (Freunde, Bekannte, Arbeitsplatz - Abbildung 9).

23 Im vorliegenden Bericht sind die relevanten Ergebnisse des Sachsen-Anhalt-Monitors zusammengefasst. Detaillierte Informationen und weiterführende Analysen in Fürnberg/Holtmann/Jaeck 2007; Holtmann/Jaeck/Völkl 2009-2014; Holtmann/Jaeck 2015.

Vorhandene relative soziale Deprivation wirkt insbesondere über die wahrgenommene Demokratieperformanz und die persönliche Einigungsbilanz. Ist jemand überzeugt, es gehe im Leben ungerecht zu, und sieht diese Person den Systemwandel als persönliches Verlustgeschäft, so äußert sich das nicht nur in Unzufriedenheit mit der Regierung, sondern manifestiert sich auch in rechtsextremen Einstellungen. Dabei werden in erster Linie „Andere“ (Politiker, „das Establishment“ oder eben Asylbewerber und Migranten) für das eigene Scheitern oder Nachteileerleben verantwortlich gemacht (ebd.).

Abbildung 9 Rechtsextremismus nach politischem Interesse, regionaler Bilanz der Einigung, Kontakten zu Ausländern, Parteisympathie, Links-Rechts-Selbsteinstufung und Demokratiezufriedenheit (Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung“ bis 5 „völlige Zustimmung“) 2014



* Die in Klammern dargestellte Mittelwertdifferenz gibt an, um wieviel Punkte sich die Ablehnung fremdenfeindlicher Einstellungen vermindert, wenn der jeweilige Kontakt vorhanden ist. Somit können die einzelnen Effektstärken differenziert werden.

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Durchgängig signifikante Einflüsse soziökonomischer Kriterien wie Bildung, Einkommen und Erwerbsstatus sprechen für die Schlüssigkeit der Konkurrenzhypothese oder auch der Gruppenbedrohungstheorie – Asylbewerber, Migranten und Flüchtlinge werden als direkte Konkurrenten um knappe Güter, wie Wohnungen, soziale Transferleistungen und Arbeitsplätze, wahrgenommen.

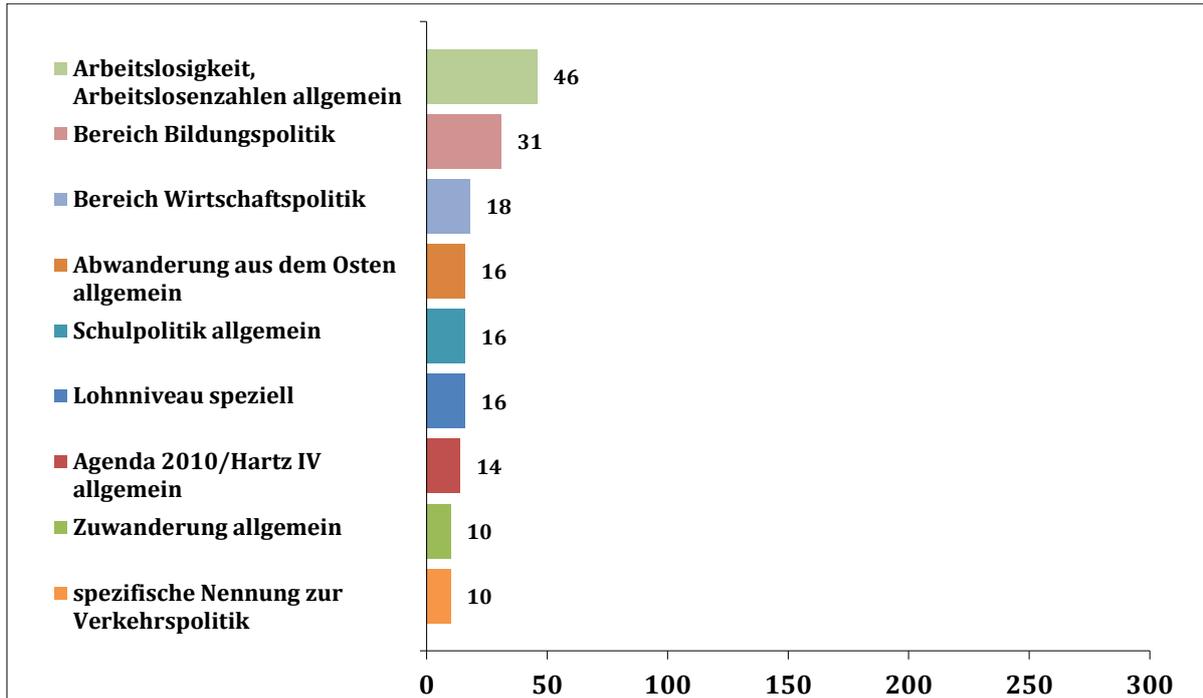
German Longitudinal Election Study – Performanz der Demokratie im Land (GLES 2011 und 2016 - Langfrist-Online-Tracking)

Wie oben ausgeführt, reichen die Zeitreihen des Sachsen-Anhalt-Monitors einstweilen nur bis 2014. Die für den anschließenden Zeitraum bis zur Gegenwart für unser Land existierende Datenlücke können wir immerhin partiell schließen, indem wir auf Daten der GLES und des Allbus zurückgreifen. Das ist insofern hilfreich, als vermutet werden darf, dass sich innerhalb dieser Zeitspanne von etwa 2 Jahren fremdenfeindliche und rechtsaffine Einstellungen beschleunigt verdichtet bzw. weiter ausgebreitet haben.

Im Jahr 2016 zeigt sich jedenfalls das vermutete veränderte Bild. Die deutsche Langzeitwahlstudie GLES liefert ausführliche aktuelle Einstellungsmuster mit einem Schwerpunkt auf Kompetenzeinschätzung und Leistungsvermögen (Performanz) von Politik und Politikern, unter dem Aspekt der aus der Sicht der Bevölkerung, dringlichsten Probleme in Sachsen-Anhalt. Hinzu kommen einzelne allgemein formulierte Fragen zur Zuwanderung und Flüchtlingssituation. Ein vorteilhafter Umstand der GLES sind die Erhebungszeitpunkte, lagen diese doch 2011 und 2016 jeweils im Vorfeld der sachsen-anhaltischen Landtagswahlen. Die Daten markieren folglich die zeitlichen Eckpunkte des Landesprogramms ziemlich genau.

Um herauszufinden, welche Themen die Bürger*innen am stärksten beschäftigen, ist eine Betrachtung der aktuellen subjektiv wahrgenommenen Problemlagen aufschlussreich. Die folgenden Abbildungen verdeutlichen den Paradigmenwechsel der Landesbewohner*innen, welcher während der letzten Legislaturperiode stattgefunden hat. Dieser Wechsel bei den Problemprioritäten lässt sich sowohl im Land als auch in Deutschland insgesamt beobachten (Abbildungen 10 und 11).

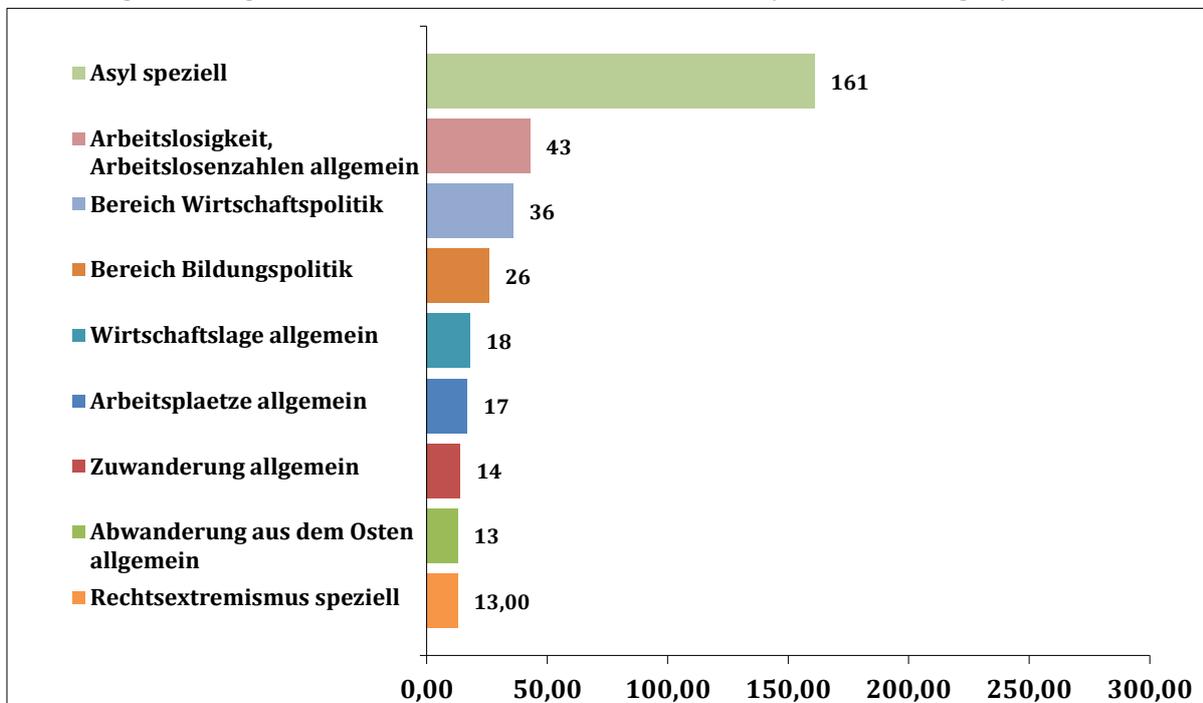
Abbildung 10 Drängendste Probleme in Sachsen Anhalt 2011 (offene Nennungen)



Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis von GLES 2011

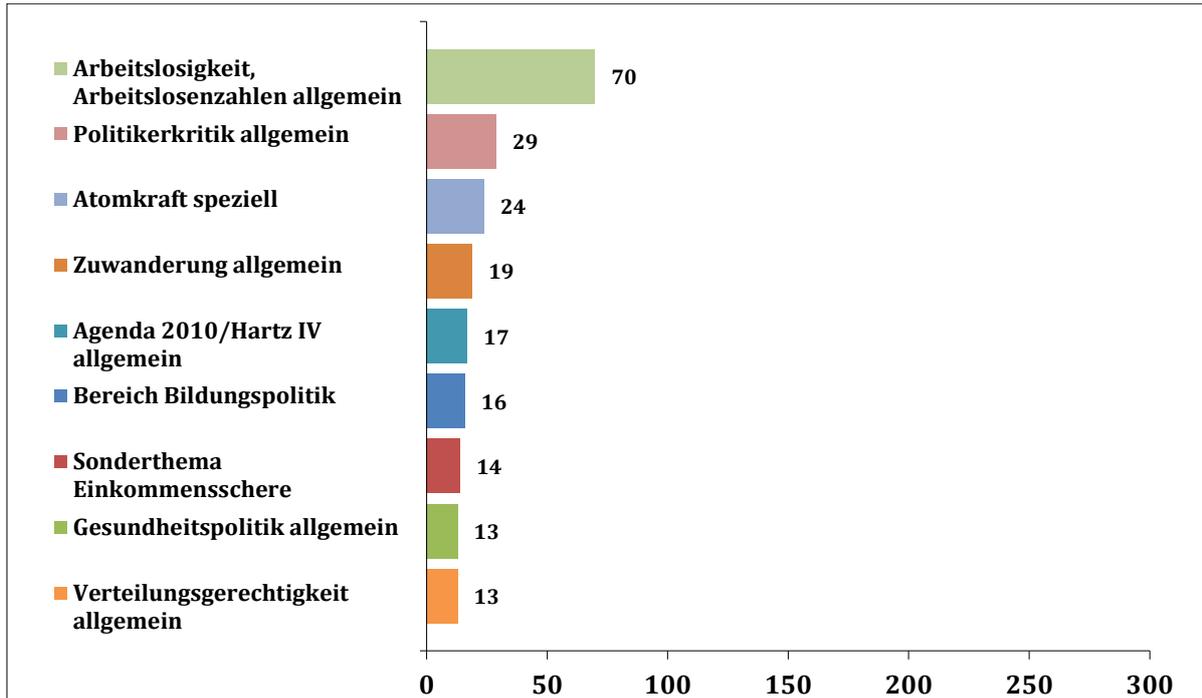
2011 wurden und die Themen Arbeitslosigkeit und Bildungspolitik als wichtige Problemfelder für Sachsen-Anhalt genannt. Das Thema Zuwanderung rangierte noch unter ferner liefen.

Abbildung 11 Drängendste Probleme in Sachsen Anhalt 2016 (offene Nennungen)



Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis von GLES 2016

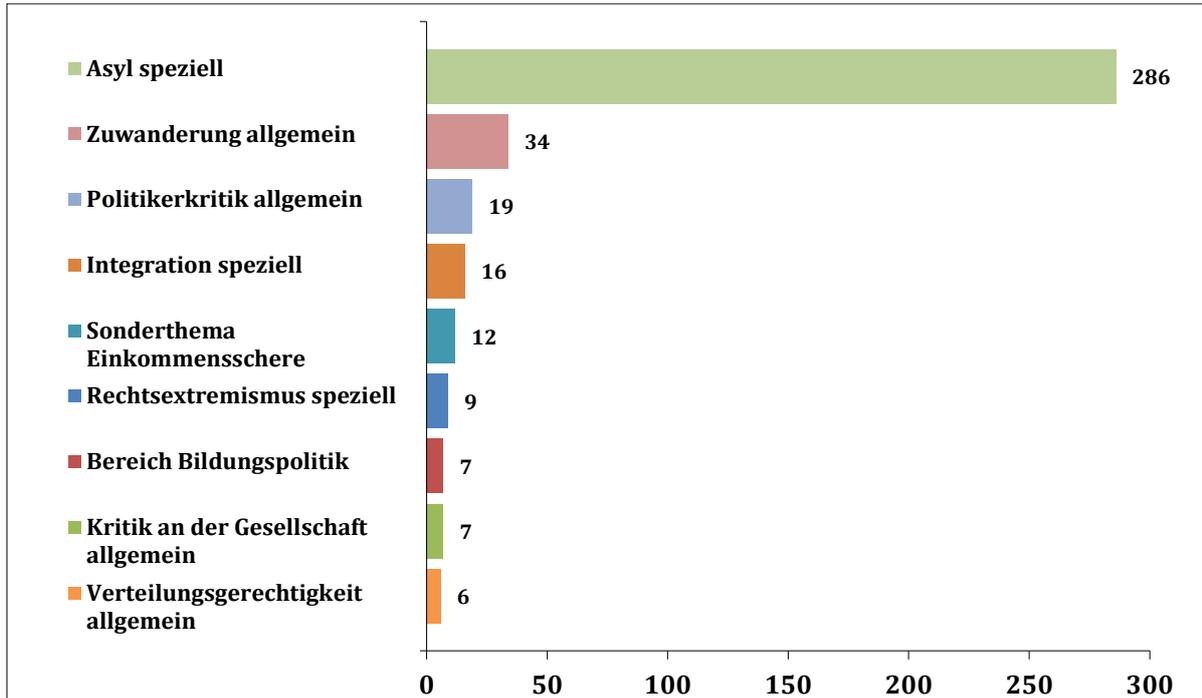
Abbildung 12 Drängendste Probleme in Deutschland 2011 (offene Nennungen)



Quelle: Eigene Berechnungen GLES 2011

Fünf Jahre später dominiert das Thema Asyl auf dem Ranking dringender Probleme sehr klar (Abbildung 11). Dabei liegen damit verknüpfte asyl- bzw. ausländerkritische Einstellungen in Sachsen-Anhalt über dem gesamtdeutschen Durchschnitt (Tabellen 5 und &). Die Themen Asyl, Zuwanderung und Integration vereinen 85 Prozent aller Nennungen auf sich. 2011 waren dies gerade einmal 8 Prozent. Nur kleiner Anteil der Bürger*innen traut den politischen Parteien zu, die wichtigsten Aufgaben im Land zu lösen. Fast die Hälfte (45 %) der Sachsen-Anhalter*innen glaubt, keine der existierenden Parteien sei hierzu imstande. Die relativ größte Lösungskompetenz wird der CDU zugeschrieben (30 %), die geringste wird den Grünen und der FDP mit jeweils einem Prozent. Die AfD kommt mit 3 Prozent auf nicht wesentlich höhere Kompetenzwerte (infra-test dimap 2016 – LänderTREND Sachsen-Anhalt November 2016).

Abbildung 13 Drängendste Probleme in Deutschland 2016 (offene Nennungen)



Quelle: Eigene Berechnungen GLES 2016

Im März 2016 plädieren fast drei Viertel (72,3 % - GLES) dafür, weniger Flüchtlinge aufzunehmen als bisher; gut ein Fünftel (21,9 %) ist für eine gleichbleibende Anzahl und nur etwa 6 Prozent würden für eine erweiterte Aufnahme stimmen. In diesem als dringlich angesehenen Punkt fällt das Meinungsbild der Bürger*innen also eindeutig aus. Schon 2014, im Vorfeld der späteren Flüchtlingskrise, hatte eine Mehrheit (59 %) für eine Zuwanderungsbegrenzung votiert (SAM 2014, S. 122f.; Anhang I Folie 12), und diese Grundstimmung hat sich laut GLES seither nochmals deutlich ausgeweitet.

Dass die Neigung zur Abschottung gegenüber Flüchtlingen 2016 kein sachsenanhaltisches Alleinstellungsmerkmal ist, zeigen die Zahlen des Allbus deutlich (Tabelle 5). Fast 80 Prozent der Bundesdeutschen optieren dafür, den Zuzug von *Asylsuchenden* zu begrenzen oder ganz zu unterbinden. Bei *Kriegsflüchtigen*, *politisch Verfolgten* und *Familienmitgliedern* stimmen jeweils immerhin noch ca. 60 Prozent der Deutschen für die Zuzugseinschränkung. Sachsen-Anhalt liegt hier mehr oder weniger genau im bundesweiten Durchschnitt. Dabei hat sich dieses Einstellungsmuster seit 2014 im Land deutlich gedreht, denn damals sprachen sich noch gut 70 Prozent für eine Zuwanderung von Schutzsuchenden aus (Anhang I – Folie 11).

Im Vergleich mit den anderen Bundesländern fällt Sachsen-Anhalt ausweislich der Allbus-Daten im Jahr 2016 nicht, wie noch 2011, durch überdurchschnittlich hohe rechtsextremistische oder fremdenfeindliche Einstellungsmuster auf. Es bewegt sich vielmehr im bundesdeutschen Durchschnitt (Tabelle 6).

Tabelle 5 Allbus - ausgewählte Faktoren im Bundesländervergleich - 2016 - I- (Nennungen in Prozent)*

Bundesländer	Asylbewerber regen mich auf (Zustimmung)	Asylbewerber machen mir Angst (Zustimmung)	Zuzug Asylsuchende - (Begrenzen und unterbinden)	Zuzug Kriegsflüchtlinge - (Begrenzen und unterbinden)	Zuzug politisch Verfolgte - (Begrenzen und unterbinden)	Zuzug Familienmitglieder - (Begrenzen und unterbinden)	Gute Erfahrungen mit Ausländern (oft & sehr oft)	Schlechte Erfahrungen mit Ausländern (selten & nie)
Thüringen	44,64	48,21	79,31	75,00	67,86	71,43	63,64	79,55
Brandenburg	32,86	32,39	88,46	72,09	72,09	67,44	61,40	75,44
Nordrhein-Westfalen	26,82	34,83	72,16	62,65	60,98	49,38	81,17	62,34
Niedersachsen	23,68	31,58	81,08	32,50	57,50	56,41	78,08	59,72
Sachsen-Anhalt	36,73	26,53	85,71	58,62	60,71	58,62	69,23	87,18
Gesamt	27,01	34,02	77,54	58,79	60,48	58,02	73,33	67,89
Sachsen	28,72	34,04	82,22	70,83	77,08	70,83	58,75	68,75
Baden-Württemberg	24,47	37,50	79,59	47,83	43,48	51,06	78,82	57,32
Rheinland-Pfalz	21,57	29,41	78,26	65,52	55,17	57,14	82,61	67,39
Bayern	20,31	34,92	76,47	51,32	58,67	56,58	66,67	72,57
Hessen	21,92	27,40	66,67	58,97	51,28	52,78	83,56	68,49

Quelle: Eigenen Berechnungen nach Allbus - Vorveröffentlichung (2016)

* Die Fallzahlen für die einzelnen Bundesländer sind zum Teil sehr gering deshalb sind diese Ergebnisse unter Vorbehalt zu interpretieren

Tabelle 6 Allbus - ausgewählte Faktoren im Bundesländervergleich - 2016 - II- (Nennungen in Prozent)*

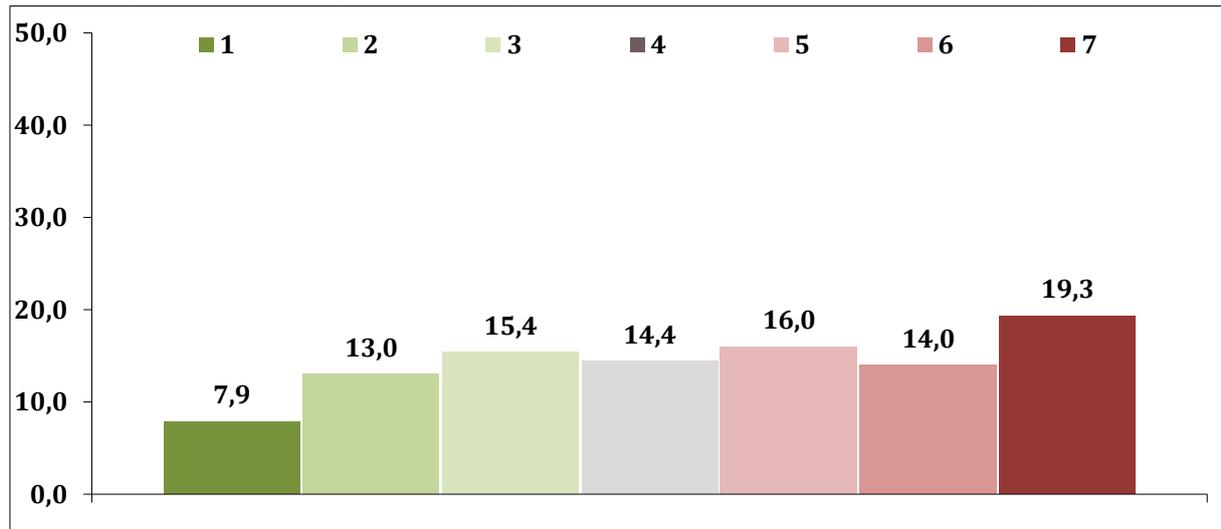
Bundesländer	Lage der einfachen Leute wird schlechter (Zustimmung)	Politiker an einfachen Leuten nicht interessiert (Zustimmung)	Islamischer Religionsunterricht (Ja)	Islamischer Religionsunterricht (Nein, nur christl.)	Islamischer Religionsunterricht (Nein, gar keiner)	Ausländer sind für Deutschland von Vorteil (Zustimmung)	Ausländer sind für Deutschland von Nachteil (Zustimmung)	Durch viele Ausländer fühlt man sich zunehmend als Fremder im eigenen Land. (Zustimmung)
Thüringen	76,79	85,45	14,29	21,43	64,29	21,05	43,86	42,86
Brandenburg	82,61	79,41	13,04	14,49	72,46	22,86	37,14	35,29
Nordrhein-Westfalen	81,25	72,16	36,52	25,28	38,20	47,19	15,17	35,22
Niedersachsen	74,32	70,13	28,95	21,05	50,00	38,96	22,08	30,26
Sachsen-Anhalt	66,67	75,00	20,00	16,00	64,00	42,86	34,69	30,00
Gesamt	75,64	72,12	32,37	22,54	45,09	39,29	22,79	29,84
Sachsen	75,00	80,22	18,28	11,83	69,89	27,66	30,85	29,03
Baden-Württemberg	72,83	70,11	47,78	26,67	25,56	41,05	15,79	26,74
Rheinland-Pfalz	77,08	66,00	41,18	29,41	29,41	35,29	25,49	25,00
Bayern	71,77	64,00	46,88	29,69	23,44	45,67	18,11	23,97
Hessen	72,00	65,75	33,78	21,62	44,59	52,00	9,33	20,27

Quelle: Eigenen Berechnungen nach Allbus – Vorveröffentlichung (2016)

* Die Fallzahlen für die einzelnen Bundesländer sind zum Teil sehr gering deshalb sind diese Ergebnisse unter Vorbehalt zu interpretieren

Die aktuelle Grundstimmung im Land wird gleichwohl von einer diffusen Angst vor der Flüchtlingskrise getragen. Bei der Frage: „Wie viel Angst macht Ihnen die Flüchtlingskrise?“, überwiegt innerhalb des Landes das angstgeprägte Muster deutlich. Hinzu kommt, dass die stärkste Kategorie („sehr große Angst“) mit fast 20 Prozent auch den größten Anteil im Land stellt (Abbildung 14). Im bundesweiten Vergleich liegt Sachsen-Anhalt, was die Angst vor Asylbewerbern angeht, aber weit unterhalb des bundesweiten Durchschnitts (Allbus 2016 - Tabelle 5).

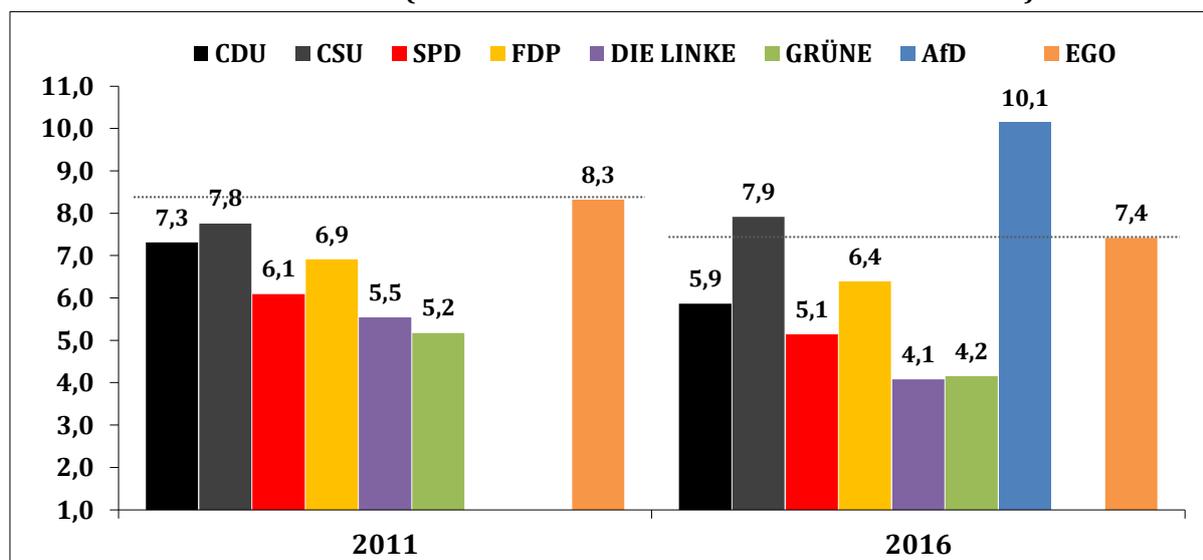
Abbildung 14 Sorgen bezüglich Flüchtlingskrise (1 keine Angst bis 7 sehr große Angst in %)



Quelle: Eigene Berechnungen GLES 2016

Eine grundsätzliche Herausforderung stellt das oben bereits erwähnte verbreitete migrationskritische Einstellungsbild und die dadurch entstehende Repräsentationslücke innerhalb etablierter Parteien in der Bevölkerung dar.

Abbildung 15 Eigene Position und der Parteien (Einschätzung) zum Thema Zuzugsmöglichkeiten von Ausländern – (Mittelwerte von 1 erleichtern bis 11 beschränken)



Quelle: Eigene Berechnungen GLES 2011/2016

Bei der Einschätzung der einzelnen Parteien und ihrer Position zum Thema Migration, sehen sich die Bürger*innen in ihrer Überzeugung 2016 ehestens nahe der CSU adäquat vertreten, welche in Sachsen-Anhalt allerdings nicht zur Wahl steht (Abbildung 15). Die AfD übererfüllt aus Sicht der Bürger*innen die eigenen Erwartungen hinsichtlich Zuzugsbeschränkungen für Ausländer. Erkennbar wird hier, dass sich die aktuelle Anziehungskraft eines migrationskritischen Rechtspopulismus und der Wahlerfolg der AfD bei den Landtagswahlen im März 2016 aus einer verbreiteten Problemwahrnehmung (vgl. Abbildung 11 und Abbildung 13) innerhalb der Bevölkerung speist.

Dieser Zusammenhang wird noch deutlicher wenn man die Entwicklung innerhalb der letzten 5 Jahre betrachtet. 2011 wurde allen anderen Parteien (die AfD existierte seinerzeit noch nicht) eine wesentlich stärker ausgeprägte zuwanderungskritische Position zugeschrieben (Abbildung 15). Die CDU und Die Linke sind aus Sicht der Sachsen-Anhalter*innen am weitesten von ihrer vormaligen Position abgewichen. Diese Veränderung vollzog sich allerdings konform mit dem Durchschnitt der Landesbevölkerung, denn auch diese war 2011 noch deutlich migrationskritischer geprägt als 2016 (ebd.).

Weiterhin können wir feststellen, dass sich die Befragten in Sachsen-Anhalt auf dem politischen Links-Rechts-Kontinuum zunehmend eher links verorten (GLES).²⁴ Diese Entwicklung, welche auch bei der Bewertung von Parteien zu verzeichnen ist, lässt sich auch deutschlandweit als langfristiger Trend nachweisen (Gabriel et al. 2015, S. 106ff.).

Rückläufige Einstellungsdaten, was die Verschärfung von Zuwanderungsregelungen betrifft, und ein kometenhafter Aufstieg der rechtspopulistischen AfD - diese Fakten erscheinen auf den ersten Blick unvereinbar. Unseres Erachtens lässt sich dieser Kontrast durch den Bedeutungszuwachs erklären, den das Thema Asyl und Zuwanderung in den letzten etwa 2 Jahren erfahren hat. 2011 hat die Flüchtlingsthematik, wie wir gezeigt haben, auf der Agenda der Befragten eine geringere Rolle gespielt; das aber hat sich im Land wie im Bund grundlegend verändert (Abbildung 10 bis 13). Hielten, das Thema „Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer“ 2011 noch 58 Prozent für wichtig bzw. sehr wichtig, sind es 2016 schon über 70 Prozent. In dem Maße, wie das Thema Asyl und Zuwanderung den öffentlichen Diskurs kontrovers dominiert, hat dies eine Polarisierung innerhalb der Bevölkerung zur Folge. Entsprechend weist auch das Wahlverhalten Elemente der Stabilität und des radikalen Wandels auf.

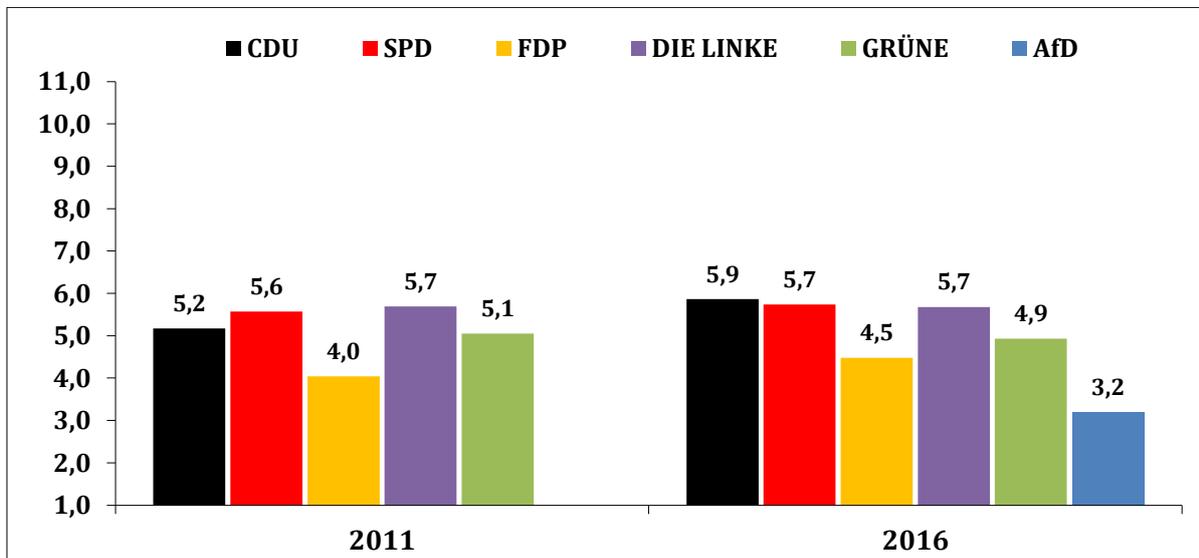
Dafür, dass das in der Gesellschaft verbreitete asylkritische Einstellungsmuster in ein politisches Grundklima eingebettet ist, das nicht eine allgemein schroffe Ablehnung der sogenannten etablierten Parteien transportiert, sprechen auch die folgenden Ergebnisse:

Im Zeitverlauf hat das mittlere Ansehen der etablierten Parteien (auf einer Skala von 1 „halte überhaupt nichts von der Partei“ bis 11 „halte sehr viel von der Partei“) im Land (CDU, SPD, FDP, LINKE und die Bündnisgrünen) seit 2011 mehrheitlich leicht zugenommen (Mittelwert 2011 = 5,1 und 2016 = 5,3). Die AfD wurde seitens der Bür-

24 Auf einer Skala von 1 (Links) bis 11 (Rechts) ergibt sich für 2011 ein Mittelwert von ca. 5,4, dieser liegt 2016 nur noch bei 4,9.

ger*innen 2016 im Vergleich zu den anderen Parteien mit Abstand deutlich kritischer bewertet (Abbildung 16).

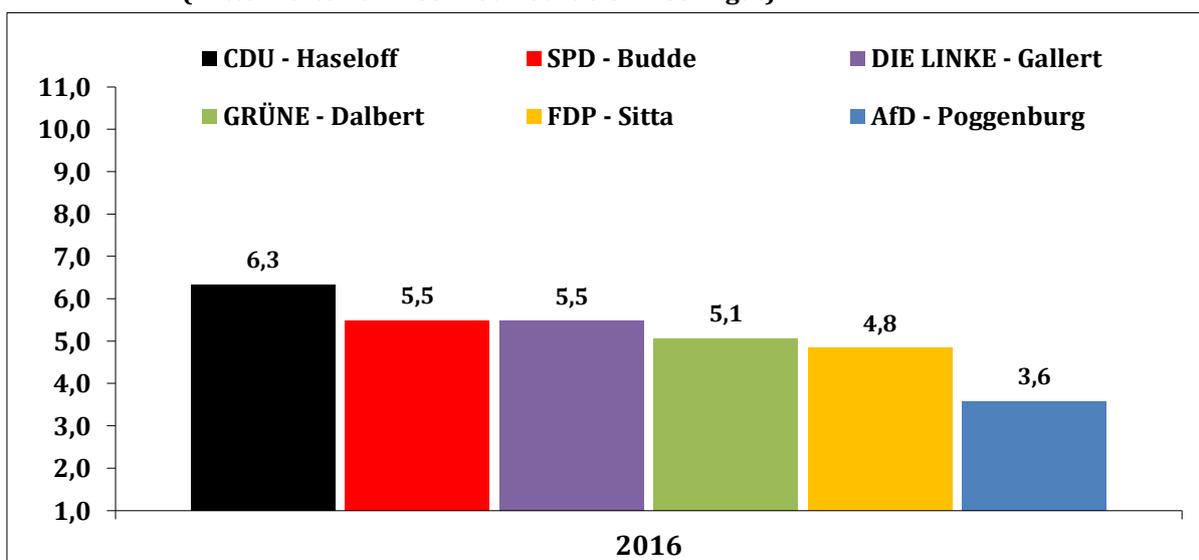
Abbildung 16 Skalometer der Parteien im Land (Mittelwerte von 1 sehr schlecht bis 11 sehr gut)



Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis GLES 2011/2016

Bei der Einschätzung der Spitzenkandidaten der Parteien – der Kandidatenfaktor ist nach Erkenntnissen der Wahlforschung einer von mehreren Wahlmotiven – ergibt sich jedoch ein ähnliches Bild (Abbildung 17). Während der CDU-Spitzenmann, auch dank Amtsbonus, auf einer Skala von 1 „halte überhaupt nichts von der Person“ bis 11 „halte sehr viel von der Person“, am besten abschneidet, erzielen die Frontfrauen bzw. Frontmänner von SPD, Linke, Grüne und FDP durchschnittliche Werte. Demgegenüber fällt der Spitzenkandidat der AfD auf der Sympathieskala deutlich ab.

Abbildung 17 Skalometer der Spitzenkandidaten im Land (Mittelwerte von 1 sehr schlecht bis 11 sehr gut)*

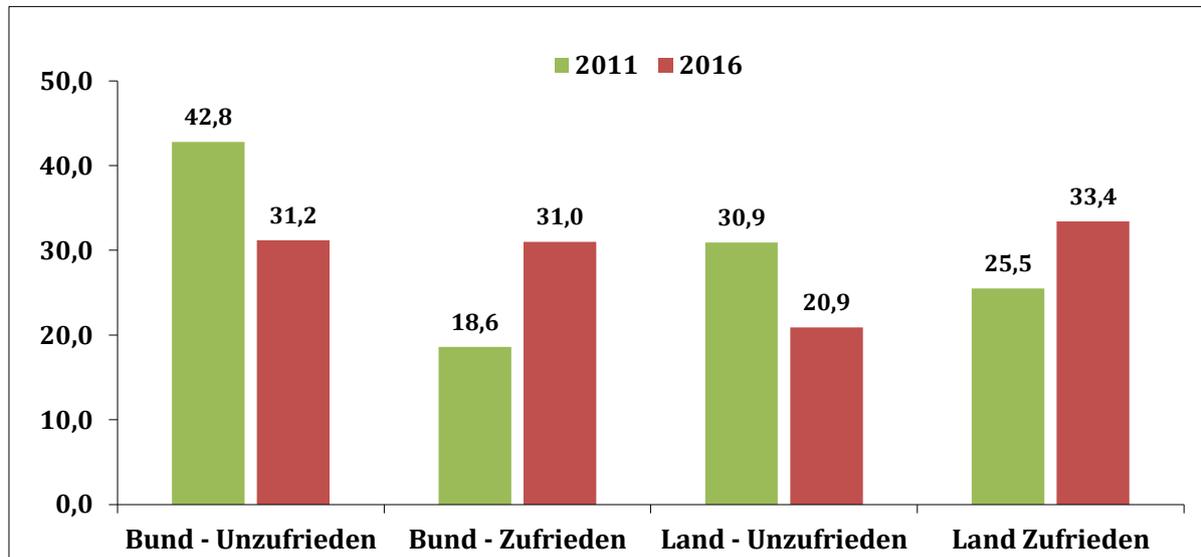


Quelle: Eigene Berechnungen GLES 2016

* Die Daten der Kandidat*innen für die Bündnisgrünen, die FDP und die AfD beinhalten einen hohen Anteil von fehlenden Werten um ca. 40 Prozent („kann ich nicht beurteilen“).

Die Demokratiezufriedenheit hat sich innerhalb der letzten 5 Jahre sowohl für die Landes- als auch für die Bundesebene erkennbar verbessert (Abbildung 18).

Abbildung 18 Bewertung der Demokratie auf Bundes- und Landesebene im Zeitverlauf
(Nennungen unzufrieden/sehr unzufrieden bzw. zufrieden/sehr zufrieden in %)



Quelle: Eigene Berechnungen GLES 2011/2016

Betrachtet man diese gängigen Einflussfaktoren, so lautet die Schlussfolgerung, dass weder ein dramatisch geschwundenes Ansehen der etablierten Parteien im Land noch eine ausgeprägte Unpopularität ihres Spitzenpersonals noch ein Einbruch bei der Demokratiezufriedenheit erklären kann, weshalb bei den letzten Landtagswahlen das Pendel so deutlich nach rechts ausgeschlagen hat. Vielmehr war für einen Teil der Wähler*innen das Thema Flucht und Asyl das beherrschende und häufig ausschlaggebende Motiv der Wahlentscheidung (Holtmann/ Völkl 2016; vgl. auch Abbildung 15).

Doch gerade weil das Thema Asyl und Zuwanderung im Gefolge der Flüchtlingskrise durch viele Bürger*innen des Landes nicht in das Gesamtszenario der Landespolitik eingeordnet, sondern isoliert wahrgenommen wird, stellt das migrationskritische und von Angst, Sorge und Vorurteil geprägte Einstellungsmuster für das Landesprogramm eine besondere Herausforderung dar.

Der Verfassungsschutzbericht des Landes beobachtet eine Fokussierung des organisierten Rechtsextremismus auf die Asyl- und Flüchtlingsthematik (*Ministerium für Inneres und Sport 2015, S. 21f.*):

„Ihre bisherigen Themenschwerpunkte, die in der Regel mit der Verherrlichung der NS-Zeit zu tun hatten, traten in den Hintergrund. Bestimmend war weit überwiegend die Asyl- und Flüchtlingsthematik.“

Um diese neue Ausrichtung im Lager der extremen Rechten und den Grad der Resonanz in der Bevölkerung zu erfassen, bedarf es einer Neusortierung der Messinstrumente, da bestimmte aktuell Einstellungsmuster mit den klassischen Einstellungsdimensionen (Demokratie, Rechtsextremismus, GMF) nicht mehr hinreichend abgebildet werden können. Zu solchen neuartigen Einstellungsmustern gehören beispielsweise rechtspopu-

listische Orientierungen, völkische bzw. identitäre Deutungsmuster der nationalen Rechten oder auch eine ausgeprägte Anti-Establishment-Haltung und ein ebensolcher Anti-Eliten-Affekt.

Dass lange bewährte Instrumente zur Erfassung von Einstellungen im rechten Spektrum die dort angesiedelten Handlungspraxen nicht mehr treffsicher erfassen, bestätigt, dass wissenschaftlicher Klärungsbedarf besteht. So zeigt die jüngste Studie zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland „Gesplante Mitte – Feindselige Zustände“ des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld einen seit 14 Jahren andauernden deutschlandweit rückläufigen Trend rechtsextremer Einstellungsmuster (Zick et al. 2016, S. 137 ff.). Ähnliche Trends verzeichnen die Bielefelder Forscher auch für einzelne Elemente des GMF-Syndroms, so beispielsweise für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antiziganismus und Antisemitismus (ebd. S. 49ff.). Dieser Entwicklung widersprechen die Fakten der Verfassungsschutzberichte und der mobilen Opferberatungsstellen in Sachsen-Anhalt insofern, als diese in den letzten Jahren einen rapiden Anstieg der politisch motivierten Kriminalität von rechts verzeichnen (vgl. Kapitel 1.5).

Nur bei einer einzigen Kategorie, der Abwertung von *Asylsuchenden*, welche innerhalb des GMF-Syndroms – neben der Abwertung von Langzeitarbeitslosen – ohnehin am stärksten negativ besetzt ist, verzeichnet die Bielefelder Studie seit 2011 einen deutlichen Anstieg an abwertenden Haltungen (Zick et al. 2016, S. 49ff.). Dies spricht dafür, dass das Thema Asyl und Zuwanderung zwar nicht an Anziehungskraft für rechtsextreme Aktivisten verloren hat, wohl aber zu einer gesellschaftlichen Projektionsfläche für Ressentiments und Ängste geworden ist, die nicht originär rechtsextrem fundiert sind. Mit solchen ideologisch nicht festgelegten Einstellungen, die im Alltag der Gesellschaft gedeihen, muss sich das Landesprogramm gezielt auseinandersetzen.

1.5 Analyse der strukturellen Herausforderungen für die demokratische Kultur in Sachsen-Anhalt

Für das nachstehende Kapitel wurden die Berichte des Verfassungsschutzes des Landes Sachsen-Anhalt sowie der zivilgesellschaftlichen Akteure und von Medien im Hinblick auf die Entwicklung politisch-motivierter Kriminalität (PMK), rechtsextremer und demokratiegefährdender Organisationszusammenhänge und von menschenverachtendem Hass ausgewertet. Ergänzend hinzukommen eigene Recherchen und die Daten der mobilen Opferberatung des Landes. So wird es möglich, die aktuelle strukturelle Ausgangslage für die Fortschreibung des Landesprogramms darzustellen und auch Veränderungen bzw. neue Herausforderungen im Vergleich zu den Entstehungsbedingungen des Programms im Jahr 2011 aufzuzeigen.

Die jährlichen Berichte des Landesamtes für Verfassungsschutz sind im Netz abrufbar (zuletzt Verfassungsschutzbericht 2015). Diesen Berichten können Informationen zur Kriminalitätsstatistik und zur Entwicklung rechtsextremistischer Organisationen ent-

nommen werden²⁵. Es sei angemerkt, dass die Statistik der politisch motivierten Straf- und Gewalttaten den Begriff der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit/ GMF (vgl. Abbildung 1) noch etwas weiter fasst und das GMF-Syndrom um einige Kategorien erweitert (Aufzählung Punkt 4).

Im Rahmen der PMK werden solche Aktivitäten aufgenommen (Ministerium des Innern 2015, S. 23),

- die den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, der Erreichung oder Verhinderung politischer Ziele dienen oder sich gegen die Realisierung politischer Entscheidungen richten;
- die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bzw. eines ihrer Wesensmerkmale, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes zum Ziel haben;
- die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden;
- die sich gegen eine Person wegen ihrer *politischen Einstellung*, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres *äußeren Erscheinungsbildes*, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres *gesellschaftlichen Status* richten (sogenannte Hasskriminalität); dazu zählen auch Taten, die nicht unmittelbar gegen eine Person, sondern im oben genannten Zusammenhang gegen eine Institution oder Sache verübt werden.

Dementsprechend können alle Arten von Straftaten, eine entsprechende Intention vorausgesetzt, unter die PMK fallen.

Die Daten der mobilen Opferberatung in Sachsen-Anhalt zusätzlich zu verwenden, bietet folgende Erkenntnisvorteile:

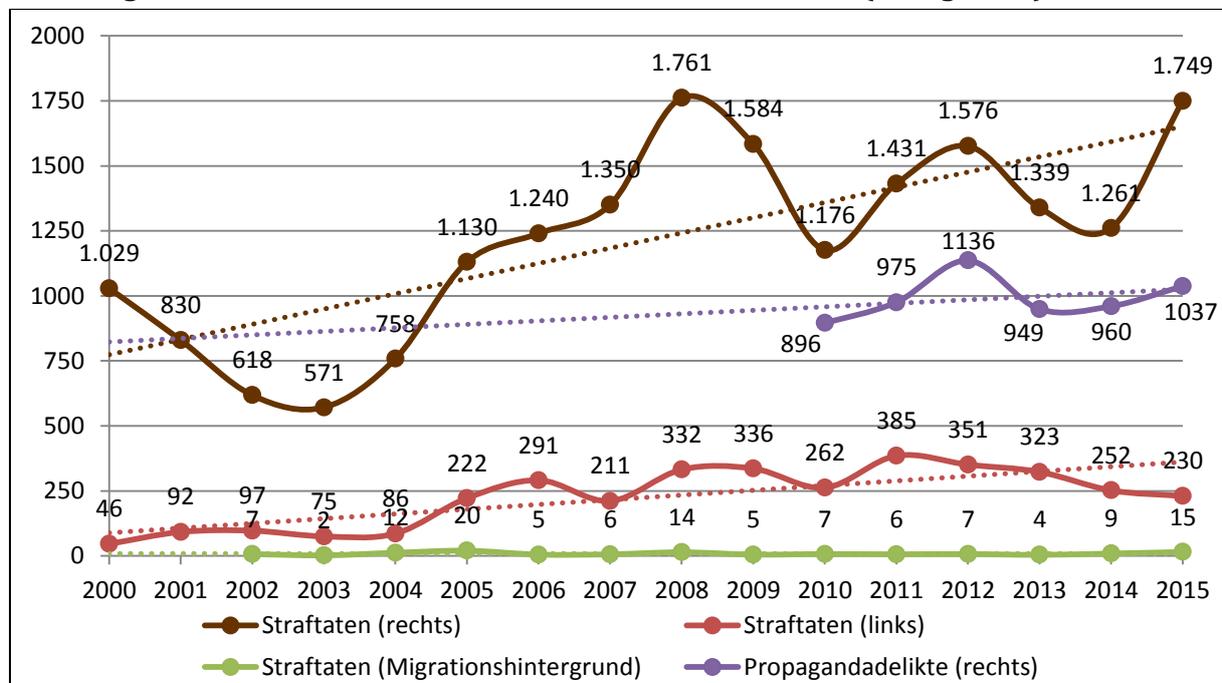
- ein breiter erfasstes Spektrum von Vorfällen rechter Gewalt, wozu gehören:
 - Bedrohungen,
 - Nötigungen,
 - Sachbeschädigungen.
- Auch nicht angezeigte Fälle werden dokumentiert.
- Bei nachträglichem Bekanntwerden von Vorfällen werden die Daten vergangener Jahre aktualisiert bzw. korrigiert.

Insgesamt werden diese Daten einer vermuteten hohen Dunkelziffer im Bereich rechter Gewalt eher gerecht. Die mobile Opferberatung geht davon aus, dass gerade einmal ein

25 Dass diese Berichte keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben können, ist der beschleunigten aktuellen Entwicklung gerade im rechten Spektrum zuzuschreiben. So wird beispielsweise im letzten Verfassungsschutzbericht des Bundes (BMI 2015) die „Identitäre Bewegung“ noch nicht erwähnt, aber seit August letzten Jahres vom Verfassungsschutz beobachtet. Zur Identitären Bewegung in Sachsen-Anhalt siehe aktuell Steppat (1.2.2017- FAZ) „Rechtsextreme Hipster“.

Viertel der Vorkommnisse öffentlich wird. Eine zentrale Erhebung der Europäischen Union zu Minderheiten und Diskriminierung unter Zuwanderern und Angehörigen ethnischer Minderheiten kommt zu dem Ergebnis, dass auch europaweit drei Viertel aller rassistischen Angriffe und Bedrohungen nicht zur Anzeige gebracht werden (Agentur der Europäischen Union der Grundrechte 2009: 80). Generell orientiert sich die mobile Opferberatung an den Erfassungskriterien der PMK und ebenso am wissenschaftlichen Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit²⁶. Registrierte Übergriffe auf Grund von rechter politischer Motivation (z.B. Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit, Rassismus) sind allerdings deutlich in der Überzahl. Andere Bereiche des GMF-Syndroms sind deutlich unterrepräsentiert (z.B. Abwertung von Obdachlosen, Menschen mit Behinderung, Homosexueller, Langzeitarbeitsloser, Sexismus u. a.; vgl. Abbildung 1). In den folgenden Abbildungen werden die von Verfassungsschutz und mobiler Opferberatung erhobenen Daten in Zeitreihen seit 2000 abgebildet.

Abbildung 19 Politisch motivierte Straftaten im Zeitverlauf seit 2010 (Häufigkeiten)



Quelle: Ministerium für Inneres und Sport – Verfassungsschutzberichte (2000-2015)

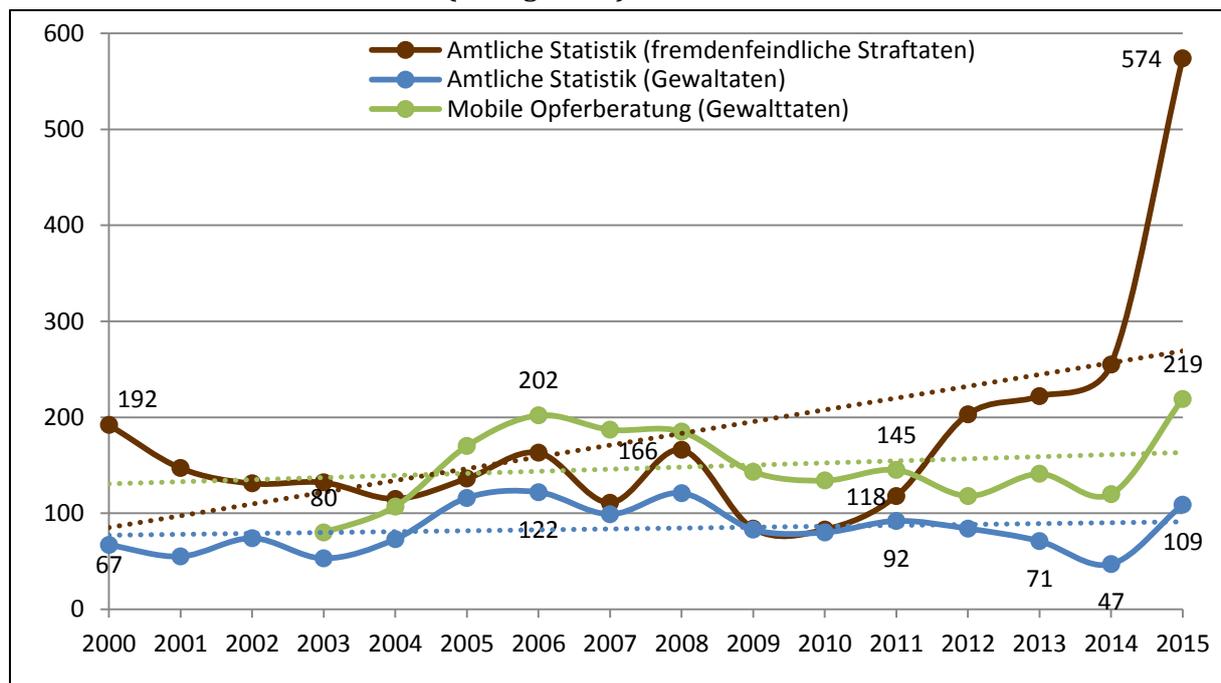
In Abbildung 19 sind die politisch motivierten Straftaten (rechtes und linkes Täterspektrum) insgesamt seit 2000, mit Migrationshintergrund seit 2002 sowie Propagandadelikte (rechtes Spektrum) seit 2010, dargestellt. Alle abgetragenen Zeitreihen, mit Ausnahme der PMK-mit Migrationshintergrund²⁷, zeigen über den gesamten Beobachtungszeitraum einen stetigen linearen Anstieg, welcher im Bereich des rechten Spektrums am

26 <http://www.mobile-opferberatung.de/monitoring/statistik/> - Telefonische Auskunft der Anlaufstelle Süd vom 4. Januar 2017

27 Dieser Teil der PMK wird auf Grund der sehr geringen Fallzahlen hier nicht weiter vertieft. Zudem lassen die geringen Fallzahlen und die Entwicklung der Zeitreihe die Vermutung eines sich wechselseitig verstärkenden Effekts eher nicht zu.

stärksten ausgeprägt ist. Ein kurzfristiger steiler Anstieg ist bei rechtsmotivierten Straftaten erkennbar. Diese stiegen von 2014 bis 2015 um fast 500 Delikte auf 1.749 an. Damit erreichen sie zwar nicht den Spitzenwert von 2008, liegen aber dicht darunter. Im Vergleich mit dem zeitlichen Entstehungskontext des Landesprogramms, dem Jahr 2011, erreichen die Fallzahlen ein um 300 höheres Niveau. Ein in Falldichte und zeitlichen Schwankungen gleichlaufender Trend ist im Bereich des Linksextremismus nicht erkennbar. In diesem Bereich der PMK zeigen die Daten des Verfassungsschutzes einen seit 2011 eher abnehmenden Trend.

Abbildung 20 Politische motivierte Gewalttaten (rechts) und fremdenfeindliche Straftaten im Zeitverlauf seit 2010 (Häufigkeiten)



Quelle: Ministerium für Inneres und Sport – Verfassungsschutzberichte (2000-2015) / Monitoring der mobilen Opferberatung

Abbildung 20 zeigt die Entwicklung fremdenfeindlicher Straftaten und politisch motivierter Gewalttaten im rechten Spektrum. Hier fällt im Vergleich zur Betrachtung der politisch motivierten Straftaten im Allgemeinen auf, dass sich die Zahlen seit 2014 bis 2015 innerhalb einer Jahresfrist mehr als verdoppelt und im Vergleich zu 2011 nahezu verfünffacht haben. Damit erreicht diese Zeitreihe für das vorerst letzt dokumentierte Jahr 2015 ihren Höhepunkt seit 2000.

Aus den Daten der mobilen Opferberatung geht ebenfalls ein deutlicher Anstieg in den letzten zwei Jahren hervor. Die Zahl registrierter Fälle stieg von 120 (2014) auf 219 (2015), das entspricht einer Zunahme von über 80 Prozent innerhalb eines Jahres. Im Vergleich zu 2011 betrug die Steigerung fast 50 Prozent. Damit erreicht auch die Statistik der mobilen Opferberatung für 2015 ihren bisherigen Höhepunkt seit Beginn des Monitorings 2003 und liegt 17 Fälle über dem Höchstwert von 202 im Jahr 2006. Die Daten für das Jahr 2016 liegen nach Angaben von Miteinander e. V. im März 2017 vor.

Auch die amtlich erhobenen Daten der politisch motivierten Gewalttaten (rechts) verzeichnen seit 2014 einen enormen Anstieg: Sie haben sich bis 2015 mehr als verdoppelt (von 47 auf 109). Im Vergleich zum Entstehungsjahr des ersten Landesprogramms 2011 beträgt die Differenz 17 Fälle. Damit erreicht die Statistik zwar nicht die bisherigen Höchstwerte von 2006 und 2008, liegt aber auf dem höchsten Wert seit 2009.

Insgesamt gibt die Entwicklung der letzten Jahre Anlass zur Sorge. Ein vergleichbar steiler Anstieg war seit 2000 im Feld von politisch motivierten Gewalttaten nicht annähernd zu verzeichnen. Ersichtlich ist ein – im Vergleich zu den Vorjahren – stärker ausgeprägtes Potential an Gewaltbereitschaft²⁸, dem mit polizeilichen, justiziellen und politisch aufklärenden Mitteln begegnet werden muss.

Tabelle 7 Potential rechtsextremistischer Personen in Deutschland

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	10.400	10.400	10.000	9.500	9.000	8.300	7.600	7.500	7.400	7.200	8.200
Neonazis	4.100	4.200	4.400	4.800	5.000	5.600	6.000	6.000	5.800	5.600	5.800
in Parteien	21.500	21.500	14.200	13.000	11.300	9.600	7.300	7.150	7.000	6.850	5.800
„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	6.000	7.000	7.200	7.000	6.800	6.600	6.300	6.000	5.500	5.200	5.200
„DIE RECHTE“	-	-	-	-	-	-	-	150	500	500	650
„Bürgerbewegung pro NRW“ („pro NRW“)	-	-	-	-	-	-	-	1.000	1.000	950	500
„Der III. Weg“ (Neuaufnahme 2014)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	200	300
„Deutsche Volkunion“ (DVU)	9.000	8.500	7.000	6.000	4.500	3.000	1.000	-	-	-	-
„Die Republikaner“ (REP)	6.500	6.000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
sonstige rechtsextreme Organisationen	4.000	3.800	4.000	3.800	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	3.200
Summe	40.000	39.900	32.600	31.100	27.800	26.000	23.400	23.150	22.700	22.150	23.850
nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften	39.000	38.600	31.000	30.000	26.600	25.000	22.400	22.150	21.700	21.000	22.600
davon gewaltbereite Rechtsextremisten	-	-	-	-	-	9.500	9.800	9.600	9.600		
davon gewaltorientierte Rechtsextremisten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10.500	11.800

Quelle: Verfassungsschutzberichte des Bundes 2008 bis 2016

Die trotz deutschlandweit sinkender Zahlen rechtsextremistischer Personen steigende Ziffer rechter Kriminalität, spricht für eine erhöhte Gewaltbereitschaft der rechten Szene. Für Deutschland konstatiert der Verfassungsschutz für die letzten 10 Jahre einen Rückgang rechtsextremer Personen von ca. 39.000 (2011) um fast die Hälfte auf 22.600 (2015 - Tabelle 7). Allerdings stieg die Anzahl – besonders unter gewaltorientierten Rechtsextremisten – seit 2014 wieder leicht an.

In Sachsen-Anhalt liegt das personelle Reservoir trotz sprunghafter Anstiege im Bereich der PMK weitgehend konstant bei etwa 1.400 Personen. Gemessen an Deutschland ins-

28 Die Ergebnisse decken sich mit geäußerten Erfahrungen von Akteuren der Zivilgesellschaft im Rahmen der Fachtagung zur Fortentwicklung des Landesprogramms am 29. November 2016 – Forum 6 „Rechtsextremismus vor Ort bekämpfen“. Es wurde immer wieder betont, dass Engagierte Angst haben müssen, Opfer von rechter Gewalt zu werden und zunehmend Bedrohungen ausgesetzt sind. Die Sicherheit und der Schutz der engagierten Akteure war ein wichtiger Aspekt des Forums.

gesamt stieg der Anteil von ca. 3,5 Prozent auf 6 Prozent Delikthäufigkeit. Formal ausgedrückt heißt das, dass weniger (bzw. in Sachsen-Anhalt gleichbleibend viele) Rechtsextremisten mehr Vergehen verüben. Allerdings notiert der Verfassungsschutz auch hier seit 2014 einen Anstieg des Personenpotentials.

Tabelle 8 Potential rechtsextremistischer Personen in Sachsen-Anhalt

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	650	800	800	800	850	800	760	780	830	700	800
Neonazis	250	250	270	240	230	240	290	330	430	340	390
in Parteien	440	400	350	280	270	300	250	250	250	280	280
„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	250	260	250	250	230	250	250	250	250	250	220
„DIE RECHTE“										25	50
„Bürgerbewegung pro NRW“ („pro NRW“)										10	10
„Europäische Aktion“ (EA)										5	10
sonstige rechtsextreme Organisationen	120?	120?	40?	30?	30?	50?	40?	40?			
Summe	1.460	1.570	1.460	1.350	1.380	1.390	1.340	1.400	1.510	1.320	1.470
nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften	1.415	1.510	1.400	1.285	1.320	1.340	1.320	1.350	1.400	1.300	1.400
davon gewaltbereite Rechtsextremisten (hier identisch mit subkulturell geprägten Rechtsextremisten)	650	800	800	800	850	800	760	780	830	700	800

Quelle: Verfassungsschutzberichte des Landes 2005 bis 2016

Zusammenfassend kann davon ausgegangen werden, dass die in Teilen der Bevölkerung als krisenhaft bewerteten Flüchtlingsbewegungen seit dem Jahr 2015 einen zusätzlichen Anreiz für die gestiegene Gewaltbereitschaft darstellen. Das sich auch in Sachsen-Anhalt aus den mit der Flüchtlingsfrage einhergehenden Ängsten und Vorurteilen speisende Erstarken rechtspopulistischer Strömungen stellt eine Herausforderung für das neu formulierte Landesprogramm und die dieses tragenden Akteure dar. Bei der Konzipierung von demokratiestärkenden Gegenstrategien muss zwischen Aktivisten des organisierten und „freien“ Rechtsextremismus mit festgefügtem fremdenfeindlichen Weltbild, Wortführern des Rechtspopulismus und dafür empfänglichen Dispositionen in Teilen der Bevölkerung unterschieden werden. Durch die rechtspopulistische Abdrift von Wählerinnen und Wählern werden im Übrigen alle demokratischen Parteien herausgefordert²⁹.

29 Siehe auch Interview T. Jaeck Deutschlandfunk 2016: „Rechtsdrall der Linkswähler“: http://www.deutschlandfunk.de/linkspartei-rechtsdrall-der-linkswaehler.862.de.html?dram:article_id=365386

1.6 Ergebnissicherung der Auftaktkonferenz

Im Rahmen der Auftaktkonferenz (Fachtagung) vom 29. November 2016 zur Weiterentwicklung und Neuausrichtung des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit Sachsen-Anhalt ergaben sich aus Sicht der Teilnehmer*innen etliche übergeordnete Schwerpunkte zur weiteren *Gestaltung* des Landesprogramms³⁰. Die genannten Einzelpunkte wurden, soweit möglich, jeweils übergeordneten Themen zugeordnet. Dafür wurden die Inhalte der 7 Foren aber auch des Grußwortes, dem Rückblick, der Talkrunde und schließlich der Blitzlichter ausgewertet, wobei den Foren erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Im nächsten Abschnitt (1.6.1) haben wir die überarbeiteten detailreichen Dokumentationen und deren Visualisierungen, aus denen die hier aufgeführten Gedankenstriche extrahiert wurden, nochmals ausführlich aufbereitet.

Die Arbeitsgruppen der Auftaktkonferenz wurden durch wissenschaftliche Hilfskräfte unseres Instituts begleitet und dokumentiert. Die Hilfskräfte wurden vorher mit den relevanten Schlüsselthemen vertraut gemacht. Vor allem geäußerte *Handlungsempfehlungen*, neue *Herausforderungen* und bisherige *Stärken* und *Schwächen* des Landesprogramms sollten dokumentiert werden.

Im Folgenden sind Schlüsselprobleme bzw. Schlüsselbedarfe (Zur Ausgestaltung des zukünftigen Landesprogramms) aus Sicht der Akteure und Institutionen zusammengefasst aufgeführt:

Neue Herausforderungen:

- Die Angst vor Überfremdung? Dieses diffuse Angstgefühl scheint tatsächlich einer der Gründe multidimensionaler menschenfeindlicher Einstellungen zu sein (vgl. auch Kapitel 1.4)
- Wie begegnet man der Diffusion des Rechtspopulismus und auch weiter Teile rechtsextremer und menschenfeindlicher Denkschemata in die Mitte der Bevölkerung
 - „Kultur der Abwehr“ etabliert sich und ist vielfältig ausgeprägt
 - ...die Ausländer, die Flüchtlinge, die da oben, die ...
 - betrifft die Grundprinzipien der Demokratie
 - „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist salonfähig geworden“
- Professionalisierung von rechts

Vernetzung der (aller) relevanten Akteure-/koordiniertes Vorgehen:

- Vernetzung (wird immer wieder hervorgehoben - nur möglich mit entsprechenden Mitteln für Tagungen, Konferenzen und Klausuren)

30 Die Fachtagung und Ihre einzelnen Workshops wurden durch das ZSH protokolliert. In jedem Workshop war ein Mitarbeiter anwesend. Die Mitarbeiter wurden zuvor geschult und instruiert, thematisch zu protokollieren. Der thematische Rahmen war zum einen durch die Bewertung des bisherigen Landesprogramms und zum anderen durch Aussagen zur Neuausrichtung des Programms und aktueller Herausforderungen gesteckt. Auf diese Weise konnten relevante Äußerungen gezielt dokumentiert und in die Expertise aufgenommen werden.

- Zusammenarbeit aller optimieren und koordinieren bzw. miteinander abstimmen
- Flächige *gemeinsame* Strategien (landesweit), ländlicher Raum als „Problem“-Raum („kein Silodenken“)
 - „Bündelung demokratischer Kräfte“
 - Anlaufstellen oder vergleichbare Vorkehrungen – feste Verankerung als Kommunikationsträger im sozialen Raum vor Ort
- Absprachen
- Koordination (auch der beteiligten Ministerien)
- Verknüpfung verschiedener Programme, auch Bundesprogramme
- Stärkung lokaler Netzwerke (kollektive Wirksamkeit, „collective efficacy“)
- Einbindung wissenschaftlicher Kompetenz (Universitäten, Fachhochschulen etc.) – Interdisziplinäre Verknüpfung

Öffentlichkeitswirksamkeit (Public Relations)

- 4.0 – Digitalisierung
- *Klares* Programm: Aufgaben und Ziele
- Wissensmanagement, Wissensplattform, Good-practice-Beispiele, Demokratieportal
- Wahrnehmbarkeit, Bekanntheitsgrad, Sichtbarkeit

Qualifizierung

- Personal
- Qualifikation, (Weiter-)Qualifizierung von Akteuren, Kompetenz, Begleitung und Unterstützung -> für Nachhaltigkeit, Empowerment und Kontinuität, Coaching
- Qualifikation von Pädagogen aller Ebenen → „Integrations-Profis“ (Abbau von Unkenntnis anderer Religion, Kulturen, Sitten, Lebensweisen)
 - LP als Qualifizierungs- und Bildungsprogramm
- Beratung bei Anträgen, niedrigschwellig, barrierearm
- systematische Fortbildungen -> Etablierung pädagogischer Strukturen
- Feste Integration von Projekten in das Standard-Bildungssystem
- Den inter- und multikulturellen Ansatz des Landesprogramms erweitern, nicht nur deutsche Werte und Normen vermitteln, Mehrsprachigkeit fördern
- der Professionalisierung von rechts begegnen
- wissenschaftliche Begleitung des gesamten Landesprogramms

Zielgruppenansprache:

- Generell: die Zielsetzungen des Programms beschreiben eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe (oder einfach formuliert: sie gehen alle an);
- Speziell: Für alle Altersgruppen abgestimmte Angebote, außerdem Erweiterung der Zielgruppen (z. B. auch auf so genannte „Abgehängte“, „Verdrossene“, „Wutbürger“ und „Modernisierungsverlierer“) – „blockierte“ Kanäle
- Besonderes Augenmerk auf den ländlichen Raum richten

- „Schlüssel“ sind die Menschen vor Ort
- Soziale Brennpunkte/Soziale (im Speziellen ländliche) Räume

Sonstiges:

- Zunehmendes Selbstbewusstsein rechter Strukturen im öffentlichen Raum erfordert Sicherheitsgarantien für Akteure des Landesprogramms
- Planungssicherheit durch kontante Ressourcen (Mittel)
- Langer Atem
- oft genannt: Theater und Kultur als nachhaltige und wirkungsvolle Trägerform von Engagement
- Entmischung bzw. Sortierung der Bevölkerung nach sozioökonomischen Kriterien, die Segregation und Gentrifizierung in Städten ist ein Problem -> Diese Entwicklung bildet einen Gegenpol zur Integration anderer Lebens- und Kulturformen im Allgemeinen (siehe Kategorien der GMF, des AGG u.a.)

Planungssicherheit zu haben, stellt sowohl aus der Sicht der Akteure als auch der Beiratsmitglieder sowie seitens verantwortlicher Institutionen und Koordinatoren ein zentrales Desiderat für die Fortführung und Nachhaltigkeit des Landesprogramms dar. Manche Akteure sehen den Ressortwechsel der Zuständigkeit für das Landesprogramm als Herausforderung für die Kontinuität der durch Projekte bereits funktional etablierter Strukturen an. Konkret wird teilweise auf die eventuell gefährdete Verlängerung von Arbeitsverträgen beschäftigter Projektmitarbeiter*innen verwiesen. Aus Sicht der Beteiligten ist die lückenlose Finanzierung, Förderung und Stärkung bereits gebildeter Strukturen eine wichtige Voraussetzung für die praktisch wirksame Fortschreibung des Programms.

Dabei wird teilweise auch eine Sichtweise erkennbar, auf Nachhaltigkeit und der Versteigerung von best practice Beispielen setzt:

Ein zukünftiges Landesprogramm in Form eines erneuerten oder aktualisierten „Maßnahmenkatalog“ ist demzufolge nicht das bevorzugte Mittel. Vielmehr solle dafür Sorge getragen werden, dass bisherige (bewährte) Bestandteile des Landesprogramms fortgeführt und etablierte Engagement-Strukturen lediglich nachjustiert werden.

1.6.1 Visualisierung der Workshops und der Fachtagung in Form von Wordclouds

Wordclouds sind eine methodisch gebräuchliche Visualisierungsform von schriftlichen Dokumentationen. Die nachstehend abgebildeten Wordclouds basieren auf der bereinigten Häufigkeitsanalyse der Protokoll-Mitschriften der Fachtagung vom 29. November 2016. Im Folgenden sind die Analysen der einzelnen Foren bzw. der gesamten Fachtagung abgebildet. Die Wordclouds verstehen sich nicht als eigenständige Resultate, sondern sie dienen der zusätzlichen Veranschaulichung der hier aufgearbeiteten Ergebnisse. Ersichtlich werden dabei aber die Semantik und die Schlaglichter der Diskussionen in den jeweiligen Foren. Die bereinigten und überarbeiteten Protokolle finden sich jeweils im Anschluss.

- Stadt/ Landunterschiede:
 - Land → Haltungsbeobachtung: kaum Migranten, Regenbogenfamilien, Homosexuelle etc. Vielfalt und somit kein Bedarf, sich damit zu befassen, Scham der Kinder mit solcher Thematik wird „bewahrt“
 - Welche pädagogischen Mechanismen gibt es, damit umzugehen?
- Ausbildung der Fachkräfte: auf Vermittlungsweisen der Erzieher eingehen
 - diese haben Mängel, sind ohne Vielfalt
 - in Steuerungsebene einführen
- Chancen der Mitbestimmung der Kinder: z.B. Kindersprecher
- Geschlechter-Klischees und Stereotypen sind beständig vorhanden, z. B.:
 - Bau-Räume für Jungen, Puppenecke für Mädchen, Farbzuzuweisung Rosa/Blau
- Modellprogramme vorhanden, aber schwierig beim Transfer zur (nationalen) Umsetzung
 - lokal, z. B. von Magdeburg nach Zeitz; finanzielle Unterstützung sicherstellen

2.

- Rassismus in Fortbildung thematisieren
- aber auch Verweigerung mancher Pädagogen:
 - Zeitfaktor, unreflektiert → hier: bezahlte Zeit
 - Mangel in Ausstattung, Räumlichkeiten, Material und Zeit zur Fortbildung
 - Diskriminierung und Rassismus schon in der Ausbildung deutlich thematisieren
- Lösung mithilfe von Mediation?

3.

- Unwissen über Religionen und Kulturen der Erzieher: wie entgegnet man dem?
- Verständigungsschwierigkeiten zwischen Eltern und Erzieher
 - Verzögerungen und Hindernisse von Teilhabe und Integration der Kinder
- Sprachmittler: zu wenige/ nicht direkt vor Ort, lange Fahrtwege; wenn, dann ehrenamtlich, nicht versichert

Weißer Karten:

- Sprachprobleme verhindern Teilhabe
- Anmeldeformulare für Kita/ Schule nur auf deutsch → Hilfe nötig
- lange Wartezeiten auf Kita-Plätze → Integrationshindernis
- Transfer in Regelstrukturen; Arbeitsgruppe im Landesprogramm

- Vernetzung der Träger → von öffentlichen und Kommunen
- Kinder, Eltern und Fachkräfte müssen Umgang mit sozialer Ungleichheit finden
- Kita-Koffer erweitern für alle Differenzen und Partizipation
- Umbruch bei Fachkräften: Generationswechsel, Mehrsprachigkeit
- interkulturelle und religiöse Unwissenheit von Mitarbeitern
- Kitas fordern von Kindern viel Assimilierung
- Überforderung von Fachkräften führt zu Diskriminierung und Ausgrenzung
- Sozialraum für Kinder, Eltern und Fachkräfte fehlt
- Demokratie fördern: Kinderrat, Kindersprecher

Vorschläge der Akteure

- Eltern-Kind-Zentrum/ -Café
- Multiplikatoren mit gesunder Grundhaltung im ländlichen Bereich
- Fokus auf Konstellation von Kinder - Fachkräfte - Eltern
- pädagogische Fachkräfte mobil unterwegs zu den Kitas, um zu entlasten/ unterstützen
 - aber: Problem der Aufsichtspflicht
- Wissen und Haltung zu Vielfalt vermitteln
- Steuerung angehen, um Qualität in den Kitas zu erzielen

Schulen:

- Berührungspunkte/ Projekte der Akteure
- Prävention von „Islamismus“ in Schulen
- Stadtrat- und Fraktionsgespräche mit Schülern
- Projekte an Gymnasien zu starten, scheitert oftmals
- Vernetzungsmöglichkeiten von Bildung über Demokratiebildung laufen vorwiegend über außerschulische Projekte

Start des Workshops durch Moderation

Welche Herausforderungen an Schulen? → Thesen:

- starke Polarisierung der Gesellschaft unter Schülern
- Lehrer reproduzieren Vorurteile und Einstellungen → Mangel an Empfindung des Problems
- Mangel an Fakten zur Meinungsbildung → es finden eher emotionale Auseinandersetzungen statt → Umgang mit Medien und Meinungen
- Zunahme von und Abstumpfung gegenüber scharfen verachtenden Äußerungen – vor allem im ländlichen Bereich
- große - aber nicht alleinige - Verantwortung der Schule

- starke Abhängigkeit von engagierten Einzelpersonen und finanziellen Möglichkeiten; hauptsächlich außerschulisches Engagement
- personell, ressourcenarm sowie Kompetenzmängel hinsichtlich der Integration jugendlicher Geflüchteter
- gesellschaftspolitische Themen und Reflektion dieser sind unterrepräsentiert → welche Klassen?
- unterschiedliche Strukturen von Schülerräten; Demokratiebildung inner- sowie außerschulisch wichtig
- wenig Flexibilität für Zusatzangebote

Impulsaufnahme der Gruppen

Gruppen sowie Vorschläge, beschriebene Blätter und verschiedenfarbige Karteikarten mit Notizen:

- **Rote Karten**
 - fehlende Anerkennung von nicht-deutscher Muttersprache als Fremdsprache
 - Lehrerinnen fehlt es an Basiswissen durch Auftrag
 - Förderstelle unterstützen und Einrichten regional konkreter Ansprechpartner
- **Orangene Karten**
 - Benotungssystem bremst Meinungsbildung aus (Fehlertoleranz)
 - schulisches Selbstverständnis von Schule: Anstalt für Wissensvermittlung
- **Grüne Karten**
 - Referenten-Tandem mit und ohne Migrationshintergrund
 - Schulsozialart als Türöffner für Elternarbeit
 - Migrationslehrer soll erhalten bleiben
 - Beispiel Asyl e.V. Jena: Augenhöhe-Prinzip – Tandem-Projektstage in Schulen positiv
 - Erfahrungsräume durch Engagement-Projekte im Unterricht
 - Partizipationsmöglichkeiten nach der Methode „Partizipation der Schülerinnen und Schüler“ „SuS“ nehmen zu
 - Regelfinanzierung für außerunterrichtlich-politische Bildung
- **Blaue Karten**
 - fehlende Vor- und Nachbereitung von Kinderbetreuung und fehlende Gelder
 - Zeit für Fort- und Weiterbildungen
 - Thema Vielfalt in der Ausbildung

Schwerpunkte für das Programm

- eine Welt-Netzwerk Sachsen-Anhalt als Partner

- Entwicklungspolitische Bildung und globales Lernen
- gutes Marketing bezüglich des Programms
- Projekte zur Förderung der Diskussionskultur zum Debattieren sowie der Feedback- und Fehlerkultur an allen Schulformen
- Schülervertretungen ernst nehmen -> Meinungsbildung fördern, Mitbestimmung zulassen
- Bedarf an einer Regelfinanzierung für Demokratiebildung:
 - Netzwerk für Demokratie und Courage, Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, Service-Learning – Lernen durch Engagement, Schulmediation

Interview/ Gespräch mit Moderatorin während der Gruppendiskussionen zum Verständnis der These „Mangel an Fakten zur Meinungsbildung“:

- Unterscheidung von Fakten/ Tatsachen und Gerüchten nahe bringen³¹
- gibt es im Unterricht Belege, wie wiss. Studien oder Statistiken? oder wird nur anscheinend von/ über Einzelerfahrungen und Medienberichten erzählt/ diskutiert?
- wiss. Theorien/ Ansätze von bspw. Konstruktionen von Vorurteilen und Stereotypen und deren Auswirkungen im Unterricht einbauen
- konkrete Vermittlung eines Bewusstseins der Unterscheidung von Tatsachen/ Fakten und Gerüchten (Vorurteile)

31 In Anbetracht aktueller Diskussionen zum Thema „Fakenews“, „postfaktisch“ oder auch „alterative Fakten“ ein Thema dessen Bedeutung auch in den anderen Bereichen der Expertise immer wieder hervorgehoben wurde.

- Politisches Engagement von Jugendlichen: eigene Themen unter Begleitung von Fachkräften bearbeiten

Problemanalyse und Ideensammlung:

Bewährtes

- Jugendbeirat (Coaching für Jugendliche → Kennenlernen von rechten, Pflichten und Möglichkeiten)
- Zusammenarbeit mit freien Trägern
- Hauptamtliche Begleitung von Beteiligungsgremien (Beispiel Moderatoren Kinder- und Jugendbeteiligung im Jugendamt Halle)
- Jugendliche motivieren, Verantwortung zu übernehmen
- Austausch und Kooperation zwischen Trägern und Projekten

Neue Herausforderungen

- Jugend für Demokratie aufschließen (Überforderung von engagierten Jugendlichen; wie kann man andere Jugendliche erreichen, aufschließen und gewinnen)
- Vernetzung und Austausch über Beteiligungsgremien hinaus (z.B. Jugendforum)
- Radikalisierung von Jugendgruppen (v.a. Jugendliche mit Migrationshintergrund)
- Rechtspopulismus im Parteienspektrum und rechtspopulistische Argumentation bei der Zielgruppe Jugendliche
- Der „Glaube“ an Demokratie, Demokratie ist überall (Vermittlung von Beteiligungsgefühl der Jugendlichen, aktive und reale Möglichkeit zur Mitbestimmung)
- Angebotsvielfalt strukturieren und nutzen; gerade kleine Initiativen fördern, vor allem im ländlichen Bereich;
- Förderungskonkurrenzen abbauen zwischen Trägern und Projekten
- Rechtspopulistische Argumentation im Parteienspektrum

Fehlstellen und Bedarfe

- Übersicht schulkompatibler Angebote für Ganztagschulen (oft zwar Workshop Ideen, aber keine Organisationsideen in den Schulen durch fehlende Übersicht über mögliche Angebote; Vernetzung von Möglichkeiten für Schulen, Bedarfe und Angebote)
- Wertschätzung von Engagement allgemein und unter Jugendlichen; Stärkung von engagierten Jugendlichen in den Schulen (durch Schulleitung, Kommunikation und Unterstützung statt blockieren)
- Missachtung von Migrant*innenorganisationen als Orte für Jugendarbeit
- Mehr Wirksamkeit in der Fläche → Unterstützung der ländlichen Bereiche
- Ohnmacht großer Gruppen, z.B. sozial benachteiligter Jugendlicher; Solidarität
- Mitbestimmung, Mitreden, Mitgestalten (Mitreden funktioniert, aber keine aktive Mitbestimmung)
- Erschaffen von Räumen und Zeiten (Aufbau von Beziehungsarbeit)

- Weiterbildung, Qualifizierung, Vernetzung
- Landesweites Jugendforum

Anregungen zur Weiterentwicklung des Landesprogramms insgesamt

- Kofinanzierung des PfdDs durch das Land (Zusammenarbeit von Land und Kommunen)
- Beteiligung von Jugendorganisationen mit Migrationsfokus (Migrantenorganisationen im Jugendbereich stärker unterstützen, ihre Kompetenzen im Integrationsprozess aktiver nutzen)
- Jugendgemäße Vermittlungsform von Angeboten (Beispiel interaktive App) und jugendrelevante Ansätze
- Jugendbeirat für das Landesprogramm
- Wirksamkeit des Landesprogramms in alle Ministerien und in die Landesregierung einbringen;
- ein klares Programm aufstellen, das Ziele und Strategien setzt
- Eine klare, praxisnahe, transparente Förderrichtlinie für die Weiterentwicklung nutzen

Weitere Anmerkungen und Themen in der Diskussion:

- Vielfalt von Angeboten und Projekten: ja, aber strukturiert und transparent; Engagement vorhanden, aber oft werden keine Ansprechpartner kommuniziert; externen Kräfte in Schulen gefordert, um basisdemokratische Themen zu besprechen
- Problem: keine ministerienübergreifende Zusammenarbeit
- Beachtung von Bedarfen, Förderrichtlinien für geförderte Angebote entscheidend
- Kleinere Gruppen im ländlichen Raum erreichen → wichtig: keine Mindestteilnehmerzahlen, keine zu hohen Stundenvorgaben, mehr Flexibilität - oft zu hohe Hürden für Bildungsmaßnahmen für kleine Gruppen, besser Kurzzeitangebote für Förderung von Maßnahmen
- Klarheit für Träger schaffen → was bietet das Programm?
- Unterschieden zwischen Jugendbeteiligungsstrukturen und politischen Bildungsangeboten;
- Untersetzung und finanzielle Förderung von Beteiligungsarbeit (Kofinanzierung)
- → Zusammenarbeit als Signalfunktion und zur Entlastung der Kommunen (Mitverantwortung des Landes)

Frage der überministeriellen Zusammenarbeit – wie kommunizieren?

- Inhaltliche Einigkeit
- Richtliniengestaltung als Zusammenarbeit
- Beispiel: Jugend macht Zukunft, übergreifende Zusammenarbeit auf Arbeitsebene

- Vorschlag: Beirat aus verschiedenen Akteuren (Verwaltung, Ministerien, zivilgesellschaftliche Träger); Ergänzung des aktuellen Beirats
- Forderung: Zielgruppe integrieren in Form von Vertretung im Beirat, kein Ausbremsen von engagierten Jugendlichen
- Ressortübergreifender Einbezug des Bildungsministeriums und Inpflichtnahme der Schulleitungen

Zielgruppenerweiterung

- Freiwilligendienstleistende (national und international) als Zielgruppe aktivieren, moderne Form des Einbezugs innerzivilgesellschaftlich engagierter Jugendliche, als Multiplikatoren im Programm verankern → Wahrnehmung als Zielgruppe und Miteinbezug, aktive Beteiligung fördern und ausbauen
- Jugendliche weniger verbandsgebunden, mehr kleine Einzelinitiativen; z. T. Suche nach weniger verbindlichen und weniger langzeitlichen Angeboten, da langzeitige Verbindlichkeit für Jugendliche heute schwierig umsetzbar ist; Potenziale sind trotzdem da → aktuellen Bedarf analysieren und flexibel angehen
- Transparenz und Durchschaubarkeit der Projekte für die Zielgruppe
- Nichtverbandliche Jugendliche als weitere Zielgruppe

Jugendvertretung im Beirat – Institutionalisierung von Jugendbeteiligungsstrukturen

- Ausbau von Jugendpartizipation
- Empowerment und Befähigung; Ernstgenommen werden von anderen Jugendlichen
 - institutionelle Begleitung notwendig, Erwachsene müssen ein Stück der Entscheidungsmacht abgeben für Befähigung
 - Kommune stärken durch gesetzliche Grundlage für wirkliche Mitbestimmung der Jugendlichen

Budget und Finanzierung

- Budget gesetzlich festlegen → kostet mehr Kommunikation, aber weniger Geld
- Kofinanzierung Pfd: pro Partnerschaft 5.000€, 100.000€ insgesamt
- Kofinanzierung der Beratungsnetzwerke vom Land, Verknüpfung mit Bundesprogrammen; mehr Spielräume bei gleichzeitiger Entlastung lokaler/kommunaler Strukturen

Weitere Anmerkungen:

- Wirksamkeit in der Fläche wichtig
- Verstetigung der bewährten Strukturen → Zukunftsplanung, z.B. Landesinitiativen wie Freistil

- schulische Bildung muss Anti-Gewaltprävention beinhalten
- Diskussion, ob Komponente im Bildungsprogramm fehlt oder nur nicht umgesetzt wird /werden kann
- Lehrerin: Schulplan wäre voll damit, zeitliche und personelle Ressourcen fehlen
- Referentin: teilweise nur 2 Sozialarbeiterinnen für eine ganze Schule

Ausweitung der Zielgruppe über Jugendliche hinaus

- auf Ältere
- Beispiele wie Heidenau zeigen, dass sich vor allem Ältere politisch radikalisiert haben
- auf Modernisierungsverlierer
- zunehmend sind die Eltern das Problem (30-60 Jährige) –[Anm. der Verfasser: diese Aussage kann mit vorliegenden Studien und Daten nicht verifiziert werden – vgl. u.a. Tabelle 3 dieses Berichts]
- Frauen (oft nur Fokussierung auf Männer)
- Zielgruppe sei i.d.R. nicht die falsche, nur eben nicht die einzige

Sozialkompetenz bei Jugendlichen fördern (Selbstreflexion, zuhören, reden)

- wieder Diskussion (Demokratie vorhanden im Schulkanon in jedem Fach versus Umsetzung)
- einzelne Projekte, die Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglichen

Alternatives Islambild anbieten

- Menschen wollen religiös sein, Erfahrungen aus islamischen Ländern nutzen
- keine staatlich geförderte Literatur oder Moscheen, deswegen können salafistisch geförderte so erfolgreich sein
- Zusammenarbeit mit Muslimen wichtig

Entmischung in sozialen Brennpunkten durch Marktwirtschaft (Sortierung der Bevölkerung nach sozioökonomischen Kriterien)

Medienkompetenz in der Präventionsarbeit

- Gegenrede in sozialen Medien, aber muss in reale Welt übertragen werden
= Zeit, Zusammenarbeit, Stärkung von Strukturen

Generell:

- Definition von Radikalen schwierig (v.a. wenn „nur in einem Bereich radikale Ansichten“)
- Definition von radikalen Islamisten
- Befähigung zur Unterscheidung durch Vermittlung von Wissen über den Islam
- *hauptamtliche* Strukturen erforderlich, kann Ehrenamt nicht leisten

- Landesfrauenverband: Hauptaufgabe Gleichstellung von Migrant*innen: Netzwerke im Osten → wie kann man in bestehenden und neuen Strukturen Verbesserungen erreichen? Wo bewegen sich Migrant*innen? Wo kann man etwas Neues schaffen?
- Sprechen Ministerien, Behörden an, um Projekte/Programme zu gestalten, in denen Geschlechterperspektive mitgedacht wird → Zugang über diese neue Perspektive nötig, da im LP nicht wirklich verankert
- Gendergleichstellung im interkulturellen Kontext
- Ansicht, dass Gleichstellung schnell Durchsetzbar ist → aber Behörden nicht richtige Ansprechpartner für Vermittlung kultursensibler Gleichstellung → Werkstätte, Kirchen besser → Gruppenangebote über lange Zeit für Zielerreichung nötig
- Kirche: Infos zu Rolle der Frau im Islam/Religion → in Praxis schwierig, mit diesem Thema an Mann und Frau heranzutreten → Plattform fehlt
- Muslime müssen sich als Verein organisieren → Räume fehlen → brauchen aber Gefühl, dass Religiosität ernstgenommen wird, da auch Frage der Integration
- Akteur Arbeitsmarkt: unterstützt Männer mit guter Bleibeaussicht, aber wo sind die Frauen? → Suche nach potentielle Projektpartnern in Runde; Schwierigkeiten bei Vergleichbarkeit von Abschlüssen, Kompetenzen usw.; Willkommensbegleiter müssen viel recherchieren, wo es Netzwerke gibt, wo kulturelle Teilhabe möglich → Info bzw. Sichtbarkeitsdefizite
- Bei Antragsstellung mangelt es an Professionalität: Zeit fehlt, um diese in Migrant*innen in Organisationen zu vermitteln, Strukturen fehlen; wenn Kompetenz vorhanden, trotzdem schwer Fördergelder zu erhalten → schwellen senken; Beratungsstellen zur Antragsstellung bei zuständigen Stellen einrichten (Landesebene)
- Landkreisvertretung ST: keine eigenen Projekte, aber Flüchtlingswelle hat Mitarbeiter überfordert; im ländlichen Raum fehlen Integrationsstrukturen → brauchen in Fläche mehr Unterstützung
- Kommunalwahlrecht für Migrant*innen
- Landespräventionsrat: Kommunikation fehlt → Probleme im Kleinen → Infos kommen nicht immer oben an; Prävention auf kommunaler Ebene vor Ort in Organisationen mit einbinden und nicht immer etwas Neues machen
- Im LP sollten auch Kinder in Fokus für Prävention aufgenommen werden

2. Teil:

- Flüchtlingsrat S.-A.: Möglichkeit der Partizipation abhängig vom Aufenthaltsstatus → müssen in konkreter Unterstützungsarbeit große Differenziertheit beachten; auch Wohnortzuweisung beeinflusst Teilhabe, da je nachdem sehr unterschiedliche Möglichkeiten gegeben → diese Hürden müssen auf politischer und behördlicher Ebene beachtet werden
- Partizipation nicht nur als Befähigung für Migrant*innendenken, sondern auch Veränderungen in der Aufnahmegesellschaft sind nötig

- Gemeinsames Ziel/Aufgabe schaffen, bringt zusammen, stärkt Gemeinschaft → Projekte sollen sich Vielfalt öffnen → hier Namensgebungen bedenken, damit sich viele angesprochen fühlen → Heterogenität mitdenken, die in allen Bereichen existiert
- Russland-Deutsche: wissen wie Integration funktioniert und wie nicht → haben 9 Projekte mit Flüchtlingen laufen → bei Cafés sollen Flüchtlinge z.B. organisieren und Deutsche als Gäste kommen → Migrant*innen als aktive Gestalter → Perspektive tauschen → Empowerment der Migrant*innen, sie sollen zeigen, was sie können, als Experten sehen → dafür bedarf es der Kultursensibilität
- Deutsche Werte und Normen dienen als Rahmen für Projekte und LP → dies sollte im Sinne der Vielfältigkeit aufgebrochen werden

Abgeleitete Forderungen/Thesen:

- Partizipation (P) muss altersübergreifend gedacht werden
- P. mit Blick auf Stärken
- Integration ist Bewegung von 2 Seiten, keine Einbahnstraße
- Mehrsprachigkeit
- P. braucht Sicherheit
- P. braucht Sichtbarkeit
- P. braucht pol. Bildung
- P. von Minderheit braucht Mehrheit, die für sie spricht
- P. ist eine Mitbestimmung über Zusammenleben
- P. erfordert bestimmte Kompetenzen
- P. braucht eine Form von Gleichstellung
- P. braucht gemeinsame Aufgabe
- P. braucht Empowerment
- Konkrete Projekte stehen vor strukturellen Problemen
- Kraft von Basis nutzen
- Professionalisierung der Selbstorganisation
- Interreligiöser Umgang muss gelernt und gestärkt werden (Qualifikation)
- Gleichstellung kultursensibel gestalten
- Solidarität
- Kultursensibilität für Integration gegen Assimilation
- LP braucht aktive Antragsberatung, niedrige Schwellen, leichte Sprache

- Präzise Verantwortlichkeiten definieren

Impulse

- Anerkennungskultur schaffen
 - vor allem für kleine Vereine und Verbände
- Gefahrenabwehr
 - Anfeindung von Flüchtlingshelfern bei öffentlichen Aktionen und Drohungen per Mail und Telefon
 - Angst vor Arbeit nach Außen
 - Zusammenarbeit mit der Polizei, rechtsextremistische Straftaten als solche zur Anzeige bringen
 - Prävention: Geflüchtete für Rechtsextreme sensibilisieren
- Alltagsrassismus bekämpfen
 - LAMSA beklagt Alltagsrassismus
 - sich immer wieder beweisen müssen, nicht gehört werden
 - Verharmlosung von rassistischen Vorfällen und Rechtsextremismus an Schulen (Lehrer, Schulleiter) und in ländlichen Gebieten (Politik)
 - Handlungskompetenz und Bereitschaft für komplexere Lösungen für Lehrkräfte vermitteln
- Sichtbarkeit der Programme und Fördermöglichkeiten
 - Kirche Salzlandkreis: Landesprogramm zu unbekannt, Gegenwind aus der Kommunalpolitik bei Finanzierung und zum Teil offener Boykott
 - kein Verständnis/ Unwille bei Verwaltung
- Interkulturelle Begegnungsmöglichkeiten schaffen
 - ohne Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund zu instrumentalisieren (Sicherheit vor rassistischen Anfeindungen bei Begegnungsveranstaltungen)
- Koordinierung innerhalb des Programms
 - Landesebene sollte eher die Träger vor Ort unterstützen als Parallelveranstaltungen zu organisieren
 - keine Überschneidung von Konferenzen etc. sondern Kräfte bündeln
- Kultur
 - nicht nur Vorträge, sondern Konzerte, Theater etc.
 - mehrere Teilnehmer berichten von positiven Erfahrungen mit Theaterprojekten mit Geflüchteten
- Arbeit in ländlichen Regionen
 - Landessportbund Sachsen-Anhalt: Programm zur Rechtsextremismus-Prävention ab 2017 in Kommunen unter 20.000 Einwohnern

Vorgestellte Projekte

- Landesheimatbund:
 - Vereine fit für Demografie machen
 - „Du bist Politik“: Vereine wurden mit für ihren Landkreis verantwortlichen Landtagsabgeordneten zusammengebracht; für viele Vereine der erste konkrete Kontakt mit Politikern
- Freiwilligenagentur Halle-Saalkreis:
 - Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus: Zusammenarbeit mit Verwaltung und Betrieben ist stark ausbaufähig
- Wirtschaftsförderung Magdeburg
 - sehr erfolgreich bei der Gewinnung ausländischer Fachkräfte für den Raum Magdeburg, sowie bei der Vermittlung von Flüchtlingen
- AWO:
 - KomBI Laufbahnberatung: Kompetenzfeststellung von Migrantinnen im Hochqualifizierten Sektor
 - Kompetenzstelle Eltern und Rechtsextremismus
 - Projekt Werteorientierte Engagement-Beratung
- AGSA e.V. (Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V.)
 - interkulturelles Café
 - „Modulkoffer“: Prozesse für (inter-)kulturelle Öffnung soll für KMU handhabbar gemacht werden; verschiedene Trainer und Mediatoren stehen zur Verfügung
 - Schulung für Verwaltungen: bisher 720 Teilnehmer, vor allem bei der Bundesagentur für Arbeit; interkulturelle Öffnung in der Verwaltung; Erweiterung von diskriminierungsfreien Potentialen; Angebote sind migrationspezifisch, mitarbeiter- und ressourcenorientiert

Wünsche/Kommentare zum Landesprogramm:

- Landessportbund ST:
 - für die Arbeit im ländlichen Raum ist „Stallgeruch“ wichtig; man erreicht die Leute nur über die Mitarbeiter die aus ihrer eigenen Mitte kommen
- Zusammenarbeit von Unternehmen, Verbänden und Verwaltung muss gestärkt werden
- das bisherige Landesprogramm war in der Breite nicht wahrnehmbar, nur bei den Experten
- Entwicklung eines Unternehmenswerts „Toleranz“; Etablierung einer Marke, sowie dessen Vermarktung
- es gibt wenig Leuchtturmprojekte in Sachsen-Anhalt; sehr uneinheitlicher Umgang mit den Geflüchteten durch die Landkreise (Dessau dezentral versus Landkreise, die auf zentrale Unterbringung setzen)
- Erfahrungen der Verwaltungen während der Flüchtlingskrise sollten systematisiert werden; Nachhaltigkeit generieren durch eine Art Wissensmanagement
 - der Landkreistag bietet intern schon solche Foren

Die Zielgruppe waren die ehemaligen und aktuellen Mitglieder des Beirates des Landesprogramms. Vom Auftraggeber wurde uns eine Liste mit insgesamt 43 Kontaktpersonen zur Verfügung gestellt. 34 dieser Personen wurden im Dezember 2016 angeschrieben, eine zusätzliche Gruppe ehemaliger Beiratsmitglieder im Januar 2017.

Auf Grund des eher geringen Rücklaufs erfolgte ein Dankes- und Erinnerungsschreiben an die erste Gruppe zu Beginn der ersten Kalenderwoche 2017. Später erfolgte ein weiteres Erinnerungsschreiben seitens des Auftraggebers an beide Gruppen. Die Feldphase wurde, auf Grund eben dieser geringen Beteiligung, vom Auftraggeber in Absprache mit den Autoren der Expertise, bis zum 20. Januar zu verlängert. Zudem sollten die befragten Beiratsmitglieder mit einem dritten nachfassenden Kontakt überzeugt werden, an der Umfrage teilzunehmen.

Am 20. Januar wurde die Online-Umfrage geschlossen. Bis dahin lagen 16 auswertbare Fragebögen vor. Der durch die Erinnerungsschreiben erhöhte Rücklauf lag bei 4 Personen. Das entspricht in seiner Gesamtheit einem Rücklauf von etwa 37 Prozent. Unter Berücksichtigung der ausgewählten Teilnehmergruppe, welcher sowohl eine hohe Involviertheit in den Gegenstand der Befragung als auch ein hohes Interesse an der Validität der Ergebnisse zugeschrieben werden darf, ist dieser Wert als unbefriedigend anzusehen – auch eingedenk dessen, dass für Online-Umfragen eine derartige Rücklaufquote im Allgemeinen als hoch einzustufen ist.

Die Umfrage umfasste insgesamt 8 Leitfragen. Diese orientierten sich an den Eröffnungsfragen der Podiumsdiskussion auf der Fachtagung zur Fortentwicklung des Landesprogramms vom 29. November 2016. Die Leitfragen wurden bewusst als Ergänzung der Fachtagung konzipiert, welche insbesondere zivilgesellschaftlichen Akteur*innen ein Forum bot. Im Focus der Umfrage stand nunmehr die Expertise der Beiratsmitglieder. Es mussten nicht zwingend alle Leitfragen beantwortet werden. Wichtig waren Aspekte, zu denen jeweils eine Aussage gemacht werden konnte. Die Fragen sollten und konnten kurz und stichpunktartig in eigenen Worten beantwortet werden. Abschließenden konnten die Befragten die Kategorie „Sonstiges“ für eigene Anmerkungen nutzen.

In der Auswertung der Umfrage werden die Aussagen der Befragten teilweise nach Personen IDs aufgeschlüsselt; dies dient der reinen Orientierung. Die Identifikationsnummern können mit Abschluss der Befragung keinen Personen und Institutionen konkret zugeordnet werden. Dateien, die beide Informationen enthielten, wurden mit Abschluss der Befragung gelöscht.

Die Umfrage umfasste folgende Fragepunkte:

1. Positive Erfahrungen mit dem Landesprogramm.
 - a. Was hat sich aus Ihrer Sicht bewährt?
 - b. Welche Dinge sollten in jedem Fall fortgeführt bzw. verstetigt werden?
2. Negative Erfahrungen mit dem Landesprogramm.
 - a. Was hat sich aus Ihrer Sicht nicht bewährt?
 - b. Welche Dinge müssen nicht fortgeführt werden?
3. Welche Wünsche hätten Sie für die Fortschreibung des Landesprogramms?
4. Was sind die neuen Herausforderungen – im Vergleich zu 2011 – der kommenden Jahre, denen sich das Programm aus Ihrer Sicht stellen muss?
5. Gibst es darüber hinaus noch etwas, was Sie uns mitteilen möchten – dann können Sie das hier tun.

Die Teilfragen a +b konnten inhaltlich zusammengefasst ausgewertet werden, weil die Antworten nicht variierten.

Positive Erfahrungen mit dem Landesprogramm (Frage 1a+b)

Gefragt nach ihren positiven Erfahrungen mit dem Landesprogramm, begrüßen zwei Befragte zunächst den Umstand, dass dieses Programm überhaupt existiert. (30, 38) Hierbei wird „das klare Bekenntnis von Landesregierung, Landtag und Zivilgesellschaft für ein weltoffenes Sachsen-Anhalt und gegen Rechtsextremismus“ geschätzt. (23) Erst durch die Beiratssitzungen würde für viele Themen sensibilisiert. (37)

Am häufigsten befürworten die Befragten die Möglichkeiten des Austausches, die das Landesprogramm biete (15, 16, 18, 24, 26, 30, 38). Exemplarisch dafür steht die Antwort von Person 18:

„Bewährt hat sich der durch das Landesprogramm eröffnete Kommunikationsraum: Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure stellen sich gemeinsam den Herausforderungen der demokratischen Kultur, markieren Handlungsbedarfe und organisieren entsprechende Reaktionsstrategien. Durch diese Nähe konnte beidseitig von den vorhandenen Expertisen profitiert werden – oftmals wurde das Vorhandensein dieser Expertise erst im Rahmen des Landesprogramms ins Bewusstsein gerückt.“ (18)

Das Landesprogramm wird für die gute Netzwerkarbeit sowie für seine „Beratung und Vermittlung kompetenter Referenten und Impulsgeber“ gelobt. (15) Durch diesen Austausch zwischen verschiedenen Institutionen ermögliche das Landesprogramm den Teilnehmer*innen ein „Blick über den Tellerrand“ (26), die Vernetzung lokaler Initiativen (30) und das Profitieren von Erfahrungen anderer (16). Auch künftig sei das Bereitstellen von Expertisen zu rechtsextremen und populistischen Strukturen unabdingbar. (16) Ebenso müssten Treffen zwischen Netzwerkpartnern – v.a. von zivilgesellschaftlichen Akteuren (21) – weitergeführt werden. (8)

Neben den initiierten Dialog- und Austauschformen – wie regionale und landesweite Fachkonferenzen (24) – werden auch die gemeinsamen Beiratssitzungen (21) mit den

Landtagsfraktionen (24) und die kontinuierliche Gremienarbeit (15) befürwortet. Denn speziell im (Landes-) Beirat habe von den offenen und konstruktiven Diskussionen zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung profitiert werden können, die einen Austausch über bisherige und neue Maßnahmen sowie strategische Herausforderungen förderten. (24) Neben dem Beirat solle auch die interministerielle Arbeitsgruppe weiterhin Bestand haben. (18)

Positiv wird ebenso die Förderung von Projekten eingeschätzt (z.B. im Themenfeld Netzwerkarbeit) und dabei das schnelle Reagieren auf spezifische Bedarfe hervorgehoben. (8, 15) Auch die Kofinanzierung von bundesgeförderten Modellprojekten (z.B. in Kitas und Schulen) wird herausgehoben. (16) Diese Projektförderung solle auch in Zukunft fortgeführt werden. (15)

Es wurde u.a. für die „Unterstützung von Bürgerbündnissen pro Demokratie“ (10) plädiert. Auch der Einbezug des Elementar- und Primärbereichs in die Demokratieförderung habe sich bewährt und solle fortgesetzt werden. (16) Generell wird, die von der Geschäftsstelle begleitete Zusammenstellung und Weiterentwicklung von Themenschwerpunkten als positiv eingeschätzt (24), wenngleich diese Bewertung nicht von allen Befragten geteilt wird (siehe unten).

Dem Beirat wird zugutegehalten, einen Überblick über bestehende Aktivitäten zu geben, strukturelle Notwendigkeiten (wie z.B. das Beratungsnetzwerk, politische Bildung und die Engagementförderung) anzusprechen und von Leerstellen zu berichten. (23) Konkret im Projekt SOR-SMC werden die Strukturen als positiv eingeschätzt und wird der Wunsch nach Verstetigung geäußert. (16)

Wie schon im Rahmen der Fachtagung, wird auch in der Umfrage der Wunsch nach Kontinuität, Verstetigung und Nachhaltigkeit erprobter und bewährter Projekt geäußert (21). Hier wird empfohlen, den Fokus weiter auf das bewährte Strukturprojekt zu legen, in dem Akteure in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus fachlich beraten und begleitet werden (23). Zugleich gelte es vor allem Opfer rechter Gewalt (weiter) zu beraten, zu unterstützen und zu stärken (23, 16). Dies sei – betrachte man die Berichte der mobilen Opferberatung, der regionalen Beratungsteams (RBTs) und der Arbeitsstelle Rechtsextremismus (AREX) – für die kommenden Jahre auf Grund des rapiden Anstiegs fremdenfeindlicher Gewalt keineswegs gesichert. Außerdem brauche es landesweit und kontinuierlich:

„...eine Bildungsarbeit, die sich dem Themenfeld widmet, eine demokratische Kultur fördert, und die Auseinandersetzung stärkt“ (23)

Darüber hinaus sei ein Rahmen unerlässlich, der die:

„Entwicklung und Erprobung neuer Ansätze und Modelle“ (23)

ermöglicht. Dies könne beispielsweise im Rahmen von sozialen Innovationen über die Förderung kleinerer innovativer Projekte geschehen³³.

33 Einige sehr erfolgreiche Strategien, innovative Projekte und deren Förderungsmechanismen sind zu finden auf <http://www.sozialmarie.org>.

Gelobt wurde das beteiligungsorientierte Verfahren bei Initiierung des Landesprogramms, wodurch Transparenz und Identifikation geschaffen worden sei. Dieser Ansatz solle fortgeführt werden (10). Das Landesprogramm solle kontinuierlich evaluiert und weiterentwickelt werden. Hier solle vor allem auf die „Verschränkung mit den Bundesprogrammen "Demokratie leben!" und "Zusammenhalt durch Teilhabe"“ Wert gelegt werden, um weiterhin als Querschnittsprogramm von Zivilgesellschaft und Staat dienen zu können. (24) Hierfür bedürfe es einer professionellen Prozessteuerung durch eine fachlich gut aufgestellte und professionelle agierende *Geschäftsstelle* sowie ausreichende Ressourcen zur Strategieentwicklung, Kommunikation und Umsetzung der Maßnahmen. (24)

Im Bereich der negativen Erfahrungen mit dem Landesprogramm zeichnen sich drei Hauptkritikpunkte ab. (Frage 2a+b)

Zum einen werden die Inhalte des Landesprogramms bezüglich ihrer Qualität und Breite bei unterschiedlichen Themenbereichen kritisiert.

Hinsichtlich des Aufgabenspektrums, also der Themenvielfalt des Landesprogramms, treten unterschiedliche Meinungen zutage. Einige Befragte bemängeln die Breite und wünschen sich eine Schwerpunktsetzung. Diese Einstellung wird insbesondere durch folgendes Zitat von Person 10 repräsentiert:

»Das LP in der Fortschreibungsphase sollte thematische und strategische Schwerpunkte markieren und diese dann auch auf der Ebene von geförderten Einzelmaßnahmen konsequent umsetzen. Die bisherige Fassung des Landesprogramms deckte denkbar große Handlungsfelder ab, von der Bildung im Primärbereich, über Beratungsleistungen bis hin zu eher interventionistischen Ansätzen. Dieser Versuch, möglichst allen Akteursgruppen in den Handlungsfeldern Demokratieförderung, Rechtsextremismusprävention und interkulturelle Bildung gerecht zu werden, lässt die notwendige Pointierung und Fokussierung eines solchen Programms vermissen.« (10)

Der Bereich der Migration, Integration und interkulturelle Bildung wird von derselben Person 10 nicht als möglicher Schwerpunkt empfohlen, da hier alternative Programme und Fördermöglichkeiten existierten (10).

Mangelnde Schwerpunktsetzung leitet auch die Kritik an der Einheitlichkeit der Inhalte:

»Gefördert wurde nur punktuell, wenig Kontinuität, kaum Leuchtturmprojekte, es fehlte die ‚rote‘ Linie, das Landesprogramm hatte kein Gesicht.« (15)

Gestützt werden diese Ansichten auch von Person 8. Sie empfiehlt, vor der Einführung neuer Projekte an bereits bestehende Projekte und Akteure anzuknüpfen und Kooperationen einzugehen (8). Ähnliche Ansichten zeigten sich bezüglich der Ergebnissicherung der Fachtagung. Ein den Akteuren wichtiges Thema war die Fortführung erfolgreicher und etablierter Projekte bzw. deren mögliche Verstetigung.

Auf der anderen Seite wird kritisiert, dass das Landesprogramm „kaum neue Impulse“ setze, „sondern eher den aktiven Bestand im Land verwaltet“. (38) Auch sei eine Weiter-

entwicklung der inhaltlichen Schwerpunkte zu vermissen. (24) Innerhalb eines Themenfeldes sei die Bandbreite der Aktivitäten und Förderungen des Landes jedoch gut strukturiert und dargestellt, allerdings fehle eine Systematisierung in Form von:

»klarere[n] Absprachen zwischen den einzelnen Ressorts, sowie die Schaffung eines einheitlichen Haushaltstitels beispielsweise ‚Demokratieförderung‘, Formulierung von Beteiligungsmöglichkeiten und Förderkriterien“.« (23).

Die negativen Bewertungen im Hinblick auf die inhaltliche Ausrichtung gehen teilweise mit Kritik an Zuständigkeiten und organisationalem Aufbau einher. So wird die „Ressortierung in zwei Ministerien (MB, MS)“ (26) zwar als nötig erachtet, diese funktioniere aber nur durch eine enge Abstimmung, um redundante Strukturen und die Konkurrenz um Fördermittel zu vermeiden.

»Die Ressortierung in zwei Ministerien (MB, MS) ist offenbar notwendig, erforderte m.E. aber eine enge Abstimmung zwischen den Beteiligten. Sie spiegelt eine Entwicklung wider, die mit den Bundesprogrammen für Demokratie ab 2001 eingesetzt hat. In der Folge ist neben den traditionellen Strukturen der politischen Bildung (Landeszentrale für politische Bildung, anerkannte Träger der Jugend- und Erwachsenenbildung) eine neue Projektlandschaft mit teils neuen Trägern entstanden, die de facto in großen Teilen politische Bildung betreiben, aber nicht mehr primär im MK bzw. MB angesiedelt sind. Es war und wäre fatal, wenn die "alten" auf Kosten der "neuen" Strukturen gefördert werden oder umgekehrt. « (26)

Zum anderen wird, wie auch schon im Rahmen der Fachtagung, wiederholt die Kommunikation bemängelt – sowohl zwischen Akteuren des Landesprogramms (Punkt: Vernetzung relevanter Akteure) als auch nach außen (Punkt: Öffentlichkeitsarbeit, -wahrnehmung und -wirksamkeit). So erschien die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit „nur in Ansätzen erkennbar“ (15). Das habe zu wenig Transparenz über einzelne Projekte nach außen geführt, weshalb nur „Insider [...] Wissen über die genaue Arbeit“ (15) hätten. Es sei leider nicht gelungen, die „Wirkung der verschiedenen Maßnahmen im Land ausreichend sichtbar zu machen.“ (24) Infolgedessen sei das Landesprogramm in der Verbandsarbeit vor allem bei Ehrenamtlichen nicht bekannt (11). Doch auch die Kommunikation und Abstimmung innerhalb des Programms wird mehrfach negativ bewertet. So ist sie aus Sicht von Befragten verbesserungswürdig zwischen Ministerien (Regierung), Landtag und Beirat (38).

Bezogen auf den *Beirat* könne auf Sitzungen verzichtet werden, in denen einseitig informiert werde und kaum Raum für *Diskussionen* bleibe weshalb Ideen und Vorschlägen nicht aufgenommen werden könnten. (15) Anstatt möglichst schnell alle Tagesordnungspunkte abzuhandeln, sollten die Erfahrungen und unterschiedlichen Sichtweisen durch Diskussionen stärker genutzt werden, damit „Ideen für wirkungsvolle Projekte entstehen“. (8) Auch wird die *Besetzung* dieses Beirats als zu eng bewertet und eine größere Vielfalt bei der Auswahl gefordert (21). Die Möglichkeit von Synergieeffekten werde durch die bestehende Besetzung kaum genutzt, es entstünden im Gegenteil eher

Verluste durch fehlende Koordination. Andererseits werden einige Aktivitäten als zu bürokratisiert empfunden; es käme zu einer „Netzwerkbildung von Netzwerken von Netzwerken“. (38)

In der *Finanzierung* sehen sowohl Befragte als auch Akteure (vgl. auch Ergebnisse der Sachberichte, AREX und mobile Opferberatung) verschiedene Problempunkte. Spürbar würde dies besonders bei der ungenügenden Förderung für Personalstellen (15). Eine Folge zu geringer Finanzierungsmittel sei unter anderem zu „wenig Experimentiermasse“ (37). Kritisiert wird zudem noch die fehlende Auswertung und Evaluation von Projekten, Maßnahmen oder Veranstaltungen (30). Eine Chance solcher „Kontroll“-Mechanismen liege u. a. in der Identifizierung von good practice Methoden. Das Fehlen bzw. Bekanntmachen positiver Beispiele wurde schon im Rahmen der Fachtagung moniert.

Vor diesem Bewertungshintergrund äußern die Befragten unterschiedliche Wünsche für die Fortführung des Landesprogramms. (Frage 3)

Kritiker der inhaltlichen Ausgestaltung des Landesprogramms fordern eine:

„thematische und pointierte Schwerpunktsetzung, zum Beispiel auf die Segmente Unterstützung von Bürgerbündnissen pro Demokratie“

oder auch die:

„Auseinandersetzung mit Hatespeech im Internet und den sozialen Medien“.
(10, 15, 23)

Dafür solle auf alte (etablierte) Strukturen und Kooperationen zurückgegriffen werden (8). Eine Person bekräftigt die Forderung nach *Systematisierung*, strategischer Ausrichtung und den Rückgriff auf sinnvolle bestehende Ansätze. Zugleich äußert sie Bedenken hinsichtlich „thematischer Engführungen“. Konkrete Themenvorschläge betreffen die Berücksichtigung der relativen Armut und materiellen Teilhabe. (16) Der Themenkomplex Bekämpfung von Rechtsextremismus solle auf jede Form der Extremismus-Bekämpfung ausgeweitet werden. (26). Weitere Wünsche ordnen sich in den Kanon anderer Anmerkungen mit ein, so z. B. die Fortführung „bewährter Ansätze in der Bildungs- und Beratungsarbeit – auch und gerade im Sinne einer ‚Radikalisierungsprävention‘“ sowie die Entwicklung und Stärkung von „Maßnahmen und Projekten, die sich mit rechtspopulistischen und rassistischen Diskursen auseinandersetzen“. (23) Allgemein solle das Programmprofil pragmatisch aufgestellt sein und die *Konkretisierung* der abstrakten Werte wie Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit ermöglichen. (37)

Neben der Thematik solle an der Umsetzung der diskutierten und beschlossenen Maßnahmen gearbeitet werden. (38) In den Bereichen „Maßnahmen, Projekte, Unterstützung, Verantwortlichkeiten“ wird eine Konkretisierung gewünscht. (30) Auch *Planungssicherheit* wird gefordert (16).

Thematisch könnten künftig *neue Zielgruppen* erschlossen werden. Hier werden die „unteren Schichten“ (25), aber auch Seniorenvertretungen (14) empfohlen. Freie Träger könnten (im politischen Kontext) gestärkt werden (8). Auch Nichtwähler*innen (16) o-

der „Demokratie- und/oder Politiksketiker“ (23) sollten als Zielgruppen stärker in den Fokus gerückt werden. Dabei sei anzustreben,

„Demokratie in der Lebenswelt erfahrbar werden [zu] lassen“. (16)

Zur Verbesserung der internen Kommunikation werden „eine stärkere Diskussionsmöglichkeit zu bestimmten Themen“ (8) sowie ein Angebot *an kontinuierlichen Ansprechpartnern* (15) gefordert. Programme könnten dadurch besser aufeinander abgestimmt werden, um *Dopplungen* zu vermeiden. (26)

Nach außen solle mehr „öffentliche Aufmerksamkeit“ (21, 26, 37) (z. B. in Verbänden oder Vereinen) (11) durch eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit erzielt werden (11, 21, 26). Neben einer übersichtlichen und regelmäßig gepflegten *Homepage* rät man zu einer

„kürzeren Fassung des Landesprogramms mit Leitbildcharakter, einem ‚griffigeren‘ Titel, der die Dachmarke ‚Landesprogramm‘ etablieren hilft“.

So könne dann

„eine stärkere Verbindung zwischen dem Landesprogramm und den – bereits jetzt – vielfältigen Maßnahmen im Bereich der Präventions- und Demokratieförderarbeit sichtbar werden“.

Zudem erfüllten

„regelmäßige Veranstaltungen in den Regionen und ein regelmäßiger Austausch über best-practice-Beispiele [...] das Landesprogramm mit weiterem Leben.“ (18)

Durch Steigerung der Transparenz könnten Kooperationen mit themenrelevanten Bundesprogrammen sowie mit lokalen Fach- und Koordinierungsstellen zur Demokratieförderung aufgebaut und so Synergieeffekte erzielt werden. (24) Auch die Hoffnung eines gelingenden konstruktiven Dialogs mit den Landtagsfraktionen wird geäußert. (24)

Im Umgang mit finanziellen Ressourcen bevorzugt eine Person direkte Investitionen in die Arbeit, anstelle der ‚Herausgabe von Hochglanzmagazinen‘ (8). Zudem werden eine themenbezogene Mittelbündelung sowie eine bessere Zuweisung zu den Programmen empfohlen (21).

Zur Verbesserung der Effizienz der Arbeitsprozesse wird vorgeschlagen, einen festen Angebotspool bereitzustellen, der allen „als eine Art Katalog zur Verfügung“ steht, „bei dem man schnell eine Leistung buchen kann.“ (15) Eine Person erachtet die Arbeit der Steuerungsgruppe für nicht genügend effektiv (18).

Grundsätzlich wird der Wunsch formuliert, dass das Landesprogramm „noch stärker eine identifikatorische Klammer für das Engagement für eine offene, demokratische Gesellschaft“ (18) bilde. Neben regionalen und landesweiten, zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren sollte v.a. das Bildungsministerium eingebunden bleiben. (24)

Die Frage nach den neuen Herausforderungen ergab ein heterogenes Bild. Dies ist im Übrigen die einzige Frage, die von allen teilnehmenden Befragten beantwortet wurde. (Frage 4)

Hierbei wurde am häufigsten (achtmal) auf die Herausforderung des stark zunehmenden (Rechts-) Populismus und (Rechts-) Extremismus, auch und vor allem in der Mitte der Gesellschaft, hingewiesen. (11, 15, 24, 26) In dem sich „verschärfende[n] Klima“ (30) müsse das Landesprogramm „insbesondere in der Rechtsextremismusprävention- und Intervention [...] neue Phänomene wie die ‚Reichsbürgerbewegung‘, die Auseinandersetzung mit ‚Rechtspopulismus aller Couleur‘ stärker in den Blick“ nehmen (10) und sich den „neuen rechten und rechtsautoritären Diskursen und deren Herausforderungen stellen“ (23). Zu Sachsen-Anhalt speziell wird darauf aufmerksam gemacht, dass aktuelle rechtspopulistische Strömungen „... die vorhandenen Potenziale gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bündel[n] und verstärk[en].“ (16)

Mithilfe des Landesprogramms könne die Zivilgesellschaft dieser Herausforderung begegnen (16). So bedürfe es der Prävention gegenüber allen aktuellen Formen *gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*, z.B. auch von religiöser Radikalisierung. (18)

Hierzu wird jedoch auch kritisch angemerkt, dass die Bemühungen gegen populistische und extremistische Strömungen „überwiegend gegen demokratiegefährdende Entwicklungen“ (16) arbeiteten, daneben aber auch versucht werden sollte, „demokratische Aus-handlungs- und Gestaltungsprozesse“ (16) auch für Gruppen zu öffnen, die bisher wenig mitbestimmt haben (Minderheiten – wie z.B. Migrant*innen, LGBTI –, Nichtwähler*innen, Kinder und Jugendliche) (16).

In Zeiten starker Politikverdrossenheit (11) und vorherrschender Zweifel der Gesellschaft am Rechtsstaat (26) müsse die Demokratie konstant weiterentwickelt (15) werden.

Als weitere auch schon in den vorangegangenen Fragen thematisierte Herausforderung wurde wiederholt auf den verbreiteten Hass (hate speech) gegen Ausländer und Flüchtlinge, auf Alltagsrassismus und Stammtischparolen im Internet, v.a. den sozialen Medien, hingewiesen. (15, 18, 25, 38) Hieraus ergebe sich für das Landesprogramm die Aufgabe, auch die „Diskurse in den *sozialen Medien* in den Blick [zu] nehmen“. (23)

Auch die kriegerischen Auseinandersetzungen und die damit verbundene Migration und Ankunft von Geflüchteten werden als Herausforderung betrachtet. (8, 21, 30). Neben realen Problemen u.a. bei der *Integration* führe die Einwanderung zu *fiktiven Ängsten* (vgl. Abbildung 14) in der Bevölkerung und zu Fremdenfeindlichkeit, was wiederum eine Abwanderung der zu Integrierenden, die hier grundsätzlich eine reale Chance haben könnten, nach sich ziehen könne. (19) Hier sei das Landesprogramm gefordert, einen „offenen und toleranten Umgang mit Flüchtlingen [zu] fördern“. (25) Zudem sei die „Förderung von *interkulturellen Kompetenzen*“ (18) nötig. Auf der anderen Seite sei auch „eine Welle der Hilfsbereitschaft ausgelöst und in vielen Verwaltungen sind mit offenem Blick und großer Tatkraft neue Wege beschritten worden“. (16) „Diese Situation bietet – noch – die Gelegenheit, die in Deutschland institutionalisierte Monokulturalität und Mo-

nolingualität der gleichzeitig gelebten Vielfalt entsprechend aufzulösen; auch hier kann das Landesprogramm ggf. Impulse setzen“ (16).

Schließlich wird die Gefahr der Auseinanderentwicklung bis hin zur Spaltung der Gesellschaft thematisiert und als künftige Herausforderung definiert (24, 30). Vor dem Hintergrund der Differenzierung zwischen Arm und Reich (30) sollten „relative Armut und materielle Teilhabe [...] als Querschnittsthemen deutliche Berücksichtigung finden“. (16) Ebenso sei eine „Spaltung der Gesellschaft in spontan/punktuell Engagierte und analytisch/diskursiv Engagierte“ (38) zu beobachten. Generell könne diesen Problemen durch die Entwicklung und Umsetzung von „Strategien zur Integration und Inklusion“ sowie durch das Ansprechen und Einbinden neuer Zielgruppen (24) begegnet werden. Hierfür seien „zivilgesellschaftliche Strukturen **vor Ort** [zu] stärken“. (24)

Weitere Herausforderungen bestünden in der „Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure in der Politik“ (8), der „Förderung von Maßnahmen für die Seniorenvertretungen auf allen Ebenen“ zur generationenübergreifenden Verständigung (14) sowie der dezentralen (auch in ländlichen Regionen) und frühkindlichen Bildung (8, 15).

Sonstiges (Frage 5)

Zuletzt bedankt sich ein Befragter für die neue wissenschaftliche Unterstützung (18). Eine Person äußert, dass sie auf der „Suche nach einer Form der Ergebniskontrolle“ (**Evaluation**) (30) sei. Abschließend empfiehlt eine Person dem Landesprogramm eine für die aktuellen und zukünftigen Entwicklungen gesteigerte Reaktions- und Anpassungsfähigkeit:

„Das Landesprogramm sollte aufgrund der schnelleren zeitlichen Entwicklung flexibler aufgestellt sein, um auf unerwartete oder plötzlich eintretende Situationen schneller reagieren zu können“. (8)

2 Handlungsempfehlungen

Im folgenden Abschnitt geht es (1) um die Synthese der in den vorangegangenen Arbeitsschritten gewonnenen Erkenntnisse, (2) um die Ergebnissicherung der auf der Auftaktkonferenz am 29. November 2016 geäußerten Bedarfe und deren Einbeziehung in die Expertise. Vervollständigt werden diese Erkenntnisse (3) durch die Ergebnisse der Online-Befragung unter den Beiratsmitgliedern des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit.

Die Bündelung der in den einzelnen Arbeitsschritten gewonnenen Befunde und Erkenntnisse erfolgen als kombinierte Präsentation von Text und Grafiken. Die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen werden grafisch entsprechend hervorgehoben.

In den Impulsvortrag auf der Auftaktkonferenz am 29. November 2016, der Teil des Evaluierungsauftrags war, wurden bereits abrufbare Befunde unserer eigenen Forschung (Sachsen-Anhalt-Monitore, Transferzentrum Demokratie, Evaluation des Antidiskriminierungsgesetzes etc.) sowie ausgewählte Erkenntnisse der von uns rezipierten Fremdforschung aufgenommen (siehe dazu Anhang 1)

In Bezug auf die Zielgrößen Vielfalt, Weltoffenheit, Willkommenskultur wurden insbesondere folgende Aspekte aufbereitet:

- Wie kann das verbreitet ablehnende Einstellungsmuster gegenüber eingewanderten Menschen aufgebrochen werden?
- Wie kann Integration bzw. wie können die Voraussetzungen für Integration verbessert werden?
- Wie können lebenspraktische Kontaktmöglichkeiten auf Augenhöhe im Miteinander von Eingesessenen und Zuwandernden vertieft und gefestigt werden?
- Wie lassen sich vor allem im ländlichen Raum „entgegenkommende“ offene Umfeldbedingungen schaffen?

Als weit gefasster theoretischer Rahmen für die Herausarbeitung von Handlungsempfehlungen lassen sich insbesondere folgende Hypothesen über fremdenfeindliche und rechtsextremistische Zusammenhangsmuster heranziehen:

1. die Gruppenbedrohungstheorie: „Fremde“ werden als Konkurrenz um knappe Ressourcen (z.B. Arbeitsplätze, Wohnraum, u.a.) wahrgenommen³⁴;
2. die Theorie der (subjektiven) relativen Deprivation: Subjektiv (d.h. im Vergleich zu anderen) empfundene eigene Benachteiligungen münden in xenophobe Grundhaltungen, indem „die Fremden“ als Sündenbock für die eigene als negativ empfundene Lage herhalten müssen;

34 Dieses Phänomen tritt beispielsweise auf, wenn Kontakte zu hier lebenden Menschen mit anderem kulturellen Hintergrund nur durch räumliche Nähe (Nachbarschaft) bestehen und eben nicht auf „Augenhöhe“ stattfinden (Arbeitsplatz, Freunde und Bekannte, Familie, Verein). Ein Prozess der sich aktuell bspw. im Wohnquartier „Südpark“ in Halle (Saale) beobachten lässt. (Jaeck, 2016 - <http://www.mz-web.de/halle-saale/soziologe-zum-brennpunkt-suedpark--ghetto--wohl-eher-ein-problemviertel--24767034>)

3. die Theorie des Intergruppenkontaktes³⁵, der zur Folge häufige und regelmäßige Kontakte zu anderen Gruppen Ressentiments gegenüber der „Fremdgruppe“ reduzieren.

Vorliegende Untersuchungen belegen, dass die Kontakthypothese den stärksten positiven Einfluss sowohl auf eine generelle Integrationsbereitschaft als auch auf ein Abnehmen von Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremen Einstellungen ausübt. Für den Osten Deutschlands – insbesondere für den ländlichen Raum – sind diese theoriegeleiteten Ansätze insofern von besonderer Bedeutung, als wir es mit von demografischem Wandel und Wegzug stark betroffenen Bundesländern und Regionen zu tun haben.

Als problematisch erweist sich, dass der ohnehin schon niedrige Ausländeranteil im Osten Deutschlands – wobei dieser Anteil im ländlichen Raum nochmals geringer ausfällt – Kontaktmöglichkeiten de facto begrenzt – generell und speziell in Gebieten, die durch eine fortschreitende Entdichtung von Arbeits- und Lebensbeziehungen gekennzeichnet sind.

Nachstehende Handlungsempfehlungen sind unterteilt in zwei Teile. Teil A enthält Empfehlungen, die sich aus der Sicht der beteiligten Akteure anbieten. Hierbei erfolgt eine weitere Unterteilung nach zivilgesellschaftlichen Akteuren (Konferenzteilnehmern) und Beiratsmitgliedern. Teil B enthält von den Autoren der vorliegenden Expertise formulierte Empfehlungen, in welche(n) einestei ls die Akteursperspektive widergespiegelt wird und anderenteils die Ergebnisse der textlich dokumentierten Programmgenese eingearbeitet worden sind sowie auch Erkenntnisse der einschlägigen Forschung Eingang gefunden haben.

A Empfehlungen aus Sicht der Akteure

A.1 Teilnehmer*innen der Fachkonferenz

1. Die *Vernetzung der Programmteilnehmenden* soll mittels Finanzierung von Arbeitstreffen und Tagungen intensiviert werden.
2. Vorgeschlagen wird, *flächendeckende, d.h. landesweit ausgreifende Strategien* zu entwickeln, wobei die *ländlichen Räume* besonders in den Blick genommen werden.
3. Das Landesprogramm für Sachsen-Anhalt soll *mit Bundes- und Landesprogrammen verknüpft* werden.
4. Um *höhere Öffentlichkeitswirkung* zu erzielen, sollen digitale Kommunikationsformen mehr eingesetzt, klare Programmaufgaben formuliert und eine Wissensplattform („Demokratieportal“) eingerichtet werden.
5. Die *Professionalisierung und Qualifizierung* der zivilgesellschaftlichen Akteure soll gesteigert werden, unter anderem durch Coaching, Antragsberatung, Fortbildung, interkulturell erweiterte Wissensangebote und Einsatz pädagogisch qualifizierter „Integrations-Profis“.

35 Vgl. Allport (1954) & Williams (1947): Die sog. „Kontakt-Hypothese“ von Allport und Williams geht auf Forschungen zurück, die die Beziehungen zwischen der weißen und afro-amerikanischen Bevölkerung der USA in den 1950er Jahren untersuchten.

6. Vorgesprochen wird eine *stärker ausdifferenzierte Zielgruppenansprache*, und zwar sowohl nach Altersgruppen als auch nach sozialen Schicksalskollektiven („Abgehängte“, „Verdrossene“, „Wutbürger“, „Modernisierungsverlierer“).

A.2 Mitglieder des Beirats (Onlinebefragung)

1. Eine Bereitstellung von *Expertisen* zu rechtsextremen und populistischen Strukturen wird als unabdingbar angesehen (vor allem in Anbetracht der rasanten Entwicklung in den letzten Monaten ist dieser Punkt als prioritär zu betrachten [Anmerkung Verf.]).

2. Weiterführung von *Treffen* zwischen Netzwerkpartnern – v.a. von zivilgesellschaftlichen Akteuren (Vorteil durch Netzwerk – als vielgerühmter Nutzen des LP).

3. Fokus auf *etablierte Strukturprojekte*³⁶.

4. Neue Herausforderungen bedürfen neuer und *innovativer Ansätze*, deshalb ist die Entwicklung und Erprobung neuer Ansätze und Modelle zwingend erforderlich. Die könnte beispielsweise durch *Wettbewerbe* erfolgen.

5. Im Rahmen des Landesprojektes sollten thematische und strategische *Schwerpunkte* gesetzt (eine „rote“ Linie verfolgt) und diese pointiert und kontinuierlich gefördert werden. Das LP sollte in Folge dessen nicht zu breit aufgestellt sein.

6. Die *Öffentlichkeitsarbeit*, Sichtbarkeit und folglich die Bekanntheit des LP muss aktiv verbessert und gefördert werden. Als wirksame Mittel werden u.a. eine *Kurzfassung des LP* und eine gepflegte *Homepage* genannt.

7. Die *Koordination, Kommunikation* und Abstimmung zwischen allen Akteur*innen und beteiligten Ebenen und Institutionen wurde mehrfach negativ bewertet und bedarf aus Sicht der Beiratsmitglieder einer umfassenden Optimierung.

8. In Beiratssitzungen sollte der Focus auf Diskussion, Austausch von Ideen und Vorschlägen sowie Erfahrungsaustausch liegen (mehr im Sinne einer *Denkfabrik* bzw. eines sogenannten *Thinktanks*). Keine einseitigen Informationsveranstaltungen. Zudem wird der Beirat als zu einseitig besetzt beschrieben. Die Heterogenität der Gesellschaft sollte sich auch im Beirat widerspiegeln.

9. Projekte, Maßnahmen oder Veranstaltungen sollten evaluiert und ausgewertet werden. Auf diese Weise können *Good-practice* Methoden identifiziert und bspw. deren Wahrscheinlichkeit für eine Generalisation bzw. Etablierung geprüft werden.

10. Eine themenspezifische mehrfach genannte Handlungsempfehlung ist die Auseinandersetzung mit neuen Kommunikationskanälen rechter Strukturen – Stichworte: *Hate Speech* und *soziale Medien*. Als weitere neue Handlungsfelder werden die Elemente des GMF-Syndroms, Rechtspopulismus und Radikalisierungsprävention genannt. Insbesondere wird dabei auf die Verankerung vergleichbarer Syndrome in der „Mitte“ der Gesellschaft verwiesen.

36 Dieser Punkt taucht im Rahmen der Befragung und auch der Fachtagung am häufigsten auf, i.d.R. in Verbindung mit Forderungen nach kontinuierlicher Finanzierung u.a. anverwandten Themen. Es ist nicht auszuschließen, dass hier durch die Überschneidung von Akteuren und Beiratsmitgliedern auch persönliche Motive eine Rolle spielen.

11. Auch die Erweiterung um neue Zielgruppen im Rahmen des LP ist innerhalb der Beiratsmitglieder ein präsenteres Thema. Dazu gehören wie z.T. oben bereits genannt: „untere Schichten“, „Demokratie- bzw. Politikskeptiker“ oder Nichtwähler*innen aber auch Seniorenvertretungen und Freie Träger.

12. Das LP ist gefordert einen offenen und toleranten Umgang mit Flüchtlingen zu fördern und eine effiziente und schnelle Integration zu unterstützen. Dazu gehört auch die häufig geäußerte Qualifizierung und Weiterbildung im Bereich der interkulturellen Kompetenz. Andere Beiratsmitglieder sind aber der Ansicht dafür gäbe es geeignetere andere Programme.

B Empfehlungen der Autoren des Berichts

1. Die empirisch gestützten Erkenntnisse zu Stand und Entwicklungsrisiken der politischen Kultur und der Gesellschaftskultur in Sachsen-Anhalt aufnehmend, sollten bei der Fortschreibung des Landesprogramms zum einen die beiden *bisherigen Schwerpunkte der Demokratiebildung und der Extremismusprävention gestärkt* sowie zum anderen um einen *dritten Schwerpunkt Förderung von Willkommenskultur* erweitert werden. Den methodischen Stand der Fachwissenschaften aufnehmend, sollte zwecks Erweiterung der Perspektive bei der Auseinandersetzung mit rechtsaffinen Einstellungen und Handlungen das traditionelle Analyseschema des Rechtsextremismusansatzes um die im Rahmen der Konzepte Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) und Ethnozentrismus bzw. Neo-Nationalismus entwickelten Kategorien ergänzt werden.

2. Das künftige Landesprogramm sollte ein stärker *ganzheitliches Handlungskonzept* entwickeln, das zum einen die unter Ziffer 1 erwähnten drei thematischen Schwerpunkte integriert und zum anderen territorial – wie bisher – auf der subregionalen/lokalen Ebene ansetzt, dabei aber – stärker als bisher erkennbar – die dort jeweils gegebenen Rahmenbedingungen für die Konfigurierung passgenauer örtlicher Strategien systematisch einbezieht. Der lokale Ansatz sollte hinwiederum doppelt angelegt sein: Es sollten die eine demokratischer Politik und humanem Zusammenleben verpflichtete Aufklärungsarbeit *hemmenden* und ebenso die diese *fördernden* Faktoren gleichermaßen identifiziert werden. Auf diese Weise ließen sich *örtliche Potentiale an Sozialkapital wirkungsvoller aktivieren*.

3. Das Landesprogramm sollte bei der Distribution der verfügbaren finanziellen, personellen und zeitlichen Ressourcen künftig stärker als bisher die *ländlichen Räume* Sachsen-Anhalts in den Blick nehmen. Denn es sind die ländlichen Räume, die im Land nicht nur insgesamt überwiegen, sondern aufgrund des demografischen Wandels (Alterung, Abwanderungseffekte), aufgrund der erkennbaren Tendenzen zur Ausdünnung lokaler Infrastrukturangebote sowie eines kraft Zusammenwirkens beider Faktoren entdichteten sozialen Lebens auch für die Sicherung eines demokratischen politischen Bewusstseins und die Ausprägung von auf den Prinzipien der Weltoffenheit und Toleranz basierenden Sozialbeziehungen besondere Problemregionen darstellen, ebenso aber auch erschließbare Ressourcen für Demokratiebildung, Engagement und Integration vorhalten.

4. Mittels der in Ziffer 2 empfohlenen Kombination aus *zentralem ideellem Leitwerk* und *dezentraler „angeleiteter“ Aktivität vor Ort* öffnen sich unseres Erachtens für das Landesprogramm auch Chancen, sich in der Öffentlichkeit stärker als eine „Initiative aus einem Guss“ darzustellen, was auch die öffentliche Sichtbarkeit und Durchschlagskraft erhöht. Ferner kann einbezogenen zivilgesellschaftlichen Akteuren die gewünschte Orientierungshilfe gegeben werden. Schwerpunkte, die lokal (um)gesetzt werden, können als „Pioniere“ Wirkung entfalten und Spill-Over-Effekte für andere (benachbarte) Gemeinden bzw. Kreise freisetzen.

5. Grundsätzlich ist jede zivilgesellschaftliche Initiative, welche sich die Ziele des Landesprogramms zu eigen macht, und jeder Ort, an dem sich solche Aktivität formiert, aner kennenswert und förderwürdig. Gleichwohl empfehlen wir, die verfügbaren Ressourcen nicht ausschließlich nach schon existierenden Förderstrukturen, nach dem „Windhundprinzip“ oder nach dem „Gießkannenprinzip“ zu verteilen, sondern auch einen angemessenen Budgetanteil für *ausgewählte lokale Pilotprojekte* auszureichen. Diese Pilotprojekte sollten in Abstimmung mit dem Beirat ausgewählt sowie wissenschaftlich vorbereitet und begleitet werden.

6. Solche lokal zentrierten „Piloten“ bieten eine Startrampe, um die unter den obigen Ziffern 1 bis 4 empfohlenen Leitgedanken – ganzheitlicher Ansatz, Vorzug für den ländlichen Raum, Identifizierung hemmender und fördernder lokaler Umfeldbedingungen, Erschließung lokaler Engagementpotentiale – operativ umzusetzen.

7. Anhand der Befunde des vom Land Sachsen-Anhalt geförderten Forschungsprojekts „Transferzentrum Demokratieforschung und Demokratiep politik“ können wir – im Vorgriff auf einen in Kürze fertiggestellten ausführlichen Projektbericht – unsere unter Ziffer 5 und ausgesprochene Empfehlung, mit sozial-räumlich maßgeschneiderten „Piloten“ in Gemeinden „aufs Land“ zu gehen, am Beispiel des Gemeindetypus „abgelegene Gemeinden“ exemplarisch veranschaulichen (siehe hierzu die Anlage 2).

8. Um möglichst große Synergieeffekte zu erzielen, sollten – darin stimmen wir mit im Kreis der Akteure geäußerten Vorstellungen überein – die Aktivitäten des Landesprogramms mit denen anderer inhaltlich gleichgerichteter Institutionen des Landes, insbesondere der Landeszentrale für politische Bildung, *ressortübergreifend koordiniert* werden, um nachteilige Effekte nebeneinander existierender institutionalisierter „Parallelwelten“ zu vermeiden. Als eine mögliche Plattform für einen koordinierten, thematisch gebündelten und lokal zentrierten praktischen Zugriff böte sich beispielsweise das gerade gegründete „Kompetenzzentrum soziale Innovation“ an, das unter anderem im Themenfeld sozialer Zusammenhalt Pilotprojekte auf den Weg bringen wird.³⁷

37 Das Kompetenzzentrum soziale Innovation (KomZ SI) des Landes Sachsen-Anhalt wird ab Januar 2017 für einen Zeitraum von zunächst fünf Jahren aus Mitteln des ESF und des Landeshaushalts finanziert und ist beim Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration angesiedelt.

3 Literatur und relevante Veröffentlichungen

Allport, G. W. (1954): *The Nature of Prejudice*. Cambridge.

Bonin, H. (2014): *Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt*, Mannheim.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2005): *Verfassungsschutzbericht 2005*, Köln.

Bundesministerium des Innern(2015): *Verfassungsschutzbericht 2015*. Berlin.

Gabriel, O. W./ Holtmann, E./ Jaeck, T./ Leidecker/ Maier, J. (2015): *Deutschland 25. Zeitbilder* Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.

Glaser, M. (2012): *Rechtsextremismus- Eine Begriffsdiskussion*. Kontaktstelle BIKnetz – Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus, Berlin.

Hasse, J./ Rosenthal, G. (Hrsg.)(2013): *Wider die Gleichgültigkeit! Aktiv gegen Rechtsextremismus: Perspektiven, Projekte, Tipps*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Heitmeyer, W. (2002-2012): *Deutsche Zustände*. Frankfurt (Main): Suhrkamp.

Holtmann, E. (2002): *Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts, Magdeburg und Opladen*.

Holtmann, E./ Krappidel, A./ Rehse, S. (2006): *Die Droge Populismus. Zur Kritik des politischen Vorurteils*, Wiesbaden.

Holtmann, E./Jaeck, T./Völkl, K. (2009 - 2014): *Sachsen-Anhalt Monitor*. Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt.

Holtmann, E./ Jaeck, T. (2015a): *Was denkt und meint das Volk? Deutschland im dritten Jahrzehnt der Einheit*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 33-34/2015*, 35 – 45.

Holtmann, E./ Jaeck, T. (2015b): *Sachsen-Anhalt Monitor 2015. Nichtwahl*, Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt.

Holtmann, E./ Jaeck, T. (2015c): *Sind wir ein Volk? Einstellungsmuster und Erwartungshaltungen in Ost- und Westdeutschland seit dem Einigungsjahr*. In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis (BWP)*, 44, H 5/ 2015, 8 – 12.

Holtmann, E. (2016): *Auf dem Weg zur gefestigten Demokratie. Die politische Kultur im Land Sachsen-Anhalt*. In: *Werz, Nikolaus / Koschkar, Martin (Hrsg.)*, *Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Aspekte*, Wiesbaden, 235 – 255.

- Holtmann, E./ Völkl, K. (2016): Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 13. März 2016: Eingetrübte Grundstimmung, umgeschichtete Machtverhältnisse. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Heft 3/ 2016, S. 497 – 517.*
- Holz, K. (2005): Neuer Antisemitismus? – Wandel und Kontinuität der Judenfeindschaft, In: BMI (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Judenfeindschaft im politischen Extremismus und im öffentlichen Diskurs, Berlin.*
- Jaeck, T. (2016): Der Südpark ist kein Ghetto. In: Mitteldeutsche Zeitung (MZ), Nr. 219.*
- Ketzmerick, T (2015): Willkommen. Migrationsatlas Sachsen-Anhalt 2015.*
- Landeszentrale für politische Bildung (2012): Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt. Magdeburg.*
- Landeszentrale für politische Bildung (2016): Bericht zur Umsetzung des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit von 2012 bis 2015. Magdeburg.*
- Ministerium des Innern (2001 -2010): Verfassungsschutzberichte des Landes Sachsen-Anhalt. Magdeburg.*
- Ministerium für Inneres und Sport (2011-2015): Verfassungsschutzberichte des Landes Sachsen-Anhalt. Magdeburg.*
- Robin, M. (1947): The Reduction of Intergroup Tensions. A Survey of Research on Problems of Ethnic, Racial and Religious Group Relations. New York.*
- Siegert, A./ Ketzmerick, T./ Ohliger, R. (2015): Menschen gewinnen, Migration ermöglichen, demografischen Wandel in Sachsen-Anhalt gestalten. Handbuch. Forschungsberichte aus dem zsh 15-02, Halle (Saale).*
- Steppat, T. (2017): Rechtsextreme Hipster In: F.A.Z. 31.01.2017. Frankfurt a. Main.*
- Stöss, R. (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin*
- Zick, A./ Klein, A. (2014): Fragile Mitte- Feindselige Zustände, Bonn.*
- Zick, A./ Küpper, B./ Krause, D. (2016): Gespaltene Mitte- Feindselige Zustände, Bonn.*

4 Ihre Ansprechpartner im ZSH

Prof. Dr. Everhard Holtmann

Forschungsdirektor

Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. an der Martin-Luther-Universität Halle-
Wittenberg

Großer Berlin 14

06108 Halle (Saale)

Tel.: 0345-96396 00

Fax.: 0355-96396 01

E-Mail: everhard.holtmann@zsh.uni-halle.de

Dipl.-Soz. Tobias Jaeck

Tel.: 0345-96396 17

Fax.: 0355-96396 01

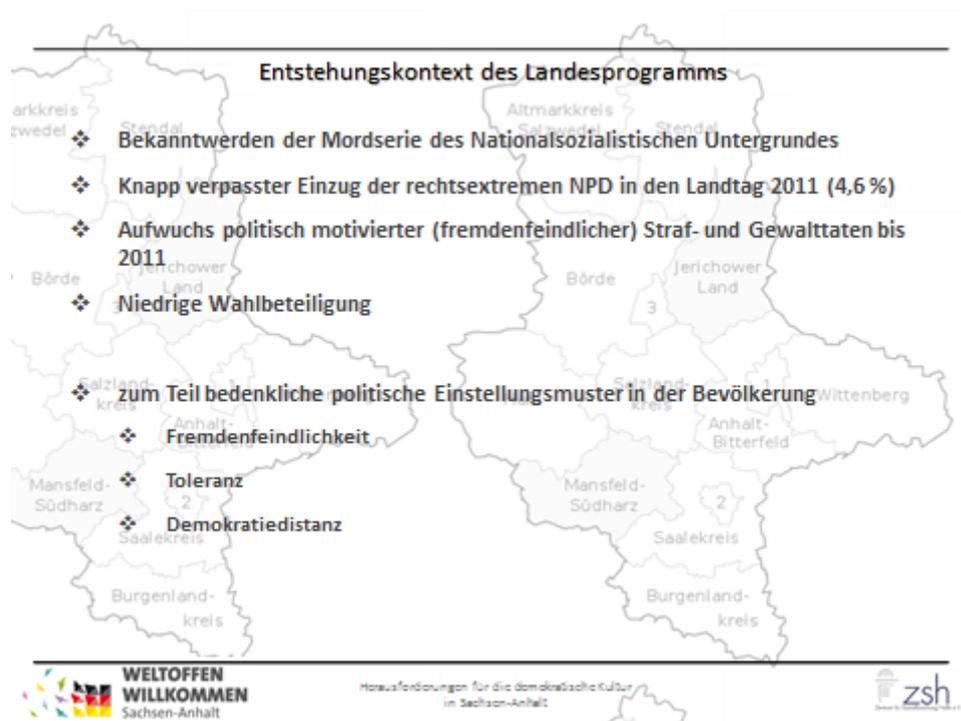
E-Mail: tobias.jaeck@zsh.uni-halle.de

Anhänge

Anhang 1 Präsentation auf der Fachtagung vom 29. November 2016 (29 Folien).



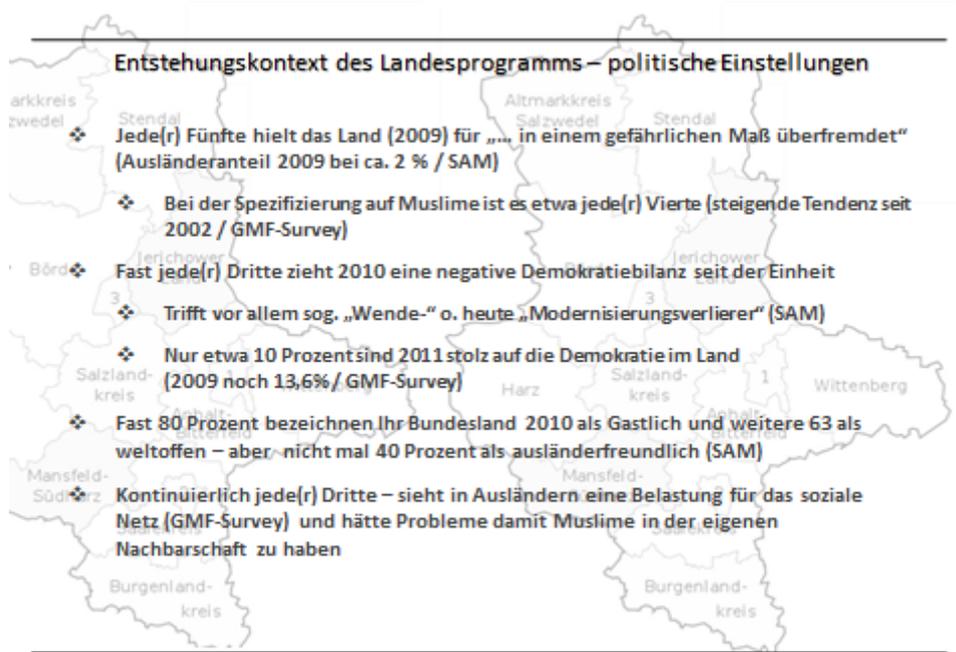
LANDESPROGRAMM FÜR DEMOKRATIE, VIELFALT UND WELTOFFENHEIT
 29. NOVEMBER – MINISTERIUM FÜR ARBEIT, SOZIALES UND INTEGRATION
MAGDEBURG
Herausforderungen für die demokratische Kultur in Sachsen-Anhalt
 Ergebnisse aus der wissenschaftlichen Forschung
 EVERHARD HOLTSMANN
 TOBIAS JAECK

Entstehungskontext des Landesprogramms
 ❖ Bekanntwerden der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrundes
 ❖ Knapp verpasster Einzug der rechtsextremen NPD in den Landtag 2011 (4,6%)
 ❖ Aufwuchs politisch motivierter (fremdenfeindlicher) Straf- und Gewalttaten bis 2011
 ❖ Niedrige Wahlbeteiligung
 ❖ zum Teil bedenkliche politische Einstellungsmuster in der Bevölkerung
 ❖ Fremdenfeindlichkeit
 ❖ Toleranz
 ❖ Demokratiedistanz



Entstehungskontext des Landesprogramms – politische Einstellungen



- ❖ Jede(r) Fünfte hielt das Land (2009) für „... in einem gefährlichen Maß überfremdet“ (Ausländeranteil 2009 bei ca. 2 % / SAM)
- ❖ Bei der Spezifizierung auf Muslime ist es etwa jede(r) Vierte (steigende Tendenz seit 2002 / GMF-Survey)
- ❖ Fast jede(r) Dritte zieht 2010 eine negative Demokratiebilanz seit der Einheit
- ❖ Trifft vor allem sog. „Wende-“ o. heute „Modernisierungsverlierer“ (SAM)
- ❖ Nur etwa 10 Prozent sind 2011 stolz auf die Demokratie im Land (2009 noch 13,6% / GMF-Survey)
- ❖ Fast 80 Prozent bezeichnen ihr Bundesland 2010 als gastlich und weitere 63 als weltoffen – aber nicht mal 40 Prozent als ausländerfreundlich (SAM)
- ❖ Kontinuierlich jede(r) Dritte – sieht in Ausländern eine Belastung für das soziale Netz (GMF-Survey) und hätte Probleme damit Muslime in der eigenen Nachbarschaft zu haben

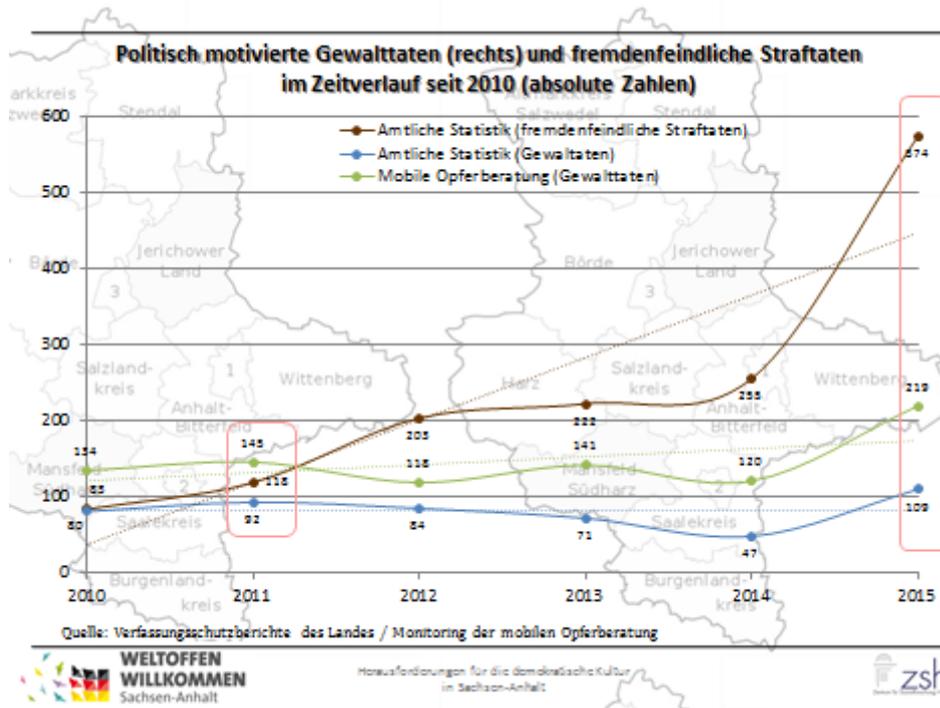
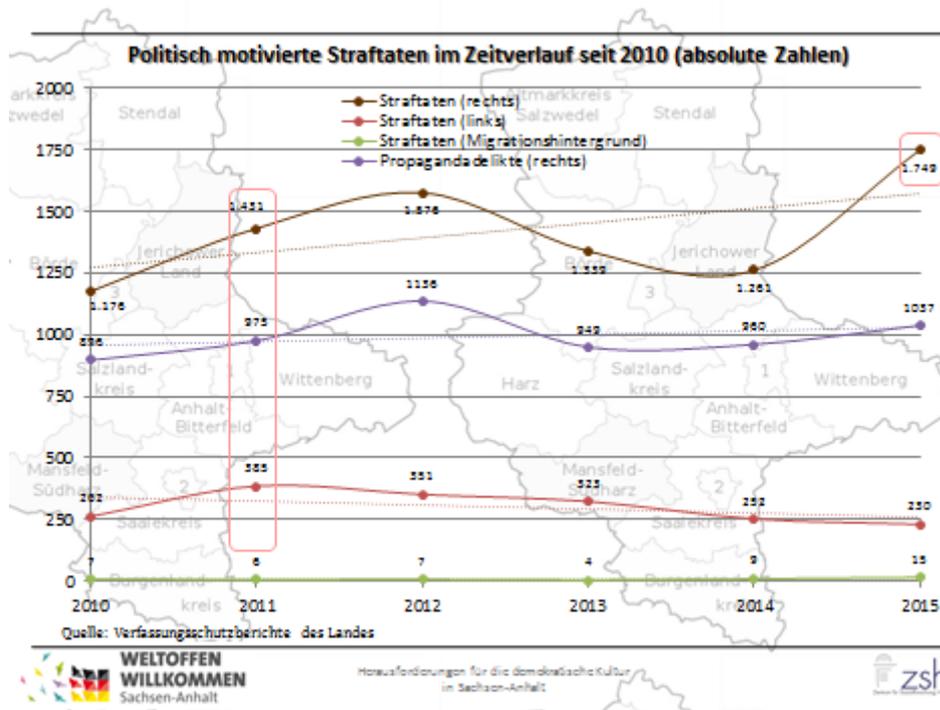

 Hausauftragungen für die demokratische Kultur in Sachsen-Anhalt
 

Aktueller Kontext – Neu- bzw. (Nach-)Justierung des Landesprogramms



- ❖ Ungleich höherer Aufwuchs politisch motivierter (fremdenfeindlicher) Straf- und Gewalttaten bis 2015 (Verlaufdiagramme)
- ❖ Hoher Erfolg rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien mit zuwanderungsfeindlichem und patriotistischem Motivationshintergrund
- ❖ Seit 2011 gänzlich veränderte Flüchtlingssituation, durch Anstieg der Flüchtlingszahlen und damit verbundene Zuwanderung
- ❖ 70 Prozent sprachen sich 2014 für eine Zuwanderung Schutzsuchender aus umgekehrt bei so genannten „Wirtschaftsflüchtlings“ (SAM)
- ❖ In einem fiktiven Referendum (vgl. Schweiz) haben sich 59 Prozent für eine Begrenzung von Zuwanderung ausgesprochen (SAM)
- ❖ Etwa 40 Prozent halten die hier lebenden Ausländer für gut integriert (Ausländeranteil im Sommer 2015 ca. 3 %)


 Hausauftragungen für die demokratische Kultur in Sachsen-Anhalt
 



Rechtsextremismus & Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als theoretische Konstrukte

verbindendes Kennzeichen **Ungleichwertigkeitsvorstellungen gegenüber „Anderen“**

❖ **Konsensusdefinition (Rechtsextremismus)**

Politische Dimension

- ❖ Affinität/Befürwortung einer Diktatur
- ❖ Nationalistische, patriotische, chauvinistische Einstellungen
- ❖ Verharmlosung/Rechtfertigung Nationalsozialismus

Soziale Dimension

- ❖ Fremden- bzw. ausländerfeindliche, antisemitische und sozialdarwinistische Einstellungen

❖ **Wilhelm Heitmeyer 1992 (GMF)**

Weg vom Begriff des Rechtsextremismus:

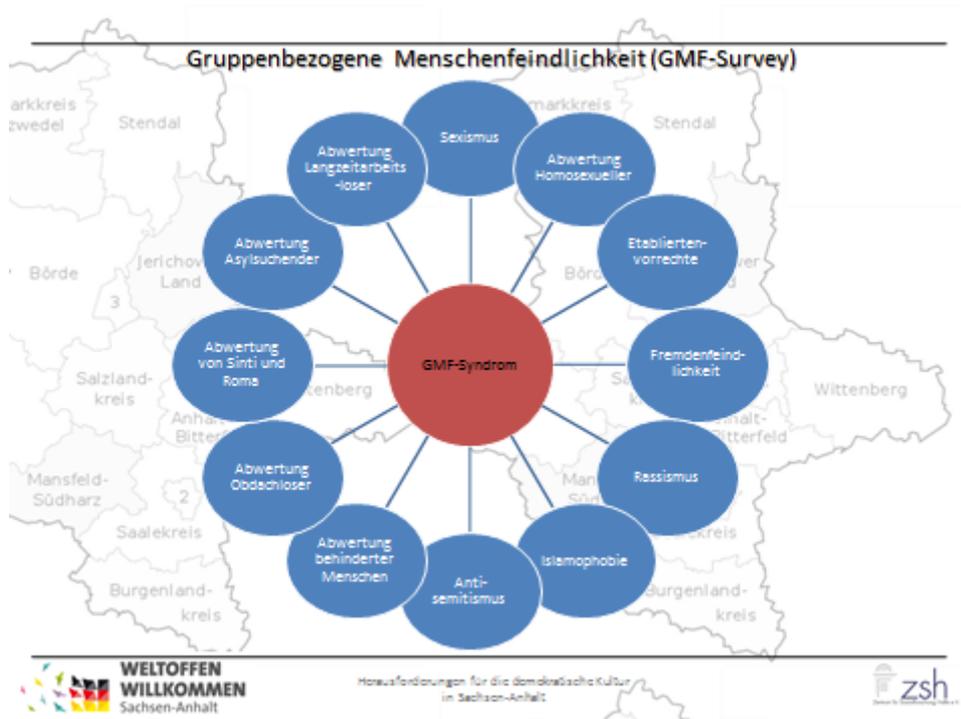
- ❖ Feindselige Mentalitäten und Ungleichwertigkeitsvorstellungen gegenüber verschiedenen gesellschaftlich „schwachen“ Gruppen
 - Rassismus
 - Fremdenfeindlichkeit
 - Antisemitismus
 - Homophobie
 - Abwertung von Obdachlosen, Behinderten und Langzeitarbeitslosen
 - **vermeintlich schwächeren Gruppen**



Hausauftragungen für die demokratische Kultur in Sachsen-Anhalt



Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF-Survey)





Hausauftragungen für die demokratische Kultur in Sachsen-Anhalt



Sekundärdaten – Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF-Survey-2014) (Nennungen „stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“ in Prozent)

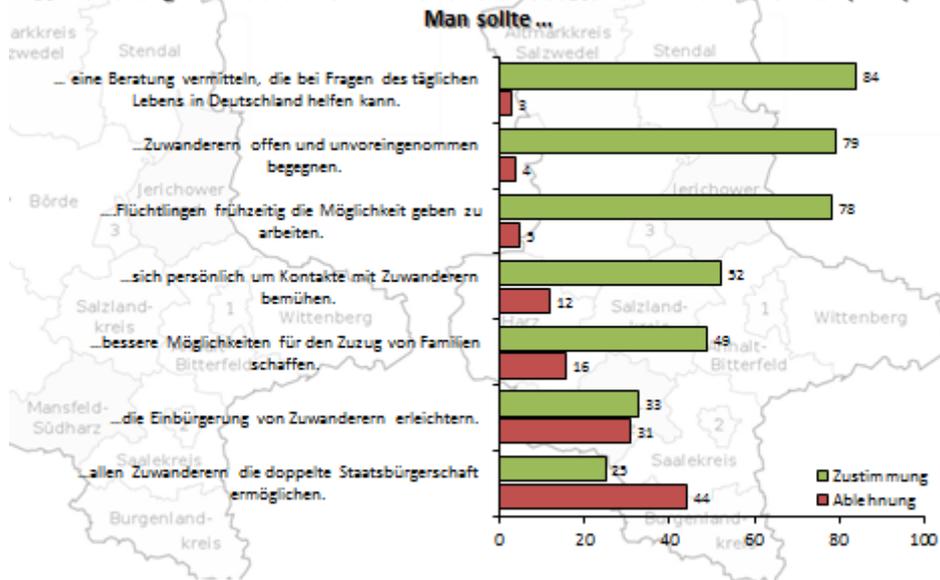
	Gesamt Ø	Gebiet		Alter			Schichtzugehörigkeit			Politische Selbstverortung		
		Ost	West	16 bis 30	31 bis 60	Über 60	Unten	Mitte	Oben	Links	Mitte	Rechts
Abwertung langzeitarbeitsloser	47,8	55,4	46,3	57,6	43,2	49	48	47,7	49,3	30,8	51,2	63
Fremdenfeindlichkeit	20	26,9	18,2	20	15,4	27,3	37,5	18,3	20,9	7,1	19,8	40,4
Antisemitismus	8,5	11,6	7,8	6,3	5,5	14,4	18,5	7,6	9,7	4,1	8,6	15,2
Abwertung Behinderter	4,1	4	4	2,6	3,9	5,7	2,3	4	7,8	1,1	4	11,7
Sexismus	10,8	10,2	10,9	11,2	5,7	18,7	21,7	9,6	13,2	4,2	10,2	22,3
Abwertung Obdachloser	18,7	22,9	17,1	16,2	15,2	25,6	24,5	18,2	18,7	9,5	20	24,5
Abwertung Asylsuchender	44,3	52,8	42,4	45,5	41,5	48	55,2	43,5	43,5	26,1	47,7	59,5
Abwertung von Sinti und Roma	26,6	35,1	24,5	20,9	25,6	32	32	26,1	27,8	18,6	26,5	42,6
Islamfeindlichkeit (Islamophobie)	17,5	23,5	16	20	14,2	21,3	27,1	16,1	22,1	7,7	17,9	32,3
GMF- Gesamt-Ø	21,4	25,9	20,3	21,3	18	27	28,8	20,6	23	11,9	22,1	33,6



Horisuforderungen für die demokratische Kultur
in Sachsen-Anhalt

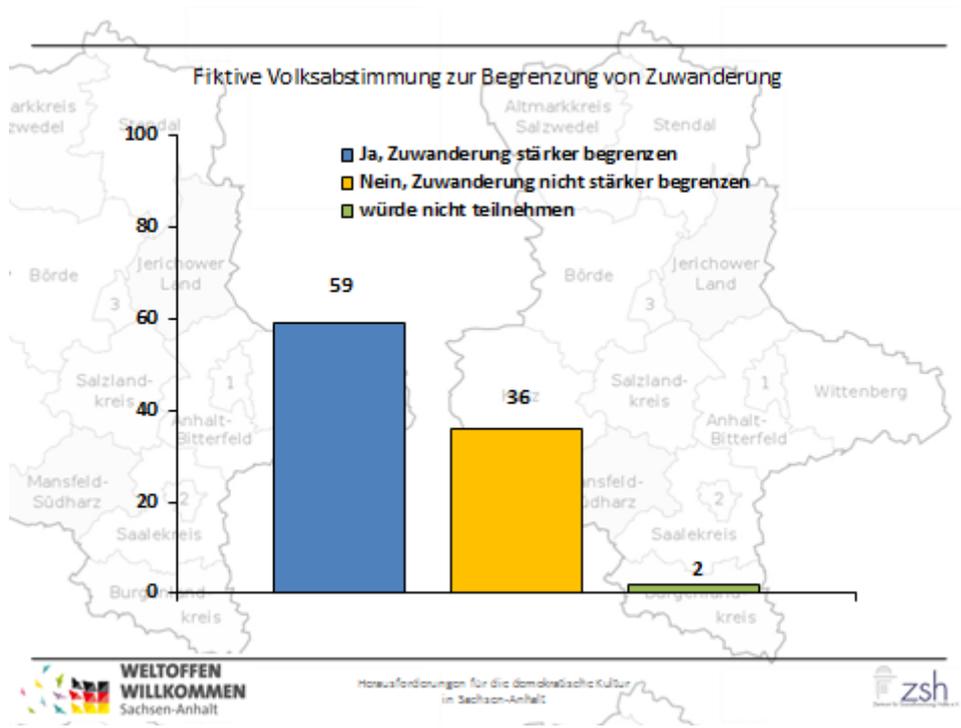
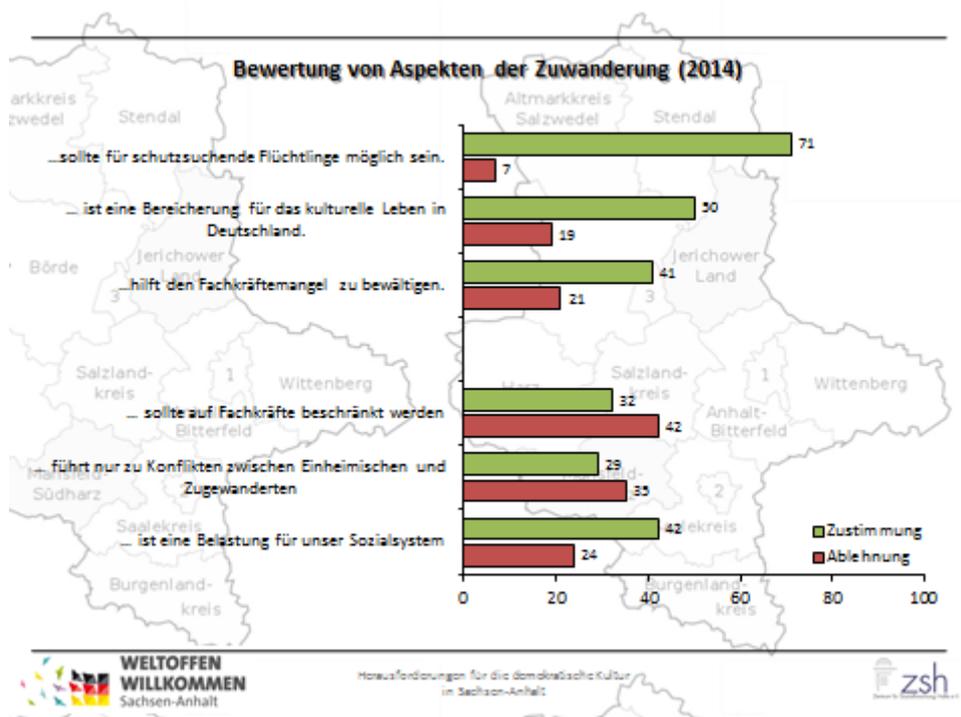


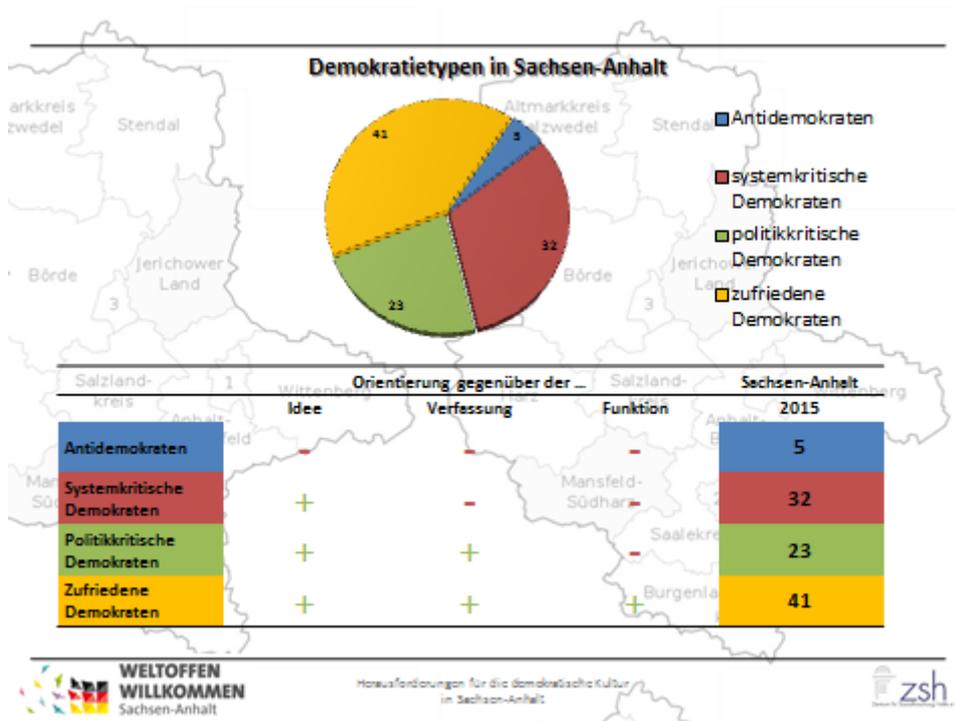
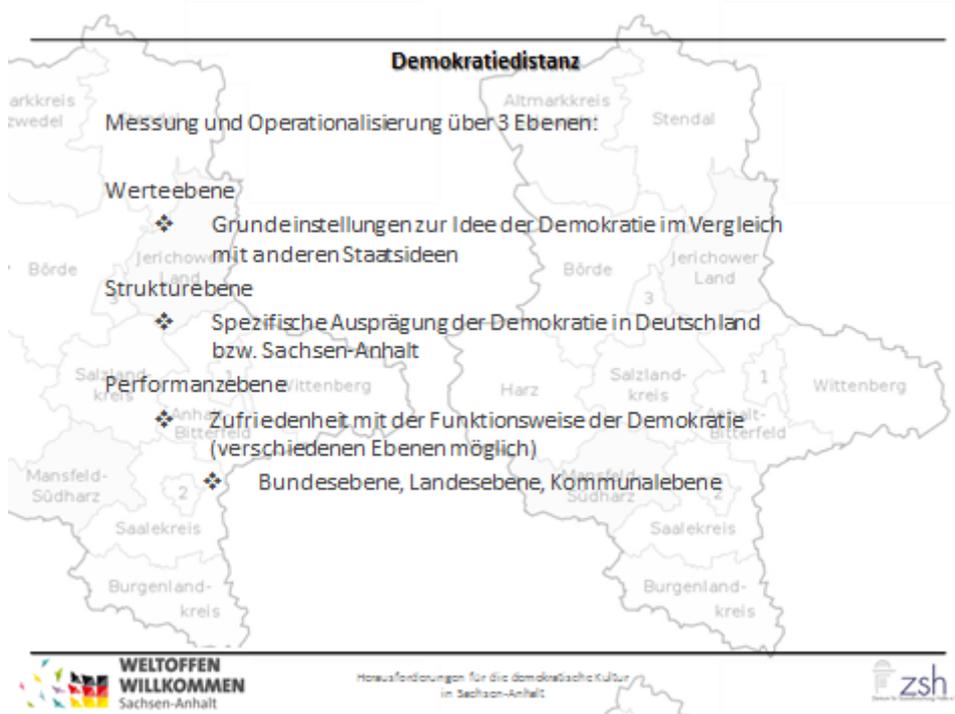
Bewertung von Maßnahmen und Verhaltensweisen einer Willkommenskultur (2014)

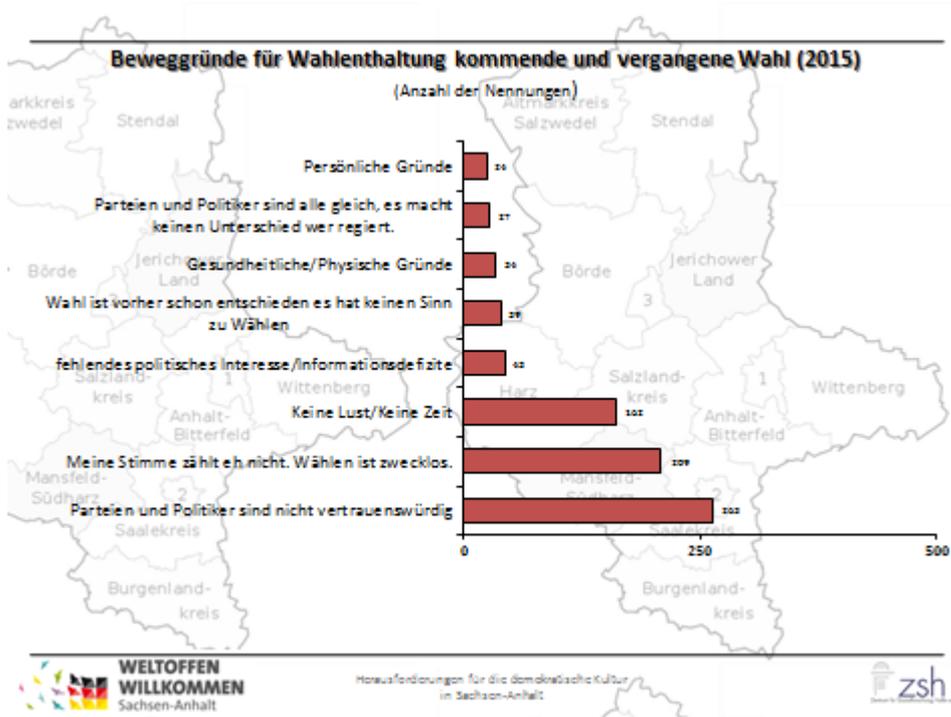
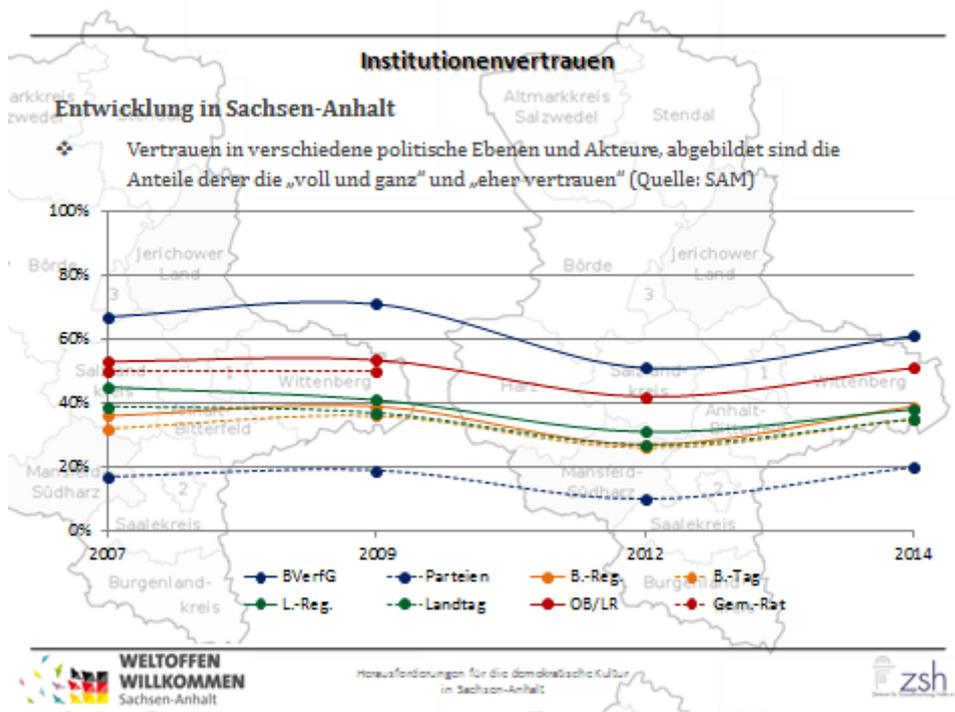


Horisuforderungen für die demokratische Kultur
in Sachsen-Anhalt









Den Parteien zugeschriebene Lösungskompetenzen I

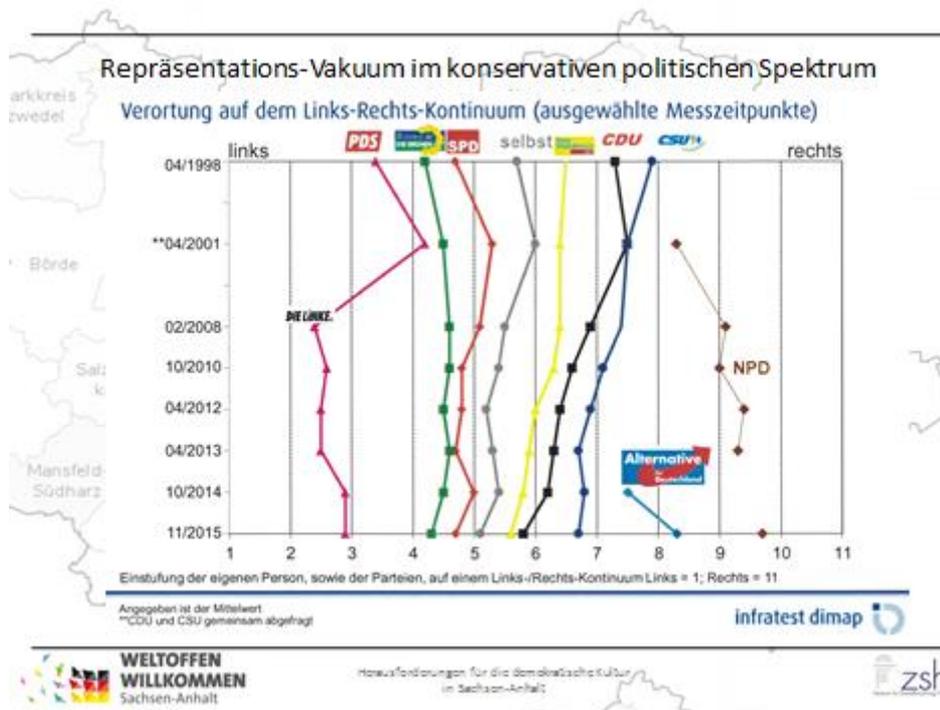
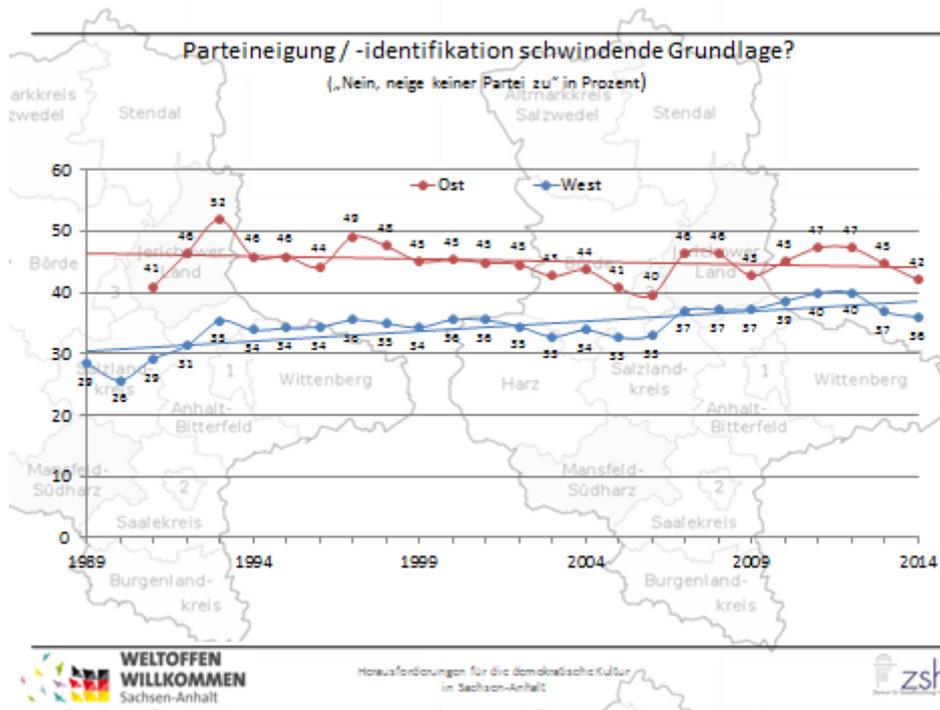
	2016	2011	CDU	Linke	SPD	Grüne	FDP	AFD	Keine Partei/Weiß nicht
Die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt voranbringen	48	43	6	6	14	1	5	5	19
Eine gute Haushalts- und Finanzpolitik betreiben	46	30	8	5	17	1	2	3	20
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	43	36	8	9	17	1	4	3	21
Eine Gute Verkehrspolitik betreiben	41	37	5	4	19	5	2	2	23
Kriminalität und Verbrechen in Sachsen-Anhalt bekämpfen	35		7		12	2	1	11	28
Die Abwanderung aus Sachsen-Anhalt stoppen	32	26	9	11	13	2	3	6	33

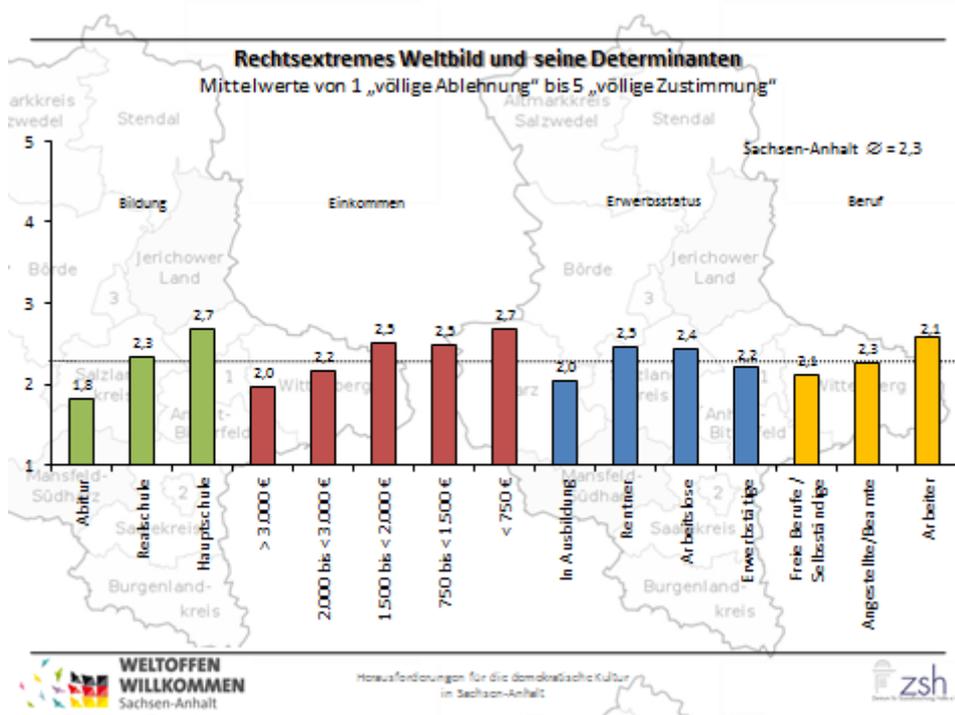
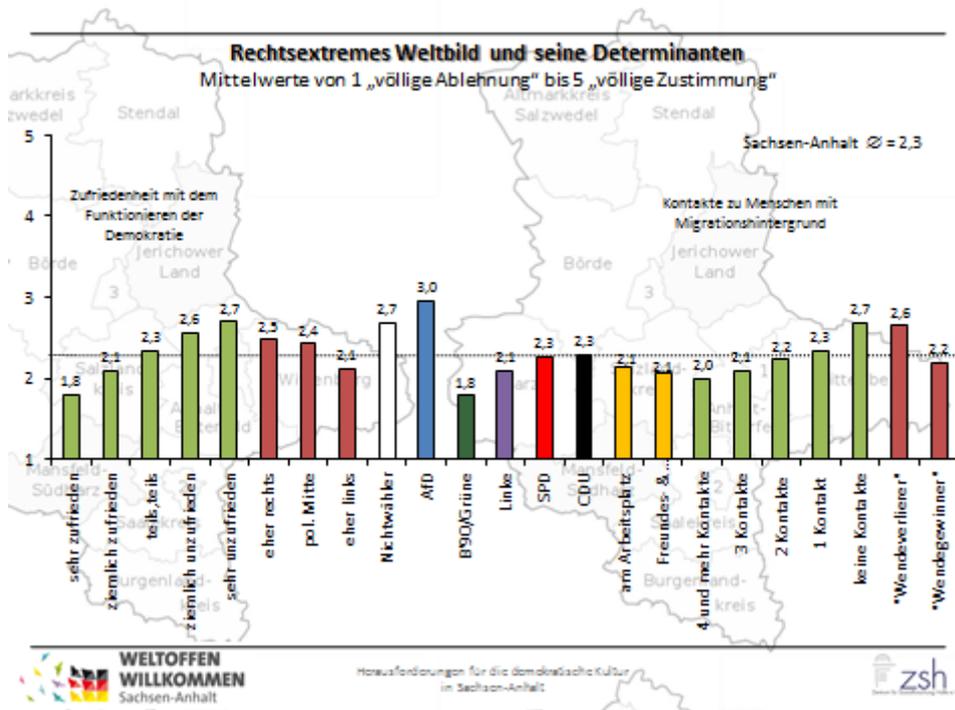
Quelle: Infratest dimap März, 2016

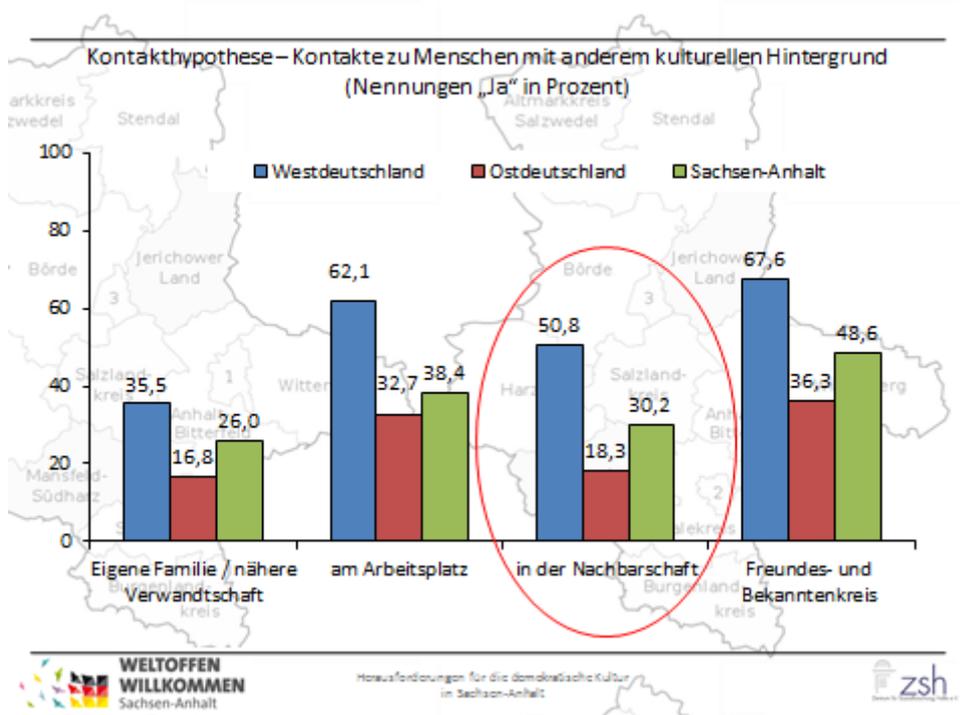
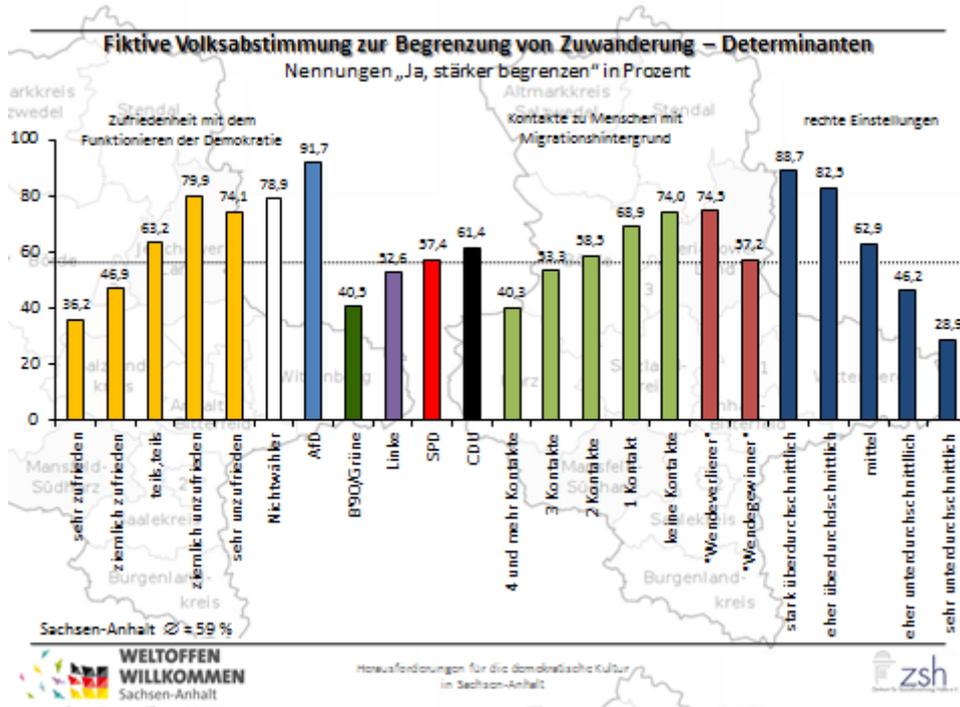
Den Parteien zugeschriebene Lösungskompetenzen II

	2016	2011	CDU	Linke	SPD	Grüne	FDP	AFD	Keine Partei/Weiß nicht
Die Flüchtlingssituation in den Griff bekommen	30		6		9	3	1	13	35
Eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	27	26	20	18	22	4	3	4	18
Für eine gute Familienpolitik und Kinderbetreuung sorgen	24	22	21	24	28	5	2	5	13
Eine gute Umweltpolitik betreiben	20	14	6	6	10	44	1	2	14
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	19	19	25	27	26	3	2	8	15
Die wichtigsten Aufgaben in Sachsen-Anhalt lösen	40	33	9	11	14	3	2	7	23

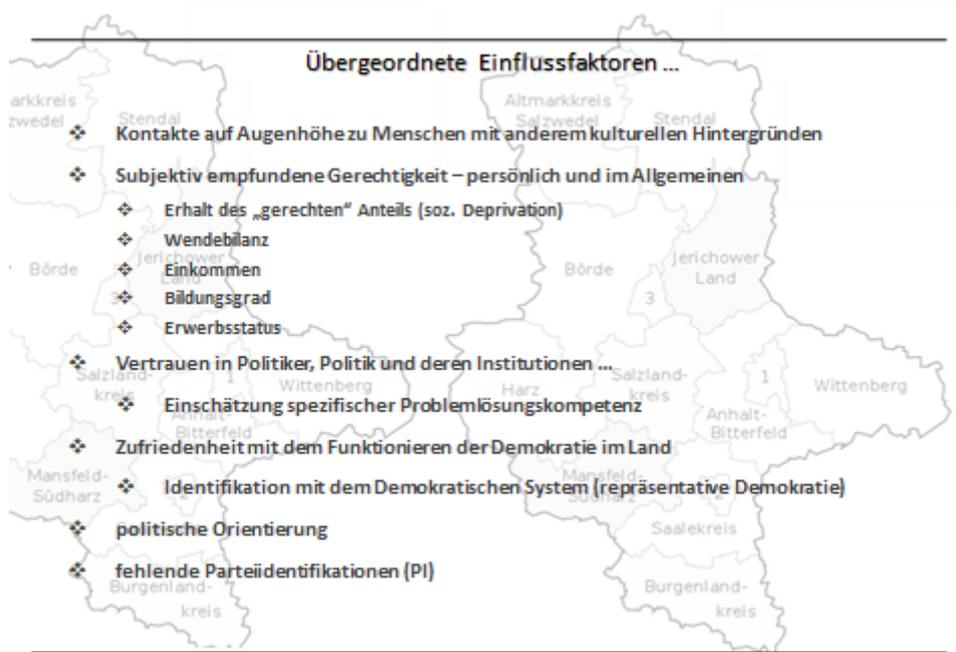
Quelle: Infratest dimap März, 2016







Übergeordnete Einflussfaktoren ...



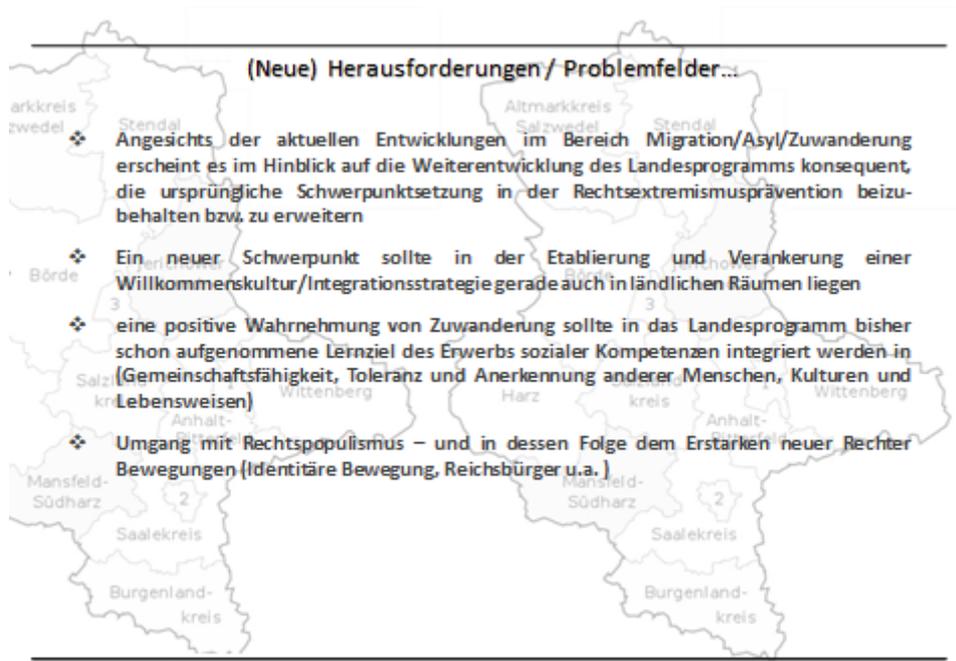
- ❖ Kontakte auf Augenhöhe zu Menschen mit anderem kulturellen Hintergründen
- ❖ Subjektiv empfundene Gerechtigkeit – persönlich und im Allgemeinen
 - ❖ Erhalt des „gerechten“ Anteils (soz. Deprivation)
 - ❖ Wendebilanz
 - ❖ Einkommen
 - ❖ Bildungsgrad
 - ❖ Erwerbsstatus
- ❖ Vertrauen in Politiker, Politik und deren Institutionen ...
 - ❖ Einschätzung spezifischer Problemlösungskompetenz
- ❖ Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im Land
- ❖ Identifikation mit dem Demokratischen System (repräsentative Demokratie)
- ❖ politische Orientierung
- ❖ fehlende Parteiidentifikationen (PI)


WELTOFFEN WILLKOMMEN
 Sachsen-Anhalt

Herausforderungen für die demokratische Kultur in Sachsen-Anhalt



(Neue) Herausforderungen / Problemfelder...



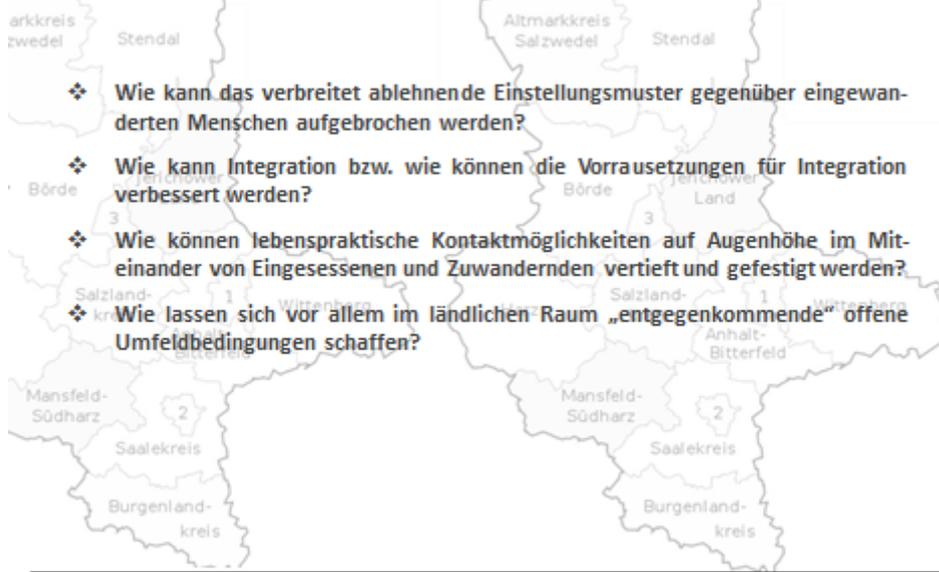
- ❖ Angesichts der aktuellen Entwicklungen im Bereich Migration/Asyl/Zuwanderung erscheint es im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Landesprogramms konsequent, die ursprüngliche Schwerpunktsetzung in der Rechtsextremismusprävention beizubehalten bzw. zu erweitern
- ❖ Ein neuer Schwerpunkt sollte in der Etablierung und Verankerung einer Willkommenskultur/Integrationsstrategie gerade auch in ländlichen Räumen liegen
- ❖ eine positive Wahrnehmung von Zuwanderung sollte in das Landesprogramm bisher schon aufgenommene Lernziel des Erwerbs sozialer Kompetenzen integriert werden in (Gemeinschaftsfähigkeit, Toleranz und Anerkennung anderer Menschen, Kulturen und Lebensweisen)
- ❖ Umgang mit Rechtspopulismus – und in dessen Folge dem Erstarben neuer Rechter Bewegungen (Identitäre Bewegung, Reichsbürger u.a.)


WELTOFFEN WILLKOMMEN
 Sachsen-Anhalt

Herausforderungen für die demokratische Kultur in Sachsen-Anhalt



(Neue) Herausforderungen ... 4 Fragestellungen zur (Neu-)Ausrichtung des Programms



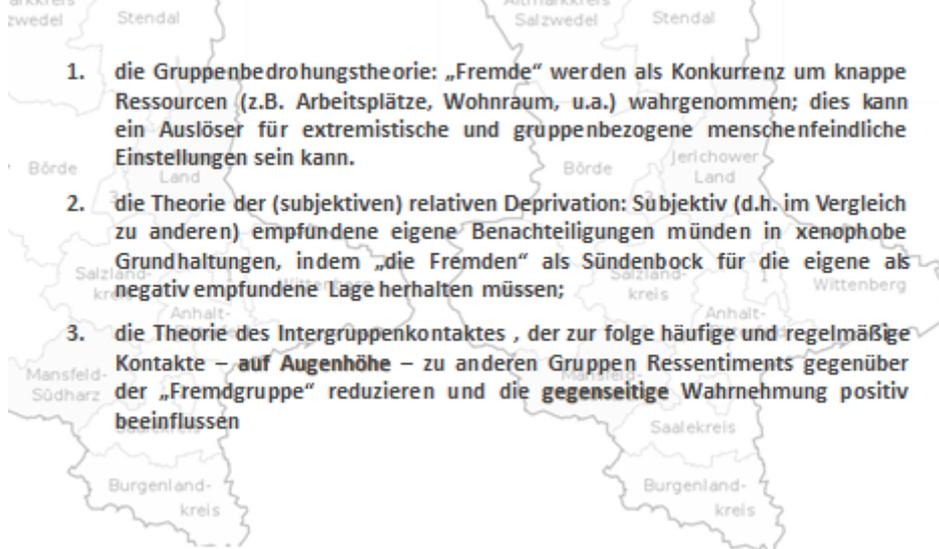
- ❖ **Wie kann das verbreitete ablehnende Einstellungsmuster gegenüber eingewanderten Menschen aufgebrochen werden?**
- ❖ **Wie kann Integration bzw. wie können die Voraussetzungen für Integration verbessert werden?**
- ❖ **Wie können lebenspraktische Kontaktmöglichkeiten auf Augenhöhe im Miteinander von Eingewanderten und Zuwandernden vertieft und gefestigt werden?**
- ❖ **Wie lassen sich vor allem im ländlichen Raum „entgegenkommende“ offene Umfeldbedingungen schaffen?**



Herausforderungen für die demokratische Kultur in Sachsen-Anhalt



Theoretischer Analyse-Rahmen zur Identifizierung von Einflussfaktoren und Handlungsschwerpunkten



1. **die Gruppenbedrohungstheorie: „Fremde“ werden als Konkurrenz um knappe Ressourcen (z.B. Arbeitsplätze, Wohnraum, u.a.) wahrgenommen; dies kann ein Auslöser für extremistische und gruppenbezogene menschenfeindliche Einstellungen sein kann.**
2. **die Theorie der (subjektiven) relativen Deprivation: Subjektiv (d.h. im Vergleich zu anderen) empfundene eigene Benachteiligungen münden in xenophobe Grundhaltungen, indem „die Fremden“ als Sündenbock für die eigene als negativ empfundene Lage herhalten müssen;**
3. **die Theorie des Intergruppenkontaktes, der zur Folge häufige und regelmäßige Kontakte – auf Augenhöhe – zu anderen Gruppen Ressentiments gegenüber der „Fremdgruppe“ reduzieren und die gegenseitige Wahrnehmung positiv beeinflussen**



Herausforderungen für die demokratische Kultur in Sachsen-Anhalt





Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Wir freuen uns auf Ihre Fragen.

Zentrum für Sozialforschung Halle e.V.
Großer Berlin 14
06108 Halle/Saale

www.zsh-online.de

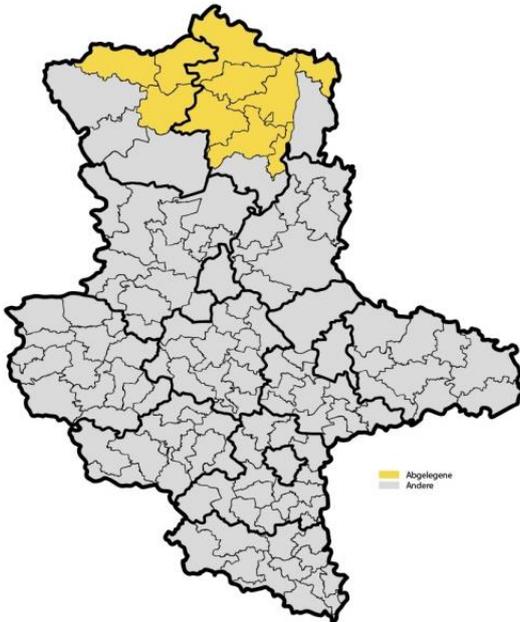
 **WELTOFFEN
WILLKOMMEN**
Sachsen-Anhalt

Hausförderungen für die dörfliche Kultur
in Sachsen-Anhalt

 zsh

Anhang 2 Umfeldbedingungen und Potentiale für Engagementförderung und Demokratiebildung in „abgelegenen Gemeinden“ Sachsen-Anhalts – exemplarische Skizze für lokale Pilotvorhaben*

Abbildung 29 Abgelegene Gemeinden

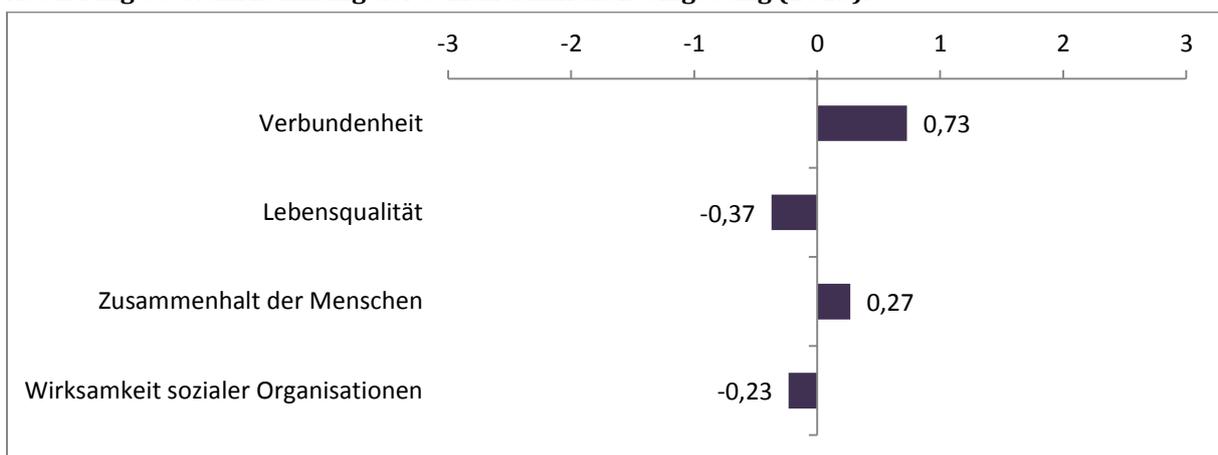


Insgesamt zehn der Gemeinden Sachsen-Anhalts können zu den „abgelegenen Gemeinden“ gezählt werden. Fünf der zehn Gemeinden wurden in der Stichprobe berücksichtigt. 8,7 Prozent der Befragten wohnen in abgelegenen Gemeinden.

Dieses Cluster ist deutlich regional konzentriert: Alle zugehörigen Gemeinden liegen im Norden Sachsen-Anhalts, entweder im Altmarkkreis oder im Landkreis Stendal.

Strukturelle Rahmendaten: überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit – geringe Einwohnerdichte – unterdurchschnittliche Steuerkraft – durchschnittliche Wahlbeteiligung – unterdurchschnittliche Überalterung

Abbildung 30 Wahrnehmung der sozialräumlichen Umgebung (2013):

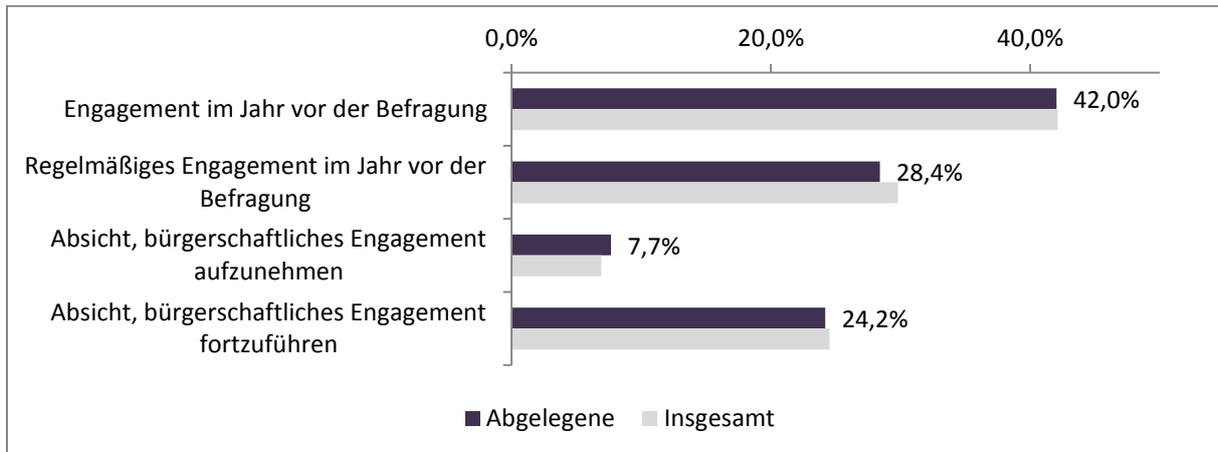


* Bitte beachten: Die folgenden Auszüge aus dem noch nicht veröffentlichten Projektbericht dienen nur zur internen Information und sind für Weitergabe oder Zitierung nicht freigegeben.

Im Vergleich zu den anderen Gemeindetypen wird von den Bewohner*innen abgelegener Gemeinden die Verbundenheit am höchsten eingeschätzt. Die Wirksamkeit sozialer Organisationen wird hier andererseits am schlechtesten bewertet (Abbildung 30).

Bürgerschaftliches Engagement

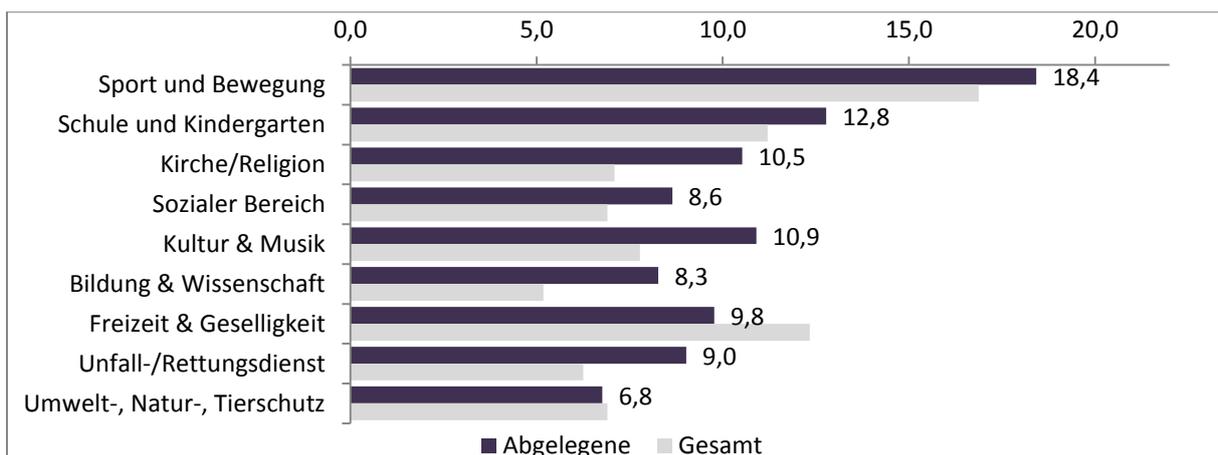
Abbildung 31 Bürgerschaftliches Engagement in abgelegenen Gemeinden Sachsen-Anhalts 2013



Das bürgerschaftliche Engagement weicht in abgelegenen Gemeinden nicht wesentlich vom Durchschnitt der Gesamtstichprobe ab. 42 Prozent haben sich im letzten Jahr bürgerschaftlich engagiert (Abbildung 31), etwa 28 Prozent der Bevölkerung hat dies regelmäßig, d. h. mindestens einmal im Monat getan. Etwa ein Viertel der Bevölkerung hat die Absicht, bürgerschaftliches Engagement fortzuführen. Hinzu kommen knapp 8 Prozent, die beabsichtigen, ein bürgerschaftliches Engagement aufzunehmen.

Die Verteilung der Formen bürgerschaftlichen Engagements unterscheidet sich z.T. vom Durchschnitt Sachsen-Anhalts (Abbildung 32).

Abbildung 32 Formen bürgerschaftlichen Engagements in abgelegenen Gemeinden Sachsen-Anhalts 2013



Quelle: ZSH-Bürgerumfrage Sachsen-Anhalt 2013

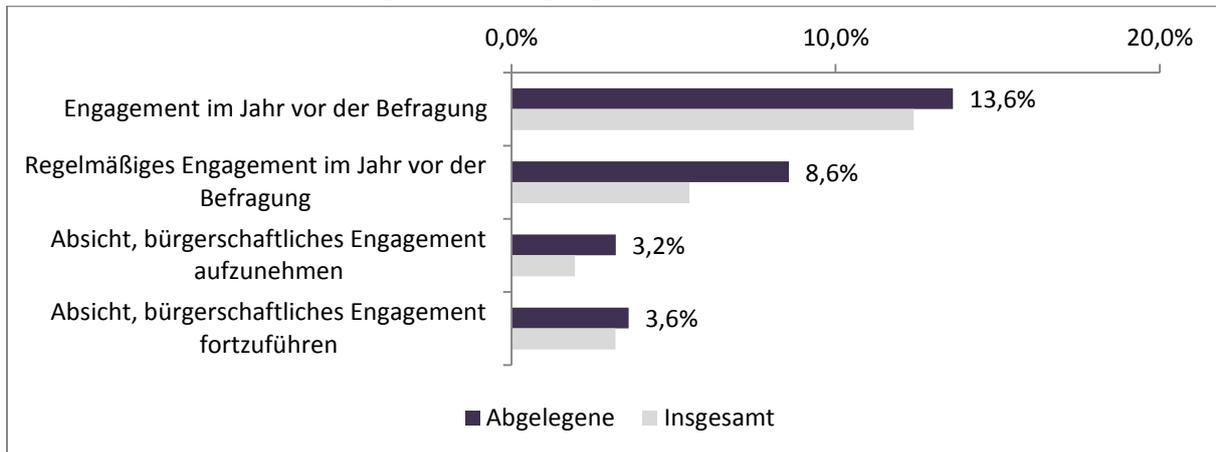
Bürgerschaftliches Engagement findet in abgelegenen Gemeinden häufiger als im gesamten Bundesland in den Bereichen Kultur und Musik (hierzu gehören z. B. Theater-, Musik- und Gesangsvereine und kulturelle Fördervereine), Kirche und Religion und Bildung und Wissenschaft (gemeint ist außerschulische Bildungsarbeit für Kinder oder Erwachsene) statt. Auch Engagement in Unfall- und Rettungsdiensten (wozu z. B. auch die Freiwillige Feuerwehr gehört) wird

häufiger angegeben. Etwas seltener ist hingegen das Engagement im Bereich von Freizeit und Geselligkeit (z. B. Kleingartenvereine, Seniorenvereine).

Politisches Engagement

In abgelegenen Gemeinden sind anteilig etwas mehr Personen politisch engagiert als in anderen Gemeinden Sachsen-Anhalts (Abbildung 33)

Abbildung 33 Politisches Engagement in abgelegenen Gemeinden Sachsen-Anhalts 2013



Quelle: ZSH-Bürgerumfrage Sachsen-Anhalt 2013

Vor allem der Anteil derer, die sich regelmäßig politisch engagieren, ist hier hoch. Die Formen, in denen sich die Bewohner*innen beteiligen, unterscheiden sich in der Rangfolge nicht vom Durchschnitt des Bundeslandes.

Herkömmliche Formen politischen Engagements (z.B. Parteimitgliedschaft oder Gemeinderatsmitgliedschaft) sowie Engagement im Bereich von Menschenrechten werden etwas häufiger als im Durchschnitt nachgefragt.

➔ *Bezug zum Landesprogramm Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit*

Die vorstehenden Daten zeigen u.E. exemplarisch einen Weg auf, wie lokale Umfeldbedingungen in Gestalt von Pilotvorhaben für die lokale Umsetzung eines ganzheitlich konzipierten Landesprogramms, das die Zielsetzungen von Demokratiebildung, Weltoffenheit und Extremismus-Abwehr miteinander verknüpft, fruchtbar gemacht werden können.

Anhang III Linksammlung

Überblick Rechtstextremismus und neue Rechte in Sachsen-Anhalt Monitoring des mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt

<http://www.beratungsnetzwerk-sachsen-anhalt.de/index.php/158-mbt-anhalt-bilanz-2015>

Allgemein

<http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/nachwuchs-fuer-die-rechte-szene--neonazis-erfinden-sich-neu-24214438>

<http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/jahresr%C3%BCckblick-2015-sachsen-anhalt-10802>

<http://www.mz-web.de/bitterfeld/extremismus-bitterfeld-im-ausnahmезustand-1158572-seite2>

http://beratungsnetzwerk-sachsen-anhalt.de/images/docs/Hintergrundinformationen/Informationen51_web.pdf

Identitäre Bewegung

<https://einprozent.de/wir-im-widerstand-kontrakultur-halle/>

<https://de-de.facebook.com/Kontrakultur-Halle-746224155503779/>

<http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/halle/identitaere-bewegung-kontrakultur-an-universitaet-100.html>

<http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/identitaere-bewegung-die-rechten-netzwerker-aus-halle-24858696>

<http://kontrakultur.info/>

<http://plus.faz.net/evr-editions/2017-02-01/42246/315527.html>

Institut für Staatspolitik

<http://staatspolitik.de/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Institut_f%C3%BCr_Staatspolitik

<https://de-de.facebook.com/institutfuerstaatspolitik/>

<https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/230002/es-geht-um-einfluss-auf-die-koepfe-das-institut-fuer-staatspolitik>

Junge Nationaldemokraten: Jugendorganisation der NPD

https://de.wikipedia.org/wiki/Junge_Nationaldemokraten

<http://aktion-widerstand.de/>

<http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/junge-nationaldemokraten-jn>

<http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/sind-die-jungen-nationaldemokraten-die-revolutionaere-speerspitze-der-npd>

<https://de-de.facebook.com/junge.nationalisten/>

Ring Nationaler Frauen (RNF): Unterorganisation der NPD für Frauen

<http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/ring-nationaler-frauen-rnf>

https://de.wikipedia.org/wiki/Ring_Nationaler_Frauen

<https://de-de.facebook.com/ring.nationaler.frauen/>

Brigade Halle

<https://www.facebook.com/Brigade-HalleSaale-532704823533358/>

<http://www.mz-web.de/halle-saale/verfassungsschutz-sachsen-anhalt--brigade-halle--unter-beobachtung-1177494>

<https://nonazisinhalle.wordpress.com/2015/06/08/informationen-zur-brigade-halle/>

<http://www.mz-web.de/halle-saale/-halle-gegen-rechts--80-demonstranten-in-der-silberhoehe-24293078>

http://www.deutschlandfunk.de/hooligan-aufmarsch-brigade-halle-heizt-stimmung-gegen-roma.1769.de.html?dram:article_id=305321

<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsextremismus/mehr-rechtsextreme-straftaten-in-sachsen-anhalt-13693419.html>

http://www.volksstimme.de/nachrichten/deutschland_und_welt/deutschland/1505828_Neonazis-erobern-die-Strasse.html

Freie Kameradschaften

https://de.wikipedia.org/wiki/Nationales_und_Soziales_Aktionsb%C3%BCndnis_Mitteldeutschland

https://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Kameradschaften

<https://logr.org/fndessau/>

<http://www.mz-web.de/bitterfeld/rechtsextreme-straftaten-zunahme-rechter-gewalt-in-bitterfeld-wolfen-22298652>

<https://www.facebook.com/NKA-Nationales-Kollektiv-Anhalt-369474169909763/>

Europäische Aktion

<https://www.facebook.com/Europ%C3%A4ische-Aktion-Sachsen-Anhalt-1579202242356426/>

<http://harzinfo.blogspot.de/2015/09/25/aufmarsch-der-europaeischen-aktion-in-quedlinburg/>

<https://s3.kleine-anfragen.de/ka-prod/st/6/4038.pdf>

Die Unsterblichen

<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/132732/neonazis-hinter-weissen-masken>

<http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/-die-unsterblichen--neonazis-ziehen-gespenstisch-durch-die-staedte-7056790>

<http://www.mz-web.de/weissenfels/-die-unsterblichen--maskierte-neonazis-ziehen-durch-weissenfels-1735294>

<http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2016-06/37663005-mitteldeutsche-zeitung-verfassungsschutz-neonazis-in-sachsen-anhalt-erfinden-sich-neu-007.htm>

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/088/1708888.pdf>

<http://www.mz-web.de/sangerhausen/tradition-die-unsterblichen-in-hettstedt-6773586>

<http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/der-jahresueckblick-2012-aus-sachsen-anhalt-8347>

Hooligans gegen Salafisten (HOGESA)

https://de.wikipedia.org/wiki/Hooligans_gegen_Salafisten

http://www.focus.de/politik/deutschland/hogesa-demo-hooligans-in-magdeburg_id_5423610.html

<http://www.netz-gegen-nazis.de/beitrag/factsheet-und-zeitleiste-hogesa-hooligans-gegen-salafisten-9896>

http://www.volksstimme.de/nachrichten/sachsen_anhalt/1376853_HoGeSa-kuendigt-Demo-in-Halle-an.html

<http://www.mz-web.de/magdeburg/demos-in-magdeburg-300-menschen-demonstrieren-gegen-hogesa-ableger--23853700>

„Blue White Street Elite“

http://www.focus.de/regional/magdeburg/kriminalitaet-minister-neue-erkenntnisse-fuer-verbot-von-fussballfan-gruppe-noetig_id_4383006.html

https://de.wikipedia.org/wiki/Blue_White_Street_Elite

http://www.focus.de/regional/magdeburg/kriminalitaet-rechtsextreme-stuermentanzflaeche-in-diskotheek-zwei-verletzte_id_4381488.html

<http://www.netz-gegen-nazis.de/beitrag/kein-fussball-den-faschisten-fsa-beantragt-ausschluss-vom-fc-ostelbien-dornburg-10556>

<http://www.netz-gegen-nazis.de/beitrag/kein-fussball-den-faschisten-fsa-beantragt-ausschluss-vom-fc-ostelbien-dornburg-10556>

<http://www.netz-gegen-nazis.de/beitrag/braun-statt-bunt-rechtsextreme-hooligans-randalieren-magdeburg-und-bei-fussballspiel-9956>

<http://www.volksstimme.de/lokal/burg/pruegelattacke-ex-ostelbier-zu-geldstrafe-verurteilt>

Initiative gegen das Vergessen – Trauermarsch 16. Januar

https://bgrmagdeburg.files.wordpress.com/2016/01/160115-bgr-miteinanderev-md-im-januar_auf12_web1.pdf

http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/01/13/trauermarsch-in-magdeburg-same-procedure-as-every-year_14695

<https://logr.org/kryptonit/2015/01/18/magdeburg-ehrt-bombenopfer-mit-schweigemarsch/#more-171>

<http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/demonstrationen-1/artikel/magdeburg-wird-der-trauermarsch-zum-trauermarsch.html>

<http://www.rechte-sachsen-anhalt.com/2033-2/>

MAGIDA

„In Magdeburg fanden seit Januar Aufmärsche unter dem Label „MAGIDA“ statt. Die Organisator_innen sehen sich als Teil der in den Medien oft euphemistisch als „islamkritisch“ beschriebenen „PEGIDA-Bewegung“. Tatsächlich handelt es sich hier um Neonaziaufmärsche: Nicht nur regionale Nazikader treten als Organisator_innen und Teilnehmer_innen auf, auch Neonazis verschiedenster Strömungen aus dem gesamten Bundesgebiet sind gern gesehene Gäste.“ (Miteinander e.V. (2015): Rassistische Mobilisierungen. miteinander thema. S.4.

<http://beratungsnetzwerk-sachsen-anhalt.de/images/docs/Hintergrundinformationen/miteinanderthema1-RassistischeMobilisierungen.pdf>

Honour & Pride

<http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp6/drs/d2119dak.pdf>

Sachsen-Anhalt gegen Asylmissbrauch

<https://www.facebook.com/Sachsen-Anhalt-gegen-Asylmissbrauch-958280584206006/>

„Nein zum Heim“-Gruppen

https://www.facebook.com/Nein-zum-Heim-in-Gardelegen-613707562028289/?hc_ref=PAGES_TIMELINE&fref=nf

<https://www.facebook.com/Nein-zum-Heim-in-Quedlinburg-1508103319481107/>

<https://de-de.facebook.com/Nein-zum-Heim-in-Thale-947925705287304/>

<https://www.facebook.com/Nein-zum-Heim-in-Wernigerode-1488256558162693/>

<https://de-de.facebook.com/Nein-zum-Heim-in-Halberstadt-803184209796230/>